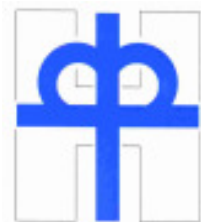


**Zentrale Beratungsstelle Hannover**

# Jahresbericht 2008

**Diakonisches Werk Stadtverband Hannover e.V.**



**Zentrale Beratungsstelle  
für Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten  
Hagenstr. 36  
30161 Hannover  
Tel.: 0511/9 90 40-0  
Fax: 0511/9 90 40-36  
Internet: [www.zbs-hannover.de](http://www.zbs-hannover.de)  
E-Mail: [mailbox@zbs-hannover.de](mailto:mailbox@zbs-hannover.de)**

**Träger:  
Diakonisches Werk Stadtverband Hannover e. V.  
Burgstraße 8/10  
30159 Hannover**

*Die Zentrale Beratungsstelle wird finanziert mit Zuwendungen und Entgelten des Landes Niedersachsen, der Region Hannover, der Stadt Hannover des JobCenters Region Hannover, der Landkreise Holzminden, Nienburg und der Stadt Wunstorf.*

*Die Arbeit wird vom Diakonischen Werk Landesverband, von der Stelle für Stiftungen der Landeshauptstadt Hannover und der Diakonestiftung Hannover unterstützt.*

---

1.	Vorwort	Seite 04
2.	Einblicke	Seite 05
3.	Ambulante Hilfe Hannover	Seite 06
3.1	Tagestreffpunkt „DüK“	Seite 06
3.2	Kontaktladen „Mecki“	Seite 09
3.3	Beratungsstelle Hagenstraße	Seite 15
3.4	Ambulante Hilfe/Mieterbetreuung	Seite 21
3.5	Schuldnerberatung	Seite 23
3.6	Krankenwohnung „Die KuRve“	Seite 27
3.7	Ökumenische Essenausgabe	Seite 31
4.	Zentrale Dienste	Seite 37
5.	Flächenorientierte Ambulante Hilfe	Seite 39
5.1	Beratungsstelle Celle	Seite 39
5.2	Beratungsstelle Hameln	Seite 43
5.3	Tagestreffpunkt Hameln	Seite 47
5.4	Beratungsstelle Region Hannover/Neustadt	Seite 50
5.5	Beratungsstelle Hildesheim	Seite 53
5.6	Beratungsstelle Holzminden	Seite 55
5.7	Beratungsstelle Nienburg	Seite 57
5.8	Beratungsstelle Schaumburg	Seite 59
5.9	Tagestreffpunkt Wunstorf	Seite 61
	Adressenverzeichnis	Seite 63

---

## 1. Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Jahresbericht 2008 der Wohnungslosenhilfe im Diakonischen Werk Stadtverband Hannover e.V. liegt vor Ihnen. Wir möchten Ihnen wieder einen Einblick in die Arbeit geben und hoffen weiter auf Ihre Sympathie für unsere Aufgaben. Im ersten Teil finden Sie die umfangreichen Hilfen im Bereich der Landeshauptstadt Hannover, dann die Zentralen Dienste und im Anschluss den großen Bereich der Hilfen in den Landkreisen und im Umland von Hannover.

Wir möchten Ihnen die gesamte Spannweite von niedrigschwelligen Ansätzen bis zu langfristigen Hilfen, von einmaliger Hilfe bis zu intensiver persönlicher Unterstützung ein Stück näher bringen.

Da sind zum Beispiel die neuen Ansätze in der Arbeit mit Menschen, die wohnungslos sind und zusätzlich unter einer Suchterkrankung leiden, wo wir versuchen wollen, etwas Neues zu begründen, um dieser ja schon immer bekannten Kombination von Notlagen etwas näher zu kommen. Für solche Ansätze zusätzliche Mittel zu erhalten ist in der heutigen Zeit schon etwas Besonderes.

Lesenswert auch die Umsetzungen der Ideen in Hameln: ein Tagestreffpunkt entsteht nach jahrelangem ehrenamtlichem Engagement der Kirchengemeinden und wird in Kooperation mit Ambulanter Hilfe in diesem Einzugsbereich Zeichen setzen. Dies war nur durch Bürgerinnen und Bürger möglich, die in ihrer Stadt Interesse an wohnungs- und obdachlosen Menschen gefunden haben.

Werfen Sie mal einen Blick in die Beispiele, die aus der Krankenwohnung kommen und zeigen, wie individuell erfolgreich Hilfeverläufe sind. Nicht nur in diesem Teil schimmert das hohe und nicht hoch genug anzuerkennende Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch.

Oder beachten Sie die Bewegung und Anpassung, die in vielen Bereichen immer wieder erforderlich sind, weil sich Bedingungen im Umfeld oder in der Hilfe selbst verändern: der vollzogene Umzug in Wunstorf, die zu erwartenden in Hildesheim und Hameln oder auch die Veränderungen in der Zielgruppe in der Beratungsstelle Hagenstraße und viele andere kleine inhaltliche Ansätze wie zum Beispiel in Celle.

Danken möchte ich an dieser Stelle allen, die uns durch ihr Handeln, ihren Einsatz oder auch durch finanzielle Mittel unterstützt haben. Da sind die Kostenträger Land, Landkreise, Städte und Gemeinden ebenso selbstverständlich zu nennen wie die Kirchengemeinden, Gemeindeverbände und Förderkreise.

Besonderer Dank gilt den Einzelpersonen, die unsere Arbeit in vielen Bereichen unterstützen. Gerade die medizinischen Projekte sind hier zu nennen. Herzlichen Dank dafür.

Gottfried Schöne

Leiter der ZBS

## 2. Einblicke

### Neustruktur der Leitung

Zum 01. September 2008 wechselte die Fachgruppenleiterin der Ambulanten Hilfe Hannover in den Bereich Sozialplanung. Dies führte zu Überlegungen, die Leitungsstruktur der ZBS zu verkleinern und neu zu strukturieren. Gemeinsam mit der Geschäftsführung wurde ein Modell entwickelt, die Einrichtungen der Ambulanten Hilfe Hannover und der Flächenorientierten Ambulanten Hilfe unter einer sozialpädagogischen Leitung zusammenzuführen. Die Struktur der beiden Fachgruppen blieb erhalten.

Die Verwaltungsleitung bzw. zukünftig wirtschaftliche Leitung übernimmt Teilbereiche der bisherigen Aufgaben der Fachgruppenleitung, z. B. Antragstellung, Dokumentation, Gebäudemanagement.

Die Leitung der ZBS bleibt in ihrer Aufgabenstruktur unberührt und ist auch zukünftig für die Einrichtungen AG Resohelp und Zusätzliche Ambulante Hilfe zuständig.

Dieses Modell wurde den Mitarbeitenden im Oktober vorgestellt und um Anregungen zur Neustrukturierung gebeten. Anschließend wurde eine externe Organisationsberatung für die Mitarbeitenden des Leitungsbereichs zur Unterstützung bei der Entwicklung der neuen Strukturen gesucht. Leider verzögerte sich dieses, so dass der Prozess erst im Januar 2009 konkret beginnen konnte.

### Toleranz gegenüber Randgruppen

Im Verlauf des Jahres hat sich deutlich gezeigt, dass Vorbehalte gegen den Personenkreis und die Hilfeeinrichtungen zunehmen. Ausgelöst durch den Umzug des Tagestreffs in Wunstorf oder den Kauf eines Hauses in Hameln, in dem die Ambulante Hilfe, der Tagestreff und die Übernachtung des Landkreises untergebracht werden sollen, wurden wieder bereits abgebaut gedachte Vorurteile geäußert: Wertverlust der eigenen Immobilie, Ansehen des Stadtteils oder der Wohnstraße, Angst um die Kinder, Verschmutzung und vieles andere mehr werden als Argumente gegen unsere Zielgruppe verwendet und von der Presse transportiert. Auf diese Art verbreiten sich einerseits Ängste und Vorurteile in der Nachbarschaft, die andererseits aber auch zu Verunsicherungen und Ängsten der Besucher/innen führten. Die Integrationsbemühungen der sozialpädagogischen Fachkräfte wurden erschwert.

Die Situation am ZOB in Hannover ist im Wesentlichen durch die Reaktion im Innenstadtbereich geprägt: Ausgrenzung und Verdrängung haben nach vielen Monaten eine Verdichtung der Problematik an einer Stelle, die zudem städtebaulich vernachlässigt ist, bewirkt. Die Gruppe am ZOB umfasst manchmal bis zu dreißig Personen, die den üblichen Verkehr von Bussen und Reisenden beeinträchtigen. Über Pressearbeit, besonders in den Wintermonaten, konnte die Öffentlichkeit auf die Notsituationen der Wohnungslosen und den Hilfebedarf aufmerksam gemacht werden. Zur Verbesserung der Situation ist für 2009 eine Konzeptentwicklung erforderlich.

### Bürgerliches Engagement

Auch in 2008 waren einige Projekte und Tätigkeiten nur durchführbar durch die Unterstützung ehrenamtlich Helfender. Beispielhaft genannt seien hier der Förderkreis Tagestreff Wunstorf, der Verein Senior Schläger Haus in Hameln, Pro Ob, die ökumenische Essenausgabe. Durch das Einbringen von Arbeit und Zeit konnte durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern direkte Hilfe angeboten, Vertrauen geweckt, Einzelnen das Gefühl vermittelt werden, angenommen zu sein, aber auch um Verständnis in der Öffentlichkeit geworben werden. Wir möchten uns ganz herzlich für dieses wertvolle Engagement bedanken.

### Ziele 2009

Umsetzung der neuen Leitungsstruktur mit entsprechender Aufgabenwahrnehmung.  
Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Hilfe.

### 3. Ambulante Hilfe Hannover

#### 3.1 Tagestreffpunkt „DüK“

Der Tagestreffpunkt „DüK“ ist eine Einrichtung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in Hannover. Diese Personen erhalten hier Unterstützung bei der Bewältigung persönlicher und behördlicher Angelegenheiten. Gesetzliche Grundlage der Arbeit im Tagestreffpunkt sind die §§ 67 ff. des SGB XII. Mit einer ersten Beratung, der Versorgung mit den notwendigsten Dingen des täglichen Lebens (Grundversorgung), der Organisation und Durchführung von Aktivitäten und Exkursionen sowie der Begleitung Hilfebedürftiger zu Behörden und anderen Hilfeeinrichtungen wird der Versuch unternommen, diesen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, öffentlichen Leben zu ermöglichen. Durch die Integration in ein weiterführendes Hilfesystem wird eine nachhaltige Hilfe ermöglicht.



Eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ist für wohnungslose Menschen sehr wichtig. Einsamkeit und das Gefühl von der Gesellschaft nicht akzeptiert und ausgegrenzt zu werden sind alltägliche Erfahrungen, die sie machen.

#### Umsetzung der für den Berichtszeitraum gesetzten Ziele

##### Freizeitordner

Im Berichtsjahr wollten wir einen Ordner erstellen, der den Besucherinnen und Besuchern Möglichkeiten kostengünstiger Freizeitaktivitäten aufzeigt.

Die Angebote in der Stadt Hannover waren zahlreicher als zunächst angenommen. Es gab Konzerte aller Musikrichtungen zu günstigen Eintrittspreisen. Der Besuch in einigen Museen ist freitags nachmittags kostenlos. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Stadtfeste mit vielen interessanten Darbietungen, deren Besuch ebenfalls gratis ist.

Der Ordner liegt in unserer Einrichtung aus und wird regelmäßig aktualisiert. Die Resonanz war positiv und gelegentlich wird der Ordner genutzt. Um Interesse zu wecken, haben wir einige Veranstaltungen mit den Betroffenen gemeinsam besucht und auf einzelne Aktivitäten gesondert hingewiesen. Viele Besucher/innen sind allerdings mit den täglichen Verrichtungen zum Überleben sehr stark beschäftigt. So sind die Brotpakete der Kirchengemeinde verständlicherweise wichtiger, als ein gemeinsamer Besuch im Museum, wenn das Geld für Essen fehlt.

##### Verschönerung des Außen - bzw. Eingangsbereiches

Der Eingangsbereich des Tagestreffpunktes bedarf dringend einer professionellen Verschönerung. Ein positiver erster Eindruck beim Betreten des Tagestreffpunktes ist sehr wichtig. Den etwas tristen Eingangsbereich wollten wir daher farblich verändern. Nun ist jedoch eine größere Renovierung der Einrichtung geplant. Das Vorhaben wurde somit auf das Jahr 2009 verschoben.

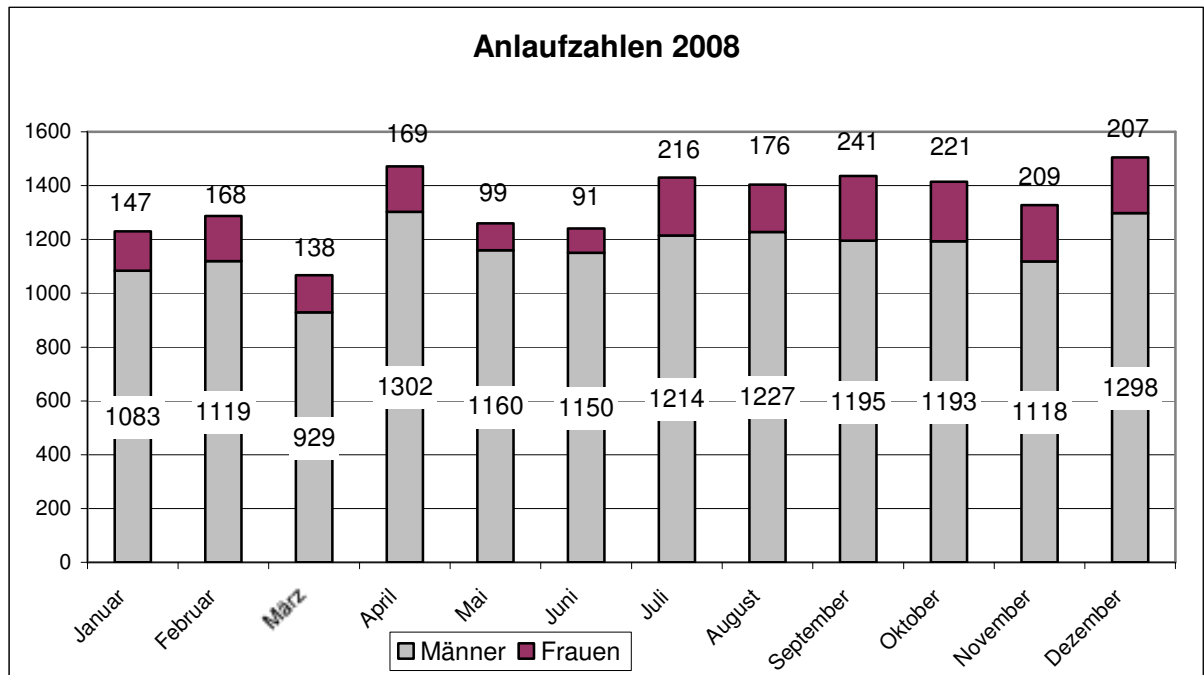
##### „Spender-Pflege“

Viele Menschen unterstützen die Arbeit im DüK regelmäßig auf jede erdenkliche Art und Weise. Um „Danke“ zu sagen für ihr Engagement, haben wir im Berichtsjahr einen Nachmittag für die zahlreichen Spender gestaltet. Es gab Kaffee und Kuchen. Die Spender konnten in Ruhe den Tagestreffpunkt besichtigen und Fragen zu unserer Arbeit stellen. Bei dieser Gelegenheit konnten einige Spenderadressen aktualisiert werden. Der Nachmittag war sehr gelungen. Es ist geplant, diese Aktion im nächsten Jahr zu wiederholen.

#### Statistik

Auch durch die statistische Erhebung im Rahmen der mit den Kostenträgern geschlossenen Vereinbarung konnten wir in den letzten Jahren untermauern, dass die Zahl wohnungsloser Menschen erheblich höher ist als bisher angenommen wurde. Vermeintlich gut versorgte Besucher schilderten auf Anfrage nach dem derzeitigen Wohnstatus ihre prekäre Situation. Ein Wechsel von stationärer

Einrichtung - zu Unterkunft - in eine andere Stadt - zu Freunden und wieder zurück nach Hannover scheint nicht selten zu sein. Bei jedem Wechsel entsteht für den Betroffenen der Eindruck, dass ein Entkommen aus der Wohnungslosigkeit noch unwahrscheinlicher geworden ist.



### Besonderheiten im Berichtsjahr

Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch in unserer Einrichtung und der Arbeit wider. Große Firmen schließen - das Geld wird knapper. Die Armutsbevölkerung nimmt hierdurch stetig zu. Menschen, die bisher das Hilfesystem nur sporadisch in Anspruch genommen haben, sprechen nun verstärkt in unseren Einrichtungen vor. Da die finanziellen Ressourcen immer knapper werden, sind unsere Möglichkeiten zur Unterstützung sehr begrenzt. So gewähren die JobCenter vieles gar nicht mehr oder nur noch auf Darlehensbasis. Außerdem nimmt die gesellschaftliche Bereitschaft „Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten“ Verständnis und Unterstützung entgegnen ab. Jeder sorgt sich mittlerweile nur noch um seine eigene finanzielle Situation.

Sozialleistungen sind zumeist die einzige Einnahmequelle unserer Besucher/innen. Der Bezug führt jedoch nicht zwangsläufig zu einer finanziellen Absicherung. Regelmäßig werden Unterlagen und das persönliche Erscheinen eingefordert, um den Leistungsanspruch zu legitimieren. Wer sich an die Vorgaben hält, kann auf weitere Geldleistungen hoffen. Jedoch führt korrektes zeitnahes Verhalten gegenüber den Ämtern nicht immer zum Erfolg. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele Ämter nur in eingeschränktem Maße erreichbar sind. Regelmäßig erleben wir, dass unsere Klienten/innen keinen Termin zur Vorsprache erhalten und der Sachbearbeiter telefonisch nicht erreichbar ist. Das pünktliche Bezahlen der Miete und eine ausreichende Verpflegung ist dann nicht mehr gewährleistet. Die Ämter werden in solchen Fällen zum anonymisierten, nicht mehr erreichbaren Gebäude. Ein Anrufbeantworter der JobCenter verspricht den Rückruf innerhalb von 48 Stunden. Bleibt zu hoffen, dass die Betroffenen dann auch erreichbar sind.

Zahlreiche Freizeitaktivitäten haben in diesem Berichtsjahr stattgefunden. Schach-/Tischtennis-/Dart-Turniere, ein großes Weihnachtsessen, Kegeln, eine Kanutour auf der Leine und Minigolf sind einige Veranstaltungen, die unsere Besucher/innen gerne in Anspruch genommen und auch teilweise mitorganisiert haben. Sehr großen Anklang fanden auch die gesponserten Aktionen. Der Zirkus Krone und der Zirkus „flic flac“ spendeten Freikarten. So konnten sich unsere Besucher/innen an den großartigen Auftritten erfreuen und mitreden. Viele Hannoveraner waren nämlich ebenfalls im Zirkus. An dieser Stelle möchten wir uns ganz



herzlich bedanken. Die Reisegesellschaft TUI spendete Freikarten für das Fußballspiel Energie Cottbus gegen Hannover 96. Wir wurden mit Essen und Getränken reichlich versorgt und hatten gute Plätze. Nach dem Spiel redeten viele unserer Besucher tagelang von ihrem Besuch im Stadion. Auch für diese Aktion unser herzlichster Dank.

Der Tagestreffpunkt „DÜK“ hat eine Berufspraktikantenstelle bewilligt bekommen, die wir auch sofort besetzt haben. Über die Zusage waren wir sehr erfreut. Aufgrund unserer hohen Besucherzahl und einer Öffnungszeit von 5,5 Stunden täglich hatten wir insbesondere in den letzten Jahren personelle Engpässe. Mit zwei Sozialarbeiterstellen sind die zahlreichen Aufgaben „offener Treffpunktarbeit“ nur schwer zu bewältigen. Durch Kürzungen wurde der Personalschlüssel in den letzten Jahren bei gleichbleibender bzw. steigender Besucherzahl stetig reduziert.

Die Berufspraktikantenstelle ermöglicht eine Weideraufnahme wichtiger Aufgaben wie beispielsweise eine verstärkte Begleitung zu unterschiedlichen Hilfeanbietern zwecks erfolgreicher Vermittlung ins Hilfesystem und der Ausbau von Freizeitaktivitäten. Ein weiterer Grund zur Freude ist die Anerkennung unsere Einrichtung als Ausbildungsstätte. Im Tagestreffpunkt „DÜK“ hat das Ausbilden und Informieren von zukünftigen Sozialarbeitern Tradition. So gab es im Berichtsjahr wieder viele Praktikanten und Hospitanten aus der Fachhochschule sowie Informationen für Schüler, Konfirmanden und Studenten anderer Fachrichtungen.

Eine Sitzung der LAG Soziales Bündnis 90/Die Grünen fand im „DÜK“ statt. Die Anwesenden wollten sich über unsere Arbeit und die Situation wohnungsloser Menschen informieren. Wir haben die Einrichtung vorgestellt und das Hilfesystem des Diakonischen Werkes präsentiert. Die Resonanz war sehr positiv.

Um einer stetigen Aktualisierung unseres Fachwissens Rechnung zu tragen, haben wir in diesem Jahr wieder an Fortbildungen teilgenommen. Außerdem besuchten wir einzelne Einrichtungen, um uns über Hilfemöglichkeiten zu informieren und eine verstärkte Kooperation anzustreben.

### **Ziele 2009**

Im Tagestreffpunkt findet jedes Jahr eine Weihnachtsfeier statt. Für ca. 200 Menschen schmücken wir den Weihnachtsbaum, füllen wir die Süßigkeitenteller und das Friederikenstift spendet uns ein Essen. Jedes Jahr bekommen unsere Besucher/innen auch ein kleines Präsent. Meistens befindet sich Tabak in den Päckchen. Leider stehen uns immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Da uns die kleine Freude über ein Geschenk unerlässlich erscheint, planen wir, Spender für die doch sehr kostspielige Aktion zu finden. Wir möchten Menschen, die wenig haben und an Weihnachten nicht nur an finanziellem Mangel, sondern insbesondere auch an Einsamkeit leiden, weiterhin eine kleine Freude machen.

Wie bereits unter dem Punkt Ziele 2008 erwähnt planen wir eine größere Renovierung, die nicht nur den Eingangsbereich betrifft. Wir möchten unsere Räumlichkeiten nun insgesamt freundlicher und einladender gestalten.

Bisher haben wir im Freizeitbereich darauf geachtet, dass unsere Besucher/innen die Gelegenheit bekommen, trotz finanzieller Engpässe an Freizeit teilhaben zu können. Uns fiel jedoch in den letzten Jahren auf, dass Aktionen innerhalb des Tagestreffpunktes sicherlich ihre Daseinsberechtigung zur Förderung des Selbstwertes und zur Aktivierung bereits vorhandener Fähigkeiten haben. Freizeit als Austausch mit der Gesellschaft fand jedoch seltener statt. Es sei denn, man besuchte Veranstaltungen außerhalb der Räumlichkeiten. Nun möchten wir Freizeitaktionen anbieten, in denen Personen involviert sind, die nicht von Wohnungslosigkeit und finanzieller Not betroffen sind. So könnte beispielsweise ein Turnier in Zusammenarbeit mit einem Sportverein stattfinden. Unsere Besucher/innen treten dann ein Stück in die Öffentlichkeit und das Gefühl, am Rande zu stehen, kann so vielleicht verringert werden.

## 3.2 Kontaktladen „Mecki“

### Öffentlichkeitsarbeit – Interessenvertretung - Entwicklungen 2008

Auch im Jahr 2008 war den Mitarbeitern/innen des Kontaktladens die Beteiligung an der Öffentlichkeitsarbeit und der Entwicklung neuer Hilfeangebote wichtig. Das Anliegen hierbei ist vor allem, für die Rechte wohnungsloser Menschen einzutreten und gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegenzuwirken. Darüber hinaus sollte aber auch das eigene Hilfeangebot der aktuellen Situation der Besucher/innen angepasst werden.

Häufig wurden die zu bearbeitenden Inhalte von aktuellen Entwicklungen bestimmt und von außen herangetragen.

- Übergriffe auf wohnungslose Menschen – Kontakt zu protec (s. u.).
- Zunahme der Anzahl der Osteuropäer auf der Straße – Versuch hier qualifizierte Hilfen zu etablieren.
- Extrem langer und kalter Winter 2008/2009 - erhöhtes Interesse der Medien an der Lage wohnungsloser Menschen.

Einiges hat sich in der praktischen Arbeit der letzten Jahre etabliert, wie z. B. eine Schlafsacksammelaktion mit Radio Flora und dem Asphalt-Magazin.

Anderes ergab sich aus der aktuellen Situation der Zielgruppe oder aus dem weiteren Umbau der Innenstadt, der zu Verdrängungsprozessen führt.

Neue Möglichkeiten eröffnete z. B. die Zusatzausbildung einer Mitarbeiterin.

Um einen Einblick in die Arbeitsbereiche zu geben ein kurzer Abriss aus dem Kalender:

#### Dezember 2007

Die protec service GmbH begann ihr Projekt „Mittendrin statt außen vor“, sie will damit für mehr Schutz der Obdachlosen in Hannovers Innenstadt sorgen. Anlass waren die Übergriffe von Jugendlichen auf wohnungslose Menschen.

#### Dezember 2007 – Januar 2008

„Hannover gibt Wärme ab!“, Schlafsacksammelaktion mit Radio Flora und dem Asphalt-Magazin.

#### Januar

Der Berufspraktikant begann sein Anerkennungsjahr im KLM.

Die Ausbildung einer Mitarbeiterin zur Sozialtherapeutin/Sucht ermöglichte es, eine Gruppe zum Thema „Ausstieg aus der Sucht“ anzubieten. Diese Motivationsgruppe wurde außerhalb der regulären Öffnungszeiten angeboten. Damit sollten auch praktische Erfahrungen mit einem Suchthilfeangebot innerhalb einer niedrighschwelligigen Einrichtung der Wohnungslosenhilfe gesammelt werden (siehe Bericht weiter unten).

Briefwahllokal für wohnungslose Bürger im KLM, Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 27.01.2008

#### Februar

RTL-Nord zum Thema Wohnungslosigkeit, Interviews und Aufnahmen im Kontaktladen.

#### März

Treffen mit städtischen Mitarbeitern/innen zum Thema unversorgte Migranten.



Vor einigen Jahren wurde dem Namensgeber des Kontaktladens auch eine Straße gewidmet. Franz Mock starb an den Folgen seiner jahrelangen Wohnungslosigkeit

### April

Besuch einer Schülergruppe, Thema „Gewalt gegen Wohnungslose“, organisiert und begleitet von Mitarbeitern/innen der Beratungsstelle Hagenstraße.

Stadtwerkemitarbeiter ermöglichten 20 Kontaktladenbesuchern die Besichtigung des Kraftwerkes in Stöcken. Dies ist ein Ergebnis des Altera-Projektes, an dem sich der Kontaktladen regelmäßig beteiligt.

Beteiligung an der Veranstaltung des Bürgerforums Stadtentwicklung „Obdachlosigkeit und Stadtentwicklung vor Ort – Vertreibung durch Umbau der Areale rund um den Hauptbahnhof“.

Besuch des neuen Sozialausschusses des Niedersächsischen Landtages.

### Mai

Der neue Leiter des Diakonischen Werkes, Diakoniepastor Joost, besucht den Kontaktladen.

Eine Besuchergruppe aus Äthiopien begleitet von Pastor Schmidt von der Diakoniegemeinschaft diskutierte das Thema „Armut im Reichtum, Diakonie in der 1. und der 3. Welt“.

### Juni

Die Vorbereitungen des Projektes Pro Ob in der Christuskirche beginnen, dieses Projekt soll eine Mitarbeiterin des Teams in Zukunft übernehmen.

Fußball-WM-Übertragung im Laden, die Live-Übertragung wurde trotz großer technischer Schwierigkeiten von den Besuchern/innen mit Begeisterung angenommen.

### Juli

Besuch der neuen Stadtbezirksmanagerin, um die Einrichtung kennen zu lernen.

### September

Beteiligung am vom Bezirksrat Mitte organisierten Runden Tisch zur Kriminalprävention.

Civilia Gruppe besucht im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gesundheit in Hannover“.

### Oktober

Die erste von mehreren Konfirmandengruppen war zu Gast. Hier kamen uns die Vorerfahrungen des Jahrespraktikanten zugute, so dass jetzt eine Unterrichtseinheit für Konfirmanden vorliegt, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden kann.

Der erste Versuch von Pro Migration, Beratung für Migranten im Laden anzubieten (siehe Bericht weiter unten).

### November

Eine Mitarbeiterin übernimmt das Projekt Pro Ob.

Besuch von Mitarbeitern eines Projektes, das in Nepal ein Kinderheim betreibt.

### November/Dezember

Temperaturen bis – 20°, Presse, Funk, Fernsehen und besorgte Bürger interessieren sich für den Notstand auf der Straße.

Kriseninterventionen: Beratung, Vermittlung, Versorgung mit warmer Kleidung und Schlafsäcken.

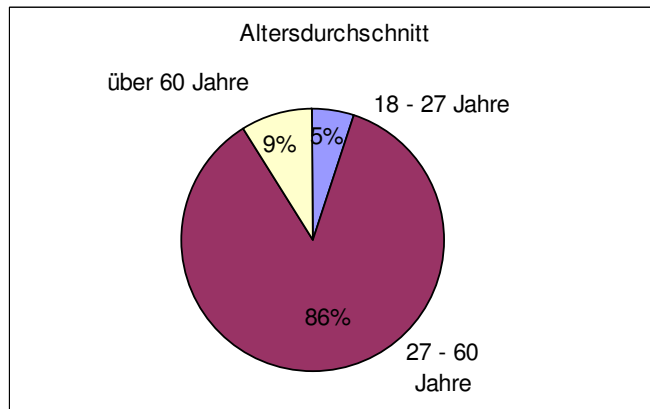
### Dezember

Bürgerfragestunde im Bezirksrat Mitte, Anhörung von Kontaktladen und Polizei zum Thema „Obdachlose im Bereich Raschplatz/ZOB“.

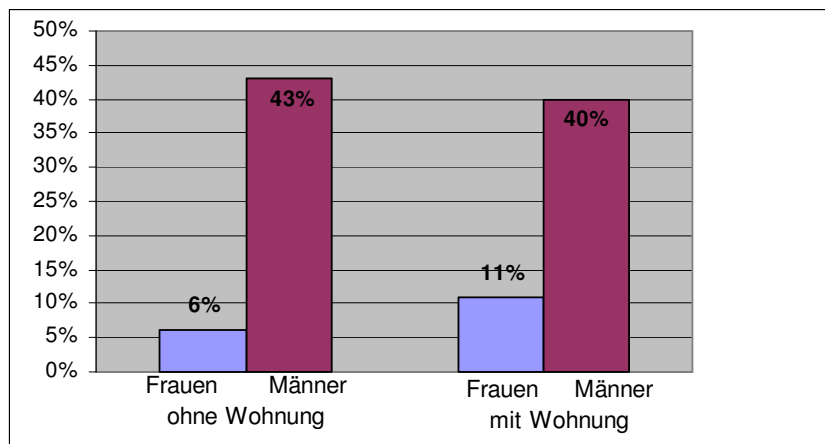
Weihnachtsfeier mit über 200 Gästen.

## Besucherzahlen

Durch die in unserer Statistik erhobenen Zahlen können nachfolgende Einblicke in die Besucherstruktur gewonnen werden:



Die meisten Besucher/innen waren zwischen 27 und 60 Jahre alt.  
Der Frauenanteil lag bei knapp 17 %.



Insgesamt wurden 547 unterschiedliche Personen dokumentiert. Nicht erhoben wurden die Daten von Menschen, die nur einmalig den Kontaktladen aufsuchten. 27.938 Kontakte fanden an 305 geöffneten Tagen statt. Durchschnittlich ergibt sich daraus eine Besucherzahl von 91,6 Personen täglich.

### Ziele 2009

- Die Besucherstatistik wird soweit verändert und die Kartei digitalisiert, dass sie in neuer vereinfachter Form weitergeführt werden kann.
- Die notwendigen Renovierungen, Neuanschaffungen und Umgestaltungen werden durchgeführt.
- Personelle Veränderungen verlangen neue Aufgabenteilung.

### Ziele aus 2008

**Ziel 1:** Im Dez. 2007 wurde ein Raucherbereich räumlich abgetrennt.

Neugestaltung des Settings im Raucherraum mit neuen Möbeln.

Der Raucherraum wird entsprechend den Regeln des Kontaktladens konzeptionell integriert.

Die Regeln des KLM werden mittlerweile auch in diesem Bereich akzeptiert. Die Ausstattung mit neuem Mobiliar musste auf 2009 verschoben werden.

**Ziel 2:** Die Gestaltung des konzeptionellen Miteinanders der Bereiche medizinische Versorgung und sozialarbeiterisches Angebot.

Dieses Ziel wurde, soweit es die veränderten Rahmenbedingungen zulassen, erreicht (s. u.).

**Ziel 3:** Inhaltliche Ausgestaltung der verlängerten Öffnungszeiten, sowie die daraus resultierenden Veränderungen der Arbeit, besonders bezogen auf das Verhalten und die Gruppendynamik der Klienten/innen.

Dieses Ziel wurde durch eine offene Auseinandersetzung mit den Kontaktladenregeln zumindest zum Teil erreicht.

### **Sozialarbeit**

Die Arbeit im Kontaktladen war im Berichtsjahr besonders von zwei Schwerpunkten geprägt:

- zum einen die Arbeit mit Besuchern ausländischer, überwiegend osteuropäischer Herkunft, die ohne Anspruch auf staatliche Leistungen oder Krankenversicherungsschutz in Deutschland leben.
- zum anderen der Bereich, der sich aus der engen Zusammenarbeit zwischen medizinischem Angebot und Sozialarbeit im Kontaktladen ergibt.

Seit Mitte 2007 gibt es die Möglichkeit, die Arbeit der Krankenschwester, die dem Pflegedienst des Ev. Diakoniewerkes Friederikenstift zugeordnet wurde, zumindest zum Teil über Verordnungen zur häuslichen Pflege zu finanzieren. Um diese Finanzierungsmöglichkeit auf eine möglichst breite Basis zu stellen, war eine enge Zusammenarbeit mit der Sozialarbeit erforderlich. Häufig musste der Krankenversicherungsschutz erstmalig oder neu geklärt werden. Ein großer Teil der Arbeit betraf den Bereich der Zahlungen von Quartals- und Rezeptgebühren sowie die Zuzahlungen zur häuslichen Pflege. In Ausnahmefällen mussten diese Zahlungen aus Spendengeldern finanziert werden. Ziel war es jedoch immer, den Patienten die Notwendigkeit der Zuzahlungen aus dem eigenen Einkommen zu verdeutlichen. Häufig stieß dies auf Unverständnis und Verwirrung bei den Patienten. Um Hilfeabbrüche zu verhindern musste immer wieder über Zuzahlungshöchstbeträge aufgeklärt werden, Anträge auf Anerkennung einer chronischen Erkrankung angefordert und Befreiungsanträge gestellt werden.

Die Kontinuität des Hilfeangebotes war und ist ein wichtiges Anliegen der Arbeit im Kontaktladen. Bezüglich des medizinischen Angebotes bedeutet dies eine möglichst lückenlose Versorgung auch in Krankheits- und Urlaubszeiten, abgedeckt durch den Pflegedienst des Friederikenstiftes. Diese für alle Seiten neue Situation erforderte viele Gespräche und Verhandlungen sowie die Etablierung neuer Strukturen, um die Versorgung der Patienten möglichst reibungslos zu regeln.

Darüber hinaus waren weitere Arbeitsschwerpunkte die Beratung rund um die Anmietung von Wohnraum, Aufklärung über Rechte und Pflichten bei Kürzungen und Sperrungen der Job Center sowie die Fragen von Energieschulden. Hierbei galt es, entsprechende Anträge auf Schuldenübernahme an die JobCenter zu stellen, mögliche Ratenzahlungen mit dem Energieversorger zu vereinbaren sowie Perspektiven zur Vermeidung zukünftiger Energieschulden zu eröffnen, häufig in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle Hagenstr. bzw. der Kirchenkreissozialarbeit im Diakonischen Werk. Vermehrt kamen auch im Berichtsjahr wieder Anfragen von Besucher/innen, ob im Kontaktladen „Arbeit statt Strafe“ geleistet werden kann. In Ausnahmefällen, besonders wenn sich keine andere Institution fand, die als Chance zum Ausstieg aus der Wohnungslosenszene genutzt werden konnte, wurde den Anfragen zugestimmt. Trotz des nicht immer unproblematischen Wechsels vom „normalen“ Besucher zu jemandem, der ‚Arbeit statt Strafe‘ leistet, ist es gelungen, den Zugang zu den Hilfen des Kontaktladens auch nach der Strafe zu ermöglichen.

Besonders wichtig war es, die Grundversorgung mit Schlafsäcken und warmer Kleidung im Kontaktladen sicherzustellen, sowie zeitnah Informationen über witterungsgeschützte Schlafplätze zu geben. Das Fehlen der vor zwei Jahren weggefallenen Straßensozialarbeit hinterlässt hier eine deutliche Lücke.

### **Migranten**

Schon im letzten Jahresbericht ist eine unversorgte, problematische Personengruppe beschrieben worden, die in dem offenen Angebot der Wohnungslosenhilfe in Erscheinung tritt. Besonders in den Ballungsräumen der Großstädte leben Migranten aus Osteuropa auf der Straße. Es handelt sich um Menschen aus den neuen EU-Beitrittsländern - im Kontaktladen überwiegend aus Polen -, die im Zuge der offenen Grenzen nach Deutschland gelangt sind und in der Regel über keinerlei gesicherte Einkünfte, Unterkunft und Krankenversicherungsschutz verfügen. Ihre soziale Situation entspricht ziemlich genau der von deutschen wohnungslosen Bürgern/innen, erschwert allerdings noch durch die Rechtslage, die sie von staatlichen Transferleistungen/Sozialleistungen ausschließt. Um auf diese Personen, ihre Situation und die mangelnden Hilfemöglichkeiten hinzuweisen, wurde ein Treffen mit Vertretern der Stadtverwaltung (FB Soziales, FB Wohnen, Rechtsamt), des Diak. Werkes/Pro Migration und des Nds. Flüchtlingsrates veranstaltet. Hier wurden keine konkreten Ergebnisse erreicht. Die Problemlage ist in allen größeren Kommunen bekannt, für Hannover ist auf dem

Hintergrund des lokalen Integrationsplanes auch eine Fürsorgepflicht gegenüber dieser Personengruppe abzuleiten, konkrete Pläne oder Projekte bestehen jedoch nicht.

Der KLM entwickelte auf Anregung dieser Runde einen Konzeptentwurf, um den Personenkreis zu umreißen und die notwendigen Hilfen zu beschreiben.

Parallel dazu initiierte Pro Migration gerade ein Projekt für Migranten ohne Aufenthaltsstatus, so dass zunächst Chancen in der Zusammenarbeit gesehen wurden. Erste Versuche, Beratung für diese Zielgruppe von Pro Migrations-Mitarbeiter/innen im KLM anzubieten, scheiterten allerdings. Offensichtlich ist das Beratungskonzept von Pro Migration in seiner jetzigen Form nicht mit der Lebenslage der Zielgruppe kompatibel. Keiner der bisher Beteiligten bezweifelt den Hilfebedarf und die Notwendigkeit eines Angebotes, die praktische Umsetzung gestaltet sich aber schwierig. Hier ist auch in Zukunft noch dringender Handlungsbedarf.

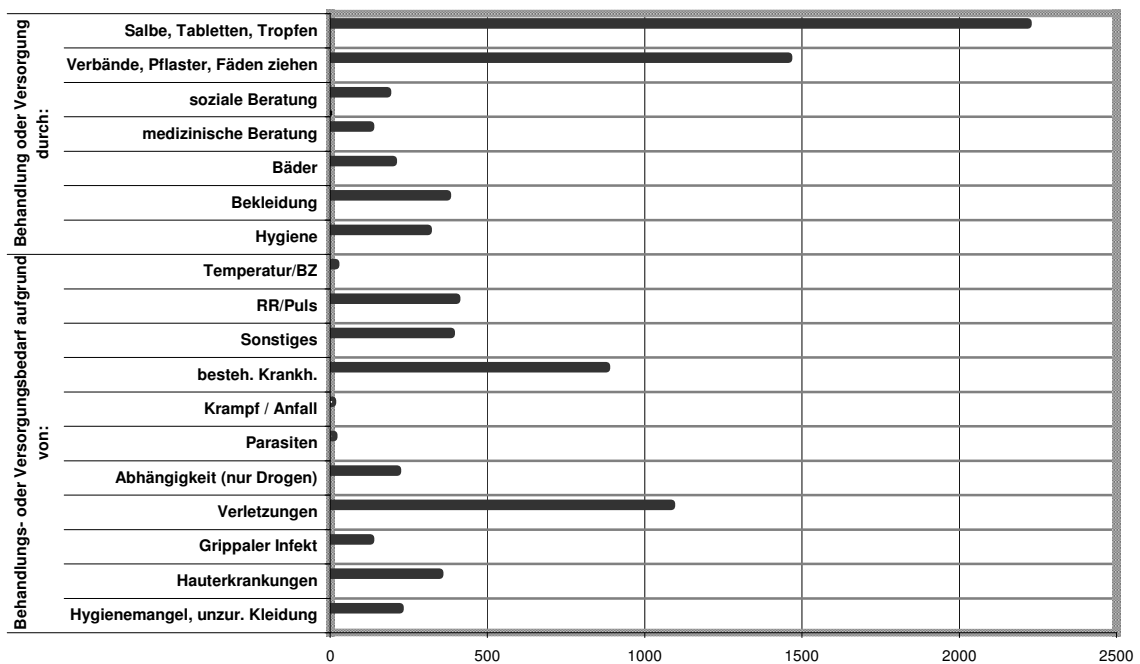
**Medizin**

Medizinische Versorgung und Beratung wurde auch in diesem Jahr stark nachgefragt. Durchschnittlich wurden 23 Behandlungen an 12 Personen täglich durchgeführt.

Bedingt durch die Folgen des Gesundheits-Modernisierungsgesetzes und durch die verkürzten Liegezeiten in den Krankenhäusern, ist der Behandlungsaufwand bei den Patienten deutlich gestiegen. Patienten, die ein hohes Maß an pflegerischer Unterstützung benötigten, waren keine Seltenheit. Eine Aufnahme in die Krankenwohnung „Kurve“ oder eine anderweitige Weitervermittlung waren oft unumgänglich.

Der aus der Verordnung zur häuslichen Krankenpflege resultierende Verwaltungsaufwand und die Klärung der Ansprüche war oft schwierig und langwierig.

Die wöchentlich stattfindende Arztsprechstunde wurde mit insgesamt 260 ärztlichen Kontakten sehr



gut angenommen. Sie hatte besondere Bedeutung bei der Versorgung chronisch kranker Menschen. Auch die Verordnung häuslicher Krankenpflege ist ohne ärztliche Anordnung nicht möglich. Die Kombination Krankenschwester - Arztsprechstunde ist aus dem Kontaktladen Mecki nicht mehr wegzudenken, weil für viele Klienten/innen der Weg in eine niedergelassene Praxis eine nicht zu überwindende Hürde bleibt.

**Sucht**

Schon lange ist im KLM bei der Arbeit mit wohnungslosen Menschen deutlich geworden, dass etliche Personen einen problematischen Umgang mit Alkohol haben. Den Zugang zum Angebot der Suchtkrankenhilfe finden jedoch wenige der Kontaktladenbesucher. Das Angebot der Suchtkran-

kenhilfe orientiert sich in der Regel an den Normen der Mittelschicht. Wohnungslose oder ehemals wohnungslose Menschen sind oft lange aus diesen Strukturen heraus. Ihre besondere Situation erfordert eine auf sie abgestimmte, intensive Hilfe, deren Anforderungen sie gerecht werden können. Der suchtabhängige wohnungslose Mensch verwendet oft alle Kraft zum Überleben, Wünsche müssen erst wieder entwickelt werden. Die Motivation für Veränderungen und der Wille diese auch anzugehen muss erarbeitet und neu erlernt werden.

Immer wieder zeigt sich im Hilfeprozess, welche Grenzen die Abhängigkeit setzt. Besonders bei der Wohnungssuche und dem Einzug in die Wohnung erschwert oder hindert die Abhängigkeit den Erfolg. Anschließend ist der Erhalt der Wohnung ohne Unterstützung gefährdet.

Im Kontaktladen „Mecki“ fanden im letzten Jahr vermehrt Gespräche mit Besuchern/innen statt, um Unterstützung für einen Weg zum Ausstieg aus der Sucht zu finden. Nach anfänglich starker Abwehr zeigten einige Personen eine Veränderungsbereitschaft. Es wurde deutlich, dass die Unterstützung von Vertrauenspersonen geleistet werden muss. Einer Gruppe wurde am Donnerstag ein Termin nach den Öffnungszeiten angeboten, um die Sucht zum Thema zu machen. Mittlerweile besuchen seit Februar, anfangs in unregelmäßigen Abständen, seit Juni regelmäßiger, zwischen ein bis sechs Personen die Runde. Mehr und mehr Personen äußerten den Wunsch, sich in Einzelgesprächen mit ihrer Sucht auseinanderzusetzen und ihr Verhalten dahingehend zu verändern, dass es ihnen im Allgemeinen besser geht.

Die Notwendigkeit eines speziell auf ehemals und akut wohnungslose Menschen abgestimmten Suchthilfeangebots ist bekannt, die Planung beginnt im Februar 2009. In einer einjährigen Projektphase soll 2009/2010 eine Finanzierung gefunden werden. Die Kooperation mit der Suchtkrankenhilfe ist dabei unerlässlich.

## **Pro Ob**

In den Wintermonaten findet vom 01.11. bis 31.03 - bereits zum vierten Mal - jeweils am Samstag nachmittag von 14.00 bis 16.00 Uhr ein gemeinsames Essen von liebevoll belegten Broten, Obst und Kuchen statt. Bei Kaffee und Tee können in der Christuskirche wohnungslose Menschen und Personen, die wenig Geld haben, zusammensitzen und „klönen“. Etwa 12 Ehrenamtliche treffen sich jeweils zwei Std. vorher und räumen den Vorraum der Kirche um, schmieren Brote, kochen Kaffee und Tee und bewirten anschließend die Gäste. Pastor Fiola begrüßt um 14.00 Uhr die Gäste und steht für seelsorgerische Gespräche zur Verfügung. Das Besondere dieses Angebotes ist, dass es direkt in der Kirche stattfindet. Das „Wort zum Sonntag“ um 15.00 Uhr bekräftigt diesen Eindruck.

In diesem Winter ist wegen struktureller Veränderungen das erste Mal eine Mitarbeiterin der ZBS vor Ort. Sozialarbeiterisch unterstützt sie das Team. Sie steht als Ansprechpartnerin für die Besucher/innen zur Verfügung. Dabei wird sie häufig um Unterstützung in finanziellen Notlagen unterschiedlichster Art angefragt. Unkonventionell konnte in einigen Fällen Hilfe geleistet werden. Insbesondere jedoch geht es darum, die Menschen zu beraten, sie über ihre Pflichten und Rechte zu informieren und sie dann an entsprechende Stellen weiterzuvermitteln. Die Mitarbeiterin betreut derzeit gemeinsam mit Pastor Fiola die ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen und organisiert das Angebot. Neben der Ausgabe des Essens gibt es noch eine Kleiderkammer, die eigenverantwortlich von den Ehrenamtlichen geführt wird. Die Ausgabe von Schlafsäcken und warmer Bekleidung war speziell in diesem sehr kalten Winter ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Durchschnittlich 105 Menschen nutzen das Angebot in der Kirche an den Samstagen während der Öffnungszeiten (Zählung von 14 Öffnungstagen vom 1.11.2008 bis 31.03.2009). Dabei ist der Frauenanteil deutlich höher als in den üblichen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. 67 % Männer und 32 % Frauen genossen die Atmosphäre in der Kirche. Der Anteil der Kinder fiel mit knapp 1 % kaum ins Gewicht.

### 3.3 Beratungsstelle Hagenstraße

Die Beratungsstelle Hagenstraße stand auch 2008 mit ihrem Angebot der Beratung und persönlichen Unterstützung ohne Ansehen der Zuständigkeit von örtlichem oder überörtlichem Träger dem Klientel zur Verfügung. Mit insgesamt 691 Klienten/innen zeigt sich einerseits die Notwendigkeit dieser Hilfe, andererseits aber auch seine übermäßige Auslastung. Bisher haben alle Versuche der Einsicht auf örtlicher Ebene in die hohen Bedarfe keine Änderung erbracht.

#### Besonderheiten im Arbeitsbereich

Der Anteil von 60,5 % der Gesamtklientel, die die Beratungsstelle im Berichtsjahr das erste Mal besuchten und ein Anstieg der Beratungskontakte um 7,6 % machen deutlich, dass der Arbeitsaufwand erheblich zugenommen hat. Die Hintergründe hierfür sind im Wandel der Rahmenbedingungen im Sozialstaat zu suchen. Eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt – nicht zuletzt durch die bisher erfolgte Anhebung der anerkannten Miethöchstgrenzen (eine weitere wird ab 1.1.2009 erfolgen) – hat dafür gesorgt, dass die Zahl der wohnungslosen Menschen abgenommen hat. Die Zahl derer, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen verbunden mit wachsender Armut leben, hat dagegen zugenommen. So setzt sich die Klientel längst nicht mehr in erster Linie aus den so genannten „Nichtsesshaften“ und den örtlichen Obdachlosen zusammen, sondern zunehmend auch aus all denen, denen ebenfalls als Personen in sozialen Schwierigkeiten Hilfe zu gewähren ist.

Wachsende Armut entsteht immer noch vor allem bei den Langzeitarbeitslosen bzw. den langjährigen Sozialleistungsempfängern/innen. Die auch in diesem Jahr weiterhin drastisch gestiegenen Energiekosten und der bereits im letzten Jahr geschilderte Wegfall der einmaligen Beihilfen tragen wesentlich dazu bei. Häufig tritt daher die präventive Arbeit mit Personen, die noch nicht ihre Wohnung verloren, aber dennoch besondere soziale Schwierigkeiten haben, in den Vordergrund. Auch die Nachsorge für die, die in eine Wohnung vermittelt werden konnten, macht einen erheblichen Teil der Arbeit aus. Den Betroffenen fehlt die wichtigste Grundlage für eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft: die Möglichkeit, aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Selbst mit Unterstützung durch Sozialleistungen können sie nicht am allgemeinen Leben teilnehmen.

Eine Nebenwirkung des Strukturwandels der Klientel ist, dass die Beratungsstelle trotz gesteigerter Beratungs- und Betreuungskontakte nicht in ausreichendem Maße finanziert ist. Die Finanzierung durch die zuständigen Träger beruhen auf Leistungsvereinbarungen, die die Veränderungen in der Wohnungslosenhilfe bisher noch nicht berücksichtigen. Die pauschalen Zuwendungen sind bei weitem nicht mehr auskömmlich.

Im Mai fand ein Treffen mit Mitarbeitern/innen der Abteilungen Markt + Integration des **JobCenters** U25 statt. Ziel dieser Veranstaltung sollte die Umsetzung der u. g. Kooperationsvereinbarung mit dieser speziellen Abteilung des JobCenters sein. Das JobCenter für die jungen Erwachsenen hat auf Grund der gesetzlichen Vorgaben andere Arbeitsrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den Betroffenen, die schnell deutlich werden ließen, dass die Kooperationsvereinbarung hier nicht so umzusetzen ist, wie festgelegt wurde. In der Diskussion konnten aber Absprachen getroffen werden, die auch mit diesem JobCenter eine Zusammenarbeit auf Basis der Vereinbarung möglich machen. Auf jeden Fall wurde klar, dass so ein Treffen und das persönliche Kennenlernen des „Gegenübers“ immer gut geeignet ist, um die Arbeitsweisen und Abläufe in einer anderen Stelle zu verdeutlichen und eine Kontaktaufnahme im Bedarfsfall erheblich zu erleichtern.

Ein Dauerthema im Bereich des SGB II war die Praxis der JobCenter, die Leistungen der Betroffenen bei einem **stationären Aufenthalt**, z. B. im Krankenhaus, zu kürzen, weil sie die dort erhaltene Verpflegung als Einkommen berücksichtigten. Nachdem zunächst mehrere Sozialgerichte dieses Verfahren als nicht rechtmäßig befanden, urteilte im Juni das Bundessozialgericht abschließend ebenso darüber – allerdings änderte das Arbeitsministerium dann kurzfristig die entsprechende Verordnung zum SGB II, so dass das Urteil zunächst ausgehebelt schien. Es wurden jedoch weiterhin ständig Rechtsmittel dagegen eingelegt. Das Bundesministerium für Arbeit und Finanzen änderte daraufhin die Verordnung schließlich noch einmal – endlich zu Gunsten der Betroffenen - rückwirkend zum 1.1.2008, so dass das Thema hoffentlich nun beendet ist.

Im Laufe des Jahres haben sich die JobCenter der Region Hannover an ein **Servicecenter** angeschlossen. Dies hat zur Folge, dass die Mitarbeitenden der JobCenter weder für die Klientel, noch für die Beratenden persönlich erreichbar sind. Man kann sein Anliegen im Servicecenter vortragen und bekommt einen Rückruf angekündigt, der allerdings in den meisten Fällen nicht so zeitnah er-

folgt wie versprochen, so dass eine angemessene Klärung der Angelegenheit oft nicht möglich ist. Auch nutzt ein Rückrufangebot all denen nichts, die kein Telefon besitzen und z. B. über die Beratungsstelle den Kontakt herstellen. Diese Praxis hat vieles, was sich in den letzten Jahren vor allem durch die persönlichen Kontakte, sozusagen „auf dem kleinen Dienstweg“, in vielen Bereichen zu einer guten Zusammenarbeit entwickelt hat, wieder zunichte gemacht.

Die **Beratungen nach § 16 Abs. 2 Satz 3 SGB II** (psychosoziale Betreuung auf Grundlage von so genannten „Beratungsscheinen“ der JobCenter) sind zunehmend mehr in Anspruch genommen worden und sind somit auf dem besten Wege, fester Bestandteil der täglichen Arbeit zu sein.

Ab Juli des Jahres erhielten einige wohnungslose Klienten und Klientinnen von der Polizei schriftliche Verwarnungen mit Bußgeldankündigung, weil sie im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) auf der Grünfläche oder einem öffentlichen Weg lagerten bzw. nächtigten. Diese Art der Vertreibung wurde von der Beratungsstelle mit Unterstützung von Kollegen/innen und einer sehr engagierten Rechtsanwältin auf verschiedenen Ebenen - Quartiersmanagerin der Stadt Hannover, Mitgliedern aller Parteien im Bezirksrat Mitte und Polizei - problematisiert. Letztendlich fand das Thema „Zustände am ZOB“ auch den Weg in die Medien, und für die Zukunft wurde die Frage nach einem Konzept für den Umgang mit der Situation dort laut. Als Nahziel wurde durch den direkten Dialog mit allen Beteiligten erreicht, dass die Wohnungslosen am ZOB keine Verwarnungen mehr erhalten. Es ist deutlich geworden, dass eine Vertreibung das Problem nur verlagert und keinesfalls als Hilfe für die Klientel geeignet ist, und dass die Stadt Hannover nach wie vor bemüht ist, sensibel auf alle Bürger/innen zu reagieren, auch auf die wohnungslosen.

## **Ziele 2008 und Umsetzung**

1. Die 1. Etage ist renoviert.

2. Die Kooperationsvereinbarung (JobCenter Region Hannover und DW) ist in der tägl. Arbeit umgesetzt.

3. Das Dokumentationssystem CLUE-Timeline ist den aktuellen Forderungen angepasst.

**Zu 1.:** Die Renovierung der Räume für die Mitarbeiterschaft und die Klientel in der 1. Etage ist seit einiger Zeit überfällig. Auf die Umsetzung dieses Ziels hatte das Team der Beratungsstelle aber letztendlich keinen Einfluss mehr, da der Wirtschaftsplan der ZBS andere Prioritäten setzte. So wurde zwar das Sitzungszimmer renoviert, was auf die Räumlichkeiten der Beratungsstelle aber keinen Einfluss hatte.

**Zu 2.:** Diese Kooperationsvereinbarung ist mit Wirkung vom 21.11.2007 in Kraft getreten und gilt bis zum 31.12.2010. In diesem Zeitraum sollen regelmäßige Treffen zur weiteren Abstimmung zwischen den Kooperationspartnern stattfinden. In der täglichen Arbeit mit der Vereinbarung tauchte erwartungsgemäß die eine oder andere Schwierigkeit bei der Umsetzung auf. Die Fachgruppenleiterin der Beratungsstelle sammelte die Problempunkte für das nächste turnusmäßig vereinbarte Treffen. Viele Dinge konnten aber schnell durch direkten Kontakt mit dem entsprechenden Gegenüber im JobCenter geklärt werden.

Auch hier hatte das Team der Beratungsstelle letztendlich keinen Einfluss mehr auf die Erreichung des Ziels.

Die Fachgruppenleiterin, die sich für das Zustandekommen der regelmäßigen Treffen verantwortlich erklärt hatte, wechselte ihren Arbeitsplatz zum 1.9. des Jahres. Unter der neuen Leitung konnte bisher noch kein Treffen vereinbart werden.

**Zu 3.:** Das Dokumentationssystem CLUE-Timeline wird in der täglichen Arbeit angewandt. Änderungswünsche und Hinweise für notwendige Ergänzungen werden an den Kollegen der Beratungsstelle, der das Programm mitgestaltet hat, weitergegeben. Zusammen mit dem Anbieter des Programms wird das System daraufhin ständig aktualisiert und den praktischen Anforderungen angeglichen.

## **Ziele 2009**

1. Die Finanzierung der bestehenden Stellenanteile der Beratungsstelle ist durch „abrechenbare“ Klientel abgesichert.

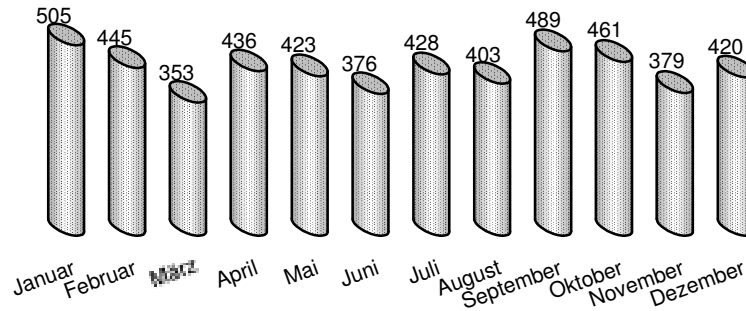
2. Die Arbeitsbelastung in der Beratungsstelle ist gesunken.

**Statistik 2008 für die Beratungsstelle Hagenstr. 36**

(Auswahl bestimmter Datenbereiche aus der Arbeit der Beratungsstelle im Jahr 2008)

1. Anzahl der beratenen Personen und Klient/innenkontakte

**Beratungsgespräche 2008 (Summe = 5118)**



In 2008 weist die Anzahl der Klient/innen im Vergleich zu 2007 wiederum eine Steigerung um 1,5 % auf (2008: 691, Vorjahr: 681); dies weist auf die gute Verankerung und den Bekanntheitsgrad der Beratungsstelle im Hilfesystem, vor allem bei den JobCentern in Hannover, hin.

Die Gesamtzahl der Beratungskontakte ist wesentlich deutlicher, nämlich um etwa 7,6 % gestiegen - von 4756 auf 5118 Beratungen - es gibt noch immer einen hohen Beratungsbedarf; hier zeigt sich, dass es nach wie vor viele Probleme und Unwägbarkeiten vor allem bei der Leistungsbeantragung und -gewährung nach SGB II gibt.

2. Vermittlung, Herkunft

Wir haben in 2008 wiederum den Anteil der „Neuzugänge“ im Berichtszeitraum gesondert betrachtet: Wie eigentlich auch erwartet, ist hier der Anteil der über das Sozialamt bzw. Agentur für Arbeit vermittelten Personen immer noch sehr hoch : 45,3 % (6,2 % höher als im Vorjahr). Auch die Vermittlung über Bekannte/Familie hat nach wie vor einen hohen Stellenwert : 20,5 %. Ein weiterer Vermittlungsschwerpunkt sind dann noch die „offenen Bereiche“ (Tagestreffpunkte, Straßensozialarbeit) mit 6,4 %.

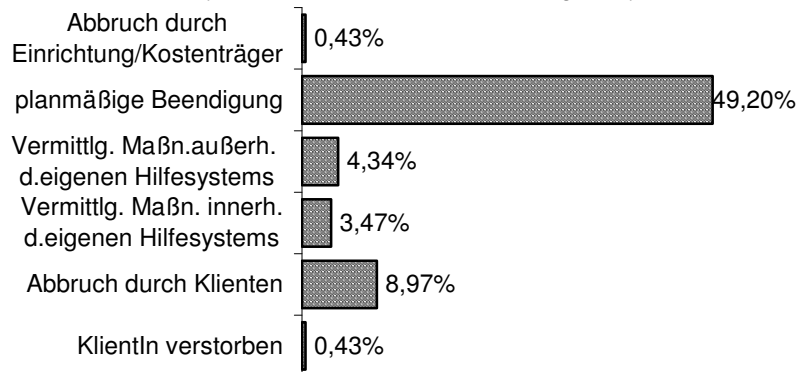
Hinsichtlich der „örtlichen Herkunft“ befand sich wiederum der größte Teil der „neuen“ Klient/innen (53 %) schon längere Zeit im städtischen Einzugsbereich, weitere Schwerpunkte waren die Region Hannover (9 %) sowie das „restliche“ Niedersachsen (8,8 %).

3. Hilfeabschluss

Der Anteil der Klient/innen, bei denen die Hilfemaßnahme abgebrochen wurde, ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (von 5,1 % auf 9,4 %); der Anteil an „erfolgreichen“ Hilfeabschlüssen bzw. Vermittlungen an stationäre oder andere ambulante Dienste hat deutlich zugenommen auf 57,01 %. Bei weiteren 25 % war die Hilfe noch nicht abgeschlossen. Leider sind auch in 2008 drei Klienten gestorben.

**Hilfeabschluss in 2008**

(Auswahl der bedeutsamen Kategorien)



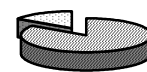
4. Auftrittsort - Erst- bzw. Wiederauftritt in 2008

Auftrittsart 2008

**Auftrittsart**

	Anzahl	2008	Vorjahr
Erstauftritt	583	84,47 %	83,55 %
Wiederauftritt	108	15,53 %	16,45 %

Wieder-  
auftritt  
15,63%



Erstauftritt  
84,37%

Die Erstauftritte (=Neuauftritte in 2008 sowie nicht abgeschlossene Hilfen als Erstauftritt aus dem Vorjahr) sind nur leicht gestiegen und auf fast identischem Stand wie im Vorjahr.

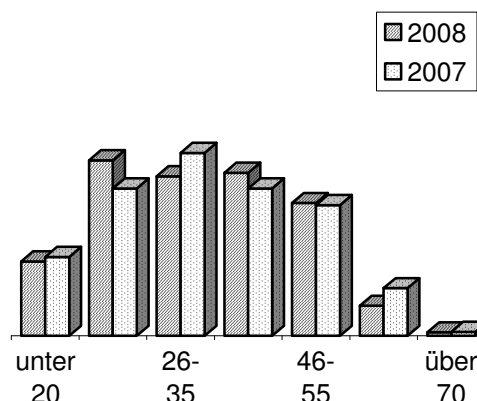
5. Altersstruktur der „Neuzugänge“ in 2008

Für 2008 haben wir zwecks Vergleichbarkeit dieselben Abstufungen in den Altersgruppierungen wie im Vorjahr errechnet; in der **Gesamt**-Altersstruktur haben sich vor allem im Bereich der bis 25-Jährigen deutliche Zunahmen (fast 28 % gegenüber 24 % im Vorjahr!) bemerkbar gemacht.

Betrachtet man nun nur den Ausschnitt der „Neuzugänge“ in 2008, ergibt sich ein ähnliches Bild: Bei den bis 25-Jährigen gibt es einen Zuwachs von über 3,2 %, entsprechend finden sich ab der Gruppe der 36-Jährigen erheblich geringere Zahlen.

Altersgruppen Neuzugang 2007/2008

ALTERSGRUPPE NEUZUGÄNGE	2008	Vorjahr
unter 20	10,07 %	10,67 %
20-25	23,74 %	19,94 %
26-35	21,58 %	24,72 %
36-45	22,06 %	19,94 %
46-55	17,99 %	17,70 %
56-70	4,08 %	6,46 %
über 70	0,48 %	0,56 %



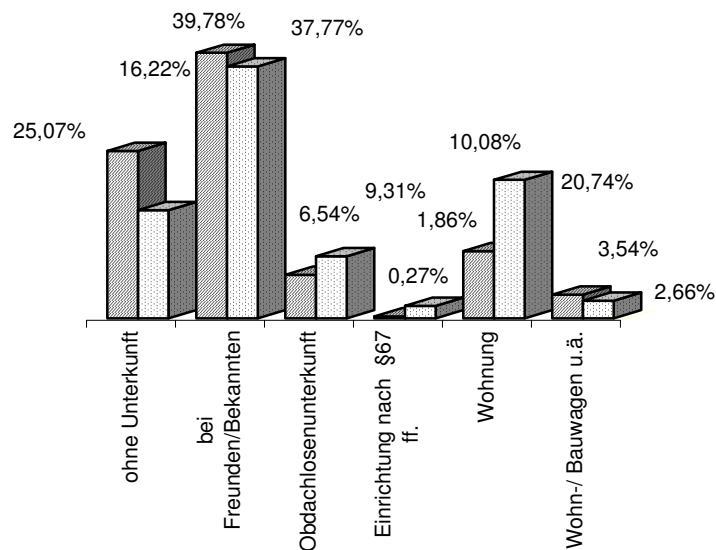
6. Frauenanteil an der Klientel

Der Anteil der Frauen in 2008 am Gesamtklientel hat sich deutlich erhöht und liegt nun bei **19,45 %** (Vorjahr: 16,9 %)

7. Entwicklung der Wohn- bzw. Nicht-Wohnsituation bei „Neuzugängen“ in 2008

Bei den „**Wohnsituationen**“ **jeweils am Anfang und Ende der Hilfe bzw. des Berichtszeitraumes** wurden wie in 2007 jene ausgewählt, die zumindest eine gewisse Validität durch die Auftrittshäufigkeit gewährleisten (insofern ergeben sich bei der Summation nicht 100 %) – allerdings wurde diesmal nur der Bereich der „neuen“ Klient/innen in 2008 ausgewählt.

**"Wohnsituationen" in 2008**



Gegenüber dem „Anfangsbestand“ in 2008 zeichnen sich in einigen Bereichen erhebliche Veränderungen in den Wohnsituationen der „Neuzugänge“ ab – so sind im Bereich „Platte...“ Veränderungen in Richtung Unterkunftsstabilisierung um fast 9 % erkennbar. Vor allem aber ist die immer noch relativ entspanntere Situation am Wohnungsmarkt daran erkennbar, dass immerhin mehr als 10 % der Neuzugänge in 2008 eine neue Wohnung beziehen konnten.

Wie im Vorjahr sind jedoch auch in 2008 über zwei Drittel der Klientel ohne eigene Wohnung; die Wohnungssuche ist durch die Regel-SchuFa-Anfrage von Wohnungsunternehmen erschwert, und oft sind dann nach Einzug erhöhte Strom- und Heizkosten im Gefolge der Energievertierung ein ernstes Problem.

**8. Zuordnung der Klient/innen zu „Hilfebedarfsbeschreibungen“ bei Hilfeanfang**

Unser Klientel lässt sich in folgenden Hilfebedarfsbeschreibungen quantifizieren:

**23 %** der Klientel war sowohl wohnungslos, wirtschaftlich nicht abgesichert und befand sich in einer persönlich instabilen Situation; dies ist gegenüber dem Vorjahr (20 %) fast identisch.

**3,6 %** war in solch einer Situation mit zusätzlich erheblicher psychischer Problematik und **40 %** befand sich in einer mittelfristig stabileren Unterkunftssituation, jedoch ohne vertraglich gesicherte Wohnrechte (Mietvertrag) und z. T. ohne langfristige wirtschaftliche Absicherung; dieser Personenkreis hat gegenüber 2007 noch einmal um 1 % zugenommen.

**9. Benannte Ziele der Hilfepläne**

An dieser Stelle sollen wieder jene Ziele benannt werden, die am häufigsten im Jahr 2008 in den Hilfeplänen festgehalten wurden („Hitliste“):

Regelmäßiges Einkommen nach SGB XII/SGB II/SGB III:	54,60 %
Stabilisierung der vorhandenen Existenzgrundlage:	8,45 %
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben:	6,38 %
Selbstständiges Wohnen in eigener Wohnung:	17,50 %
Erhaltung der (bedrohten) vorhandenen Wohnung:	5,50 %
Freiwillige Geldverwaltung:	12,20 %
Schuldenregulierung:	2,70 %
Umzug in eine neue Wohnung:	3,31 %

Auch in 2008 hat sich gezeigt, dass die existenziellen (finanziellen) Grundlagen und der Wohnungswunsch bei der Zielsetzung vor allem kurz- und mittelfristig den größten Raum einnehmen und langfristige „Lebensplanungen“ wie Schuldenregulierung vor allem im Erstberatungsbereich keine so große Rolle spielen.

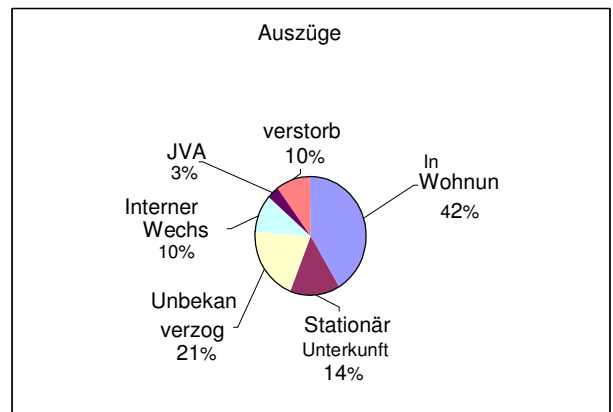
### 3.4 Ambulante Hilfe/Mieterbetreuung

Die Mieterbetreuung der Zentralen Beratungsstelle Hannover in der Sozialen Wohnraumhilfe gGmbH (SWH gGmbH) hat im Jahr 2008 171 Personen in 150 Mietwohnungen betreut. Hinzu kommen 12 Kinder und Jugendliche bei (Eineltern-) Familien. Nach Jahren sinkender Mieterfluktuation stieg diese wieder auf 29 Mieterwechsel an.

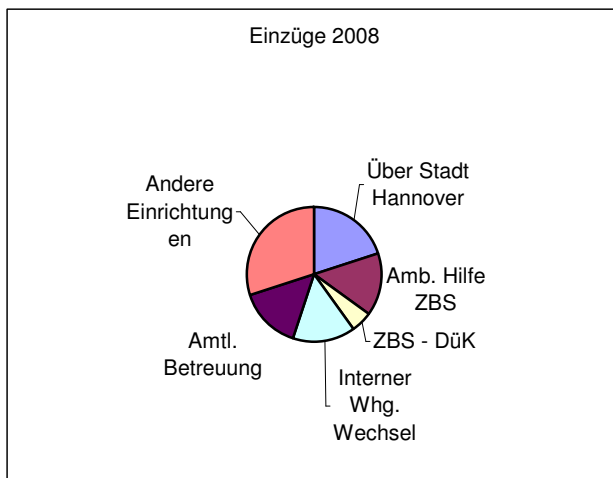
2004	2005	2006	2007	2008
43	37	33	22	29

Mieter/innen der SWH gGmbH / Fluktuationsauswertung

Erstmals ergaben sich erhebliche Probleme in der Nachbelegung einzelner Wohneinheiten, die durch eine Belegungsvereinbarung mit der Stadt Hannover bzw. Langenhagen definiert sind. Die Belegrechte hatten für diese Wohneinheiten andere Hilfeeinrichtungen. Diese haben nicht für eine möglichst übergangslose Vermietung gesorgt. So ergaben sich Leerstände in neun Wohnungen über einen Zeitraum von zum Teil mehreren Monaten. Schwierig gestaltete sich insbesondere die Nachbelegung von Wohnungen für Mehrpersonenhaushalte. Bei einer Wohnung wurde das Belegungsrecht an die zuständige Kirchengemeinde zurückgegeben. Somit standen dem Auszug von 29 Mieter/Innen 19 Einzüge entgegen.



Mieter/innen der SWH gGmbH / Auszüge 2008 = 29 Personen



Mieter/innen der SWH gGmbH / Einzüge 2008 = 19

Festzustellen ist, dass aufgrund von Kündigungen seitens des Vermieters lediglich drei Mietverhältnisse scheiterten. Sechs Personen gaben ihre Wohnung auf eigenen Wunsch aus Gründen von Überforderung auf. Trotz intensiver Bemühungen der Mieterbetreuung ist es in diesen Fällen nicht gelungen, diese Personen dauerhaft sesshaft zu machen.

13 Mieter/innen fielen in Landeszuständigkeit, acht haben einen Migrationshintergrund.

Gemäß dem Konzept der Ambulanten Hilfe werden die Mieter/innen in Form von

Einzelfallhilfe betreut. Der jeweilige Bedarf wird gemeinsam besprochen und festgelegt.

Die wesentlichen Betreuungsinhalte waren neben der Integration in das Wohnumfeld, Hilfen bei Suchtproblematik, physische und psychische Auffälligkeiten und vermehrt Unterstützung bei Behördenangelegenheiten, insbesondere bei Differenzen mit den JobCentern.

Aufgrund langjähriger und zuvor intensiver Betreuungsarbeit benötigten 20 Mieter/innen diese im Jahr 2008 nicht und weitere 92 nur noch geringfügig. Ein hoher Betreuungsbedarf war bei 59 Mieter/innen vorhanden.

Die überwiegende Mehrzahl der Mieter/innen bezogen Leistungen nach ALG II. Im Einzelnen stellt sich die Einkommenssituation wie folgt dar:

ALG II	Grundsicherung	Arbeitseinkommen
146	15	10

Mieter/innen der SWH gGmbH / Einkommenssituation in 2008

### Besonderheiten im Arbeitsbereich der Mieterbetreuung

Trotz zum Teil langjähriger Wohndauer war eine intensive Betreuungsarbeit bei 59 Mieter/innen notwendig, da aufgrund von Verhalten oder Mietrückständen die jeweiligen Mietverhältnisse stark gefährdet waren. Darin inbegriffen ist eine Mietergruppe, für die nach § 67 BGB XII i. V. mit § 6 Abs. 2 Nds AG zum SGB XII ein Kostenanerkennnis vorliegt und die Betreuungs- und Beratungsarbeit durch das Land Niedersachsen finanziert ist. Ohne die Arbeit und das persönliche Engagement der Sozialarbeiter/innen wären bei der SWH gGmbH die Hälfte der restlichen intensiv betreuten Mietverhältnisse gescheitert, so dass diese Personen erneut in die Wohnungslosigkeit gefallen wären. Dies konnte u. a. dadurch erreicht werden, dass das Diak. Werk Stadtverband Hannover als Träger der Ambulanten Hilfe/Mieterbetreuung einen kleinen Stellenanteil für die Betreuung der örtlichen Wohnungslosen finanziert.

Mit der Problematik (vorhandene soziale Schwierigkeiten, aber Nichterfüllen des Kriteriums Wohnungslosigkeit) muss sich im laufenden Jahr u. E. vordringlich auseinandergesetzt werden. Aus wirtschaftlichen, aber gerade auch aus sozialen Aspekten muss eine verlässliche persönliche Unterstützung dieses Personenkreises gewährleistet sein.

Eine weitere Besonderheit im Arbeitsbereich der Mieterbetreuung lag im Wechsel der Geschäftsführung der SWH gGmbH im Frühjahr 2008.

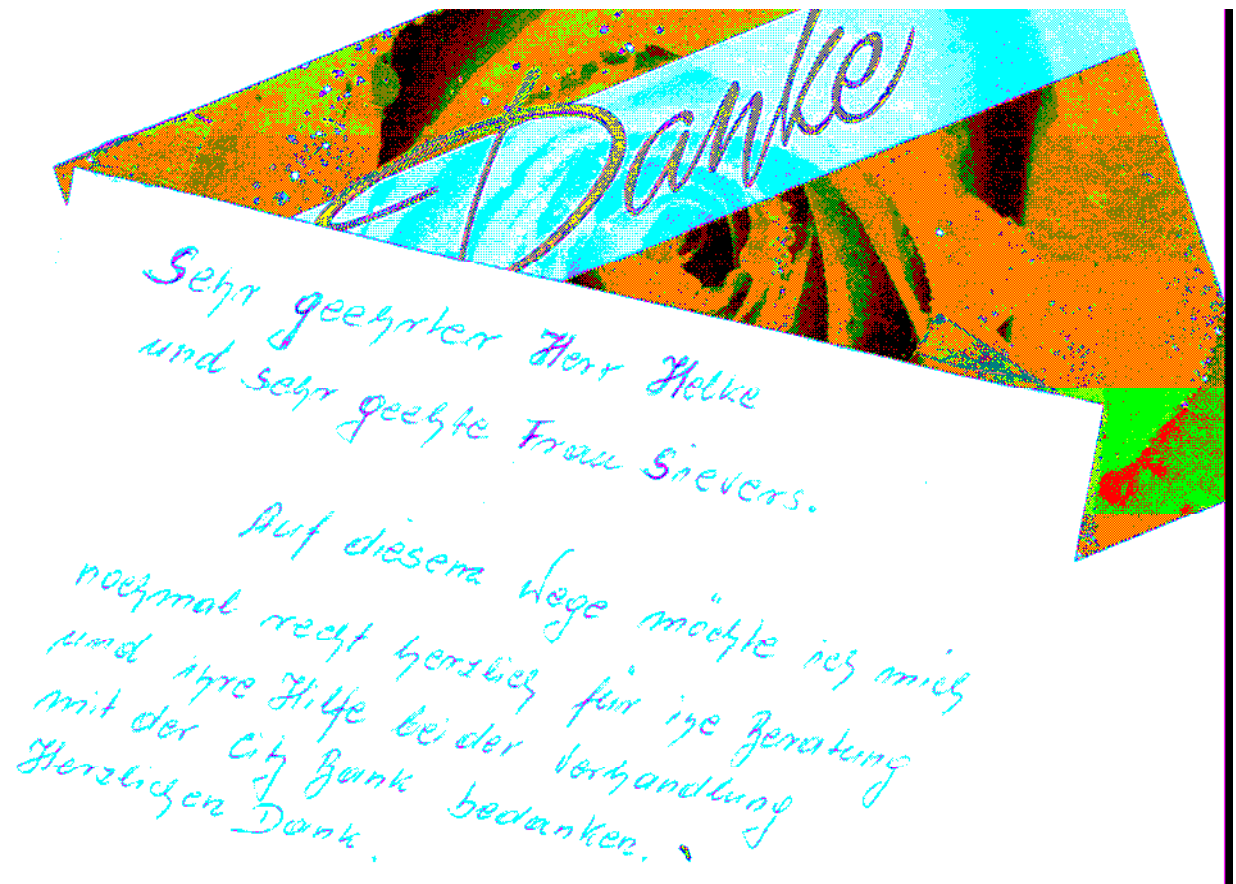
Die komplette Umstellung der EDV- und Telefonanlage und ein personeller Wechsel im technischen Dienst der SWH gGmbH, die ebenfalls im Frühjahr 2008 erfolgten, erforderten von den Mitarbeiter/innen der Mieterbetreuung ein hohes Maß an Flexibilität.

### Ziele 2009

Das vorrangige Ziel unserer Arbeit wird sein, aktiv an einer gesicherten Finanzierungsgrundlage für die Mieterbetreuung dadurch mitzuarbeiten, freigewordene Wohnungen insbesondere mit Personen zu belegen, für die ein Kostenanerkennnis nach § 67 BGB XII i. V. mit § 6 Abs. 2 Nds AG zum SGB XII beantragt werden kann.

Seit Jahren bemühen wir uns, durch Optimierung der Arbeitsabläufe die Qualität der persönlichen Hilfen für ehemals wohnungslose Menschen zu halten oder zu verbessern. Mittlerweile stoßen wir hierbei an unsere Grenzen, da wir feststellen, dass der individuelle Betreuungsaufwand demgegenüber nicht geringer wird. Im Gegenteil: Die Personen, für die ein Kostenanerkennnis vorliegt, benötigen einerseits intensive Beratung und Betreuung, andererseits stellen wir fest, dass es durch den Einzug dieses Personenkreises in gewachsene Strukturen innerhalb eines Wohnprojektes vermehrt zu Unruhe und Unfrieden kommt. Nachbarschaftskonflikte haben vermehrt zugenommen und nehmen unsere Kapazitäten zusätzlich in Anspruch. Ein Ziel wird es sein, sich dieser Situation zu stellen und somit weiterhin allen Mieterinnen und Mietern gerecht zu werden.

### 3.5 Schuldnerberatung



Keep calm and carry on. \*

Vor 10 Jahren trat die Insolvenzordnung in Kraft. Seit 1999 kann das Verbraucherinsolvenzrecht als ein wichtiges Entschuldungsinstrument genutzt werden.

Es kommen immer mehr Rückmeldungen von Menschen, die mit Hilfe und Unterstützung des Teams der Schuldnerberatung in den letzten Jahren diesen Weg gegangen sind und nun am Ende den erlösenden Beschluss des Amtsgerichtes Hannover erhalten: „In dem Restschuldbefreiungsverfahren des YXZ wird dem Schuldner gemäß § 300 InsO Restschuldbefreiung erteilt“.

Wer in der Schuld anderer stand, war in der Tat nicht mehr frei und der Weg aus der Verschuldung ist befreiend. Diese Erfahrung teilen viele Klienten/innen mit Propheten aus alttestamentarischer Zeit.

Die vielfältigen Möglichkeiten dieses Gesetzes bekommen für die Ratsuchenden immer mehr Bedeutung. Die Schuldenbereinigungsplanverfahren (mit Zustimmungsersetzung) [es hört sich komplizierter an, als es ist] nehmen zu, auch wenn sie noch an zwei Händen abgezählt werden können.

Die außergerichtlichen Einigungen nach erfolgreicher Verhandlung mit der Gläubigerseite sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen auf nunmehr fast 18 % aller beendeten Fälle.

Das liegt sicher auch an der Haltung der Ratsuchenden, nicht gleich nach dem ersten gescheiterten Einigungsversuch den „Antrag auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens“ auszufüllen, sondern sich bewusst gegen die Insolvenz zu stemmen, eine Sanierung zu versuchen und wieder Verantwortung für sich selber zu übernehmen. Dabei ist es durchaus ein sich wechselseitig beeinflussender Prozess zwischen Ratsuchenden und Berater/in, den Kopf über dem Wasser zu halten und eine Regelung gegenüber der Gläubigerseite durchzusetzen, die die Lebenslage der Schuldner/innen aufnimmt und gleichzeitig zur Entschuldung führt.

Trotz alledem. Auch und gerade in den Jahren der Finanzkrise 2008/09.

\*„Ruhe bewahren und weitermachen“ war eine britische Parole zurzeit des Zweiten Weltkriegs. Originalplakate aus dieser Zeit sind in England wieder aufgetaucht und erleichtern dort den Umgang mit der aktuellen Krise.

## 1. Beratungssituation

Anzahl der beratenen Haushalte insgesamt: 298

Davon abgeschlossene Beratungen: 174

Summe persönlich geführter Beratungsgespräche: 1.034

### 1.1 Gesetzliche Grundlagen der Beratung

Schuldnerberatung nach	Anzahl	Prozent
§ 16 Abs.2 Nr.2 SGB II	224	75,17%
§ 11 Abs.5 SGB XII	10	3,36%
§ 67 SGB XII	64	21,48%
Gesamt	298	100,00%

### 1.2 Abgeschlossene Fälle - Grund der Beendigung

	Anzahl	Prozent
Abbruch durch Berater	13	7,47%
Abbruch durch Schuldner	32	18,39%
Gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan angenommen	7	4,02%
Regelinsolvenzverfahren beantragt	6	3,45%
Schulden außergerichtlich reguliert	31	17,82%
Sonstiges	11	6,32%
Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt	71	40,80%
Weitervermittelt an andere Beratungsstelle, Umzug, Tod	3	1,72%
Gesamtergebnis	174	100,00%

### 1.3 Dauer der Beratung

	Anzahl	Prozent
bis 4 Monate	50	28,74%
mehr als 4 bis 8 Monate	60	34,48%
mehr als 8 bis 12 Monate	37	21,26%
über 12 Monate	27	15,52%
Mittelwert	231 Tage	

## 1.4 Langjährige Trendentwicklung verschiedener Hilfemaßnahmen (2004-2007):

### Schuldnerberatung ist mehr als das „Weghexen“ von Schulden.

Die Beratungsstelle hat vom 01.01.04 bis 31.12.07 die auf die Verbesserung der Lebenssituation bezogenen Effekte des Beratungsprozesses („Hilfemaßnahmen“) dokumentiert. Diese Erfassung wird im Folgenden vorgestellt. Obwohl der Fokus der Beratung die Schuldsituation ist („Eintrittskarte“), berührt und verändert deren Klärung aber eine Vielzahl von dahinterliegenden Problemkreisen. Diese aufwendige Erfassung wird zunächst nicht weitergeführt, da aufgrund des relativ stabilen Trends ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn unwahrscheinlich ist.

Hilfemaßnahmen	Hilfemaßnahmen im Beratungsprozess (Jahr):				Vierjahres trend		
	2007	2006	2005	2004	Summe 04-07	04-07 Prozent	Trendbe wertung
1. Hilfen b. Kündigung + Klärung Vertragsverhältnisse	168	200	127	67	562	<b>32,9</b>	stabil
2. Hilfe bei Klärung von Sozialleistungsansprüchen	102	166	76	24	368	<b>21,5</b>	zunehmend
3. Sicherung von Wohnraum: Hilfe bei Mietschulden / Wohnungskündigung / Zwangsräumung / Hilfe bei Energieschulden und Liefersperre	72	80	51	35	238	<b>13,9</b>	stabil
4. Sicherung von Girokonto u. Teilnahme bargeldloser Zahlungsverkehr: Hilfe b. der Beschaffung / Hilfe b. Kontopfändung / Geldverwaltung	52	56	30	36	174	<b>10,2</b>	stabil
5. Sicherung des Arbeitsplatzes: Schutz und Abwendung von Zwangsvollstreckung / Rücknahme Lohnpfändung / Pfändungsschutz zur Sicherung des Existenzminimum	20	31	11	21	83	<b>4,9</b>	stabil
6. Antrag Insolvenzeröffnung/ Bescheinigung § 305	96	76	39	42	253	<b>14,8</b>	stabil
7. Vermeidung von Haftstrafen	5	3	12	10	30	<b>1,8</b>	abnehmend
Summen	515	612	346	235	1708	100	

## 2. Persönliche Daten der beratenen Personen 2008

### 2.1 Alter

	Anzahl	Prozent
bis 20 Jahre	5	1,68%
21 bis 30 Jahre	81	27,18%
31 bis 40 Jahre	82	27,52%
41 bis 50 Jahre	84	28,19%
51 bis 60 Jahre	34	11,41%
älter als 60 Jahre	12	4,03%
Gesamtergebnis	298	100,00%

**2.2 Lebensform**

	Anzahl	Prozent
allein erziehend	37	12,42%
allein lebend	157	52,68%
bei Bekannten/Eltern lebend	12	4,03%
in Ehe/Lebensgemeinschaft lebend	68	22,82%
sonstiges	24	8,05%
Gesamtergebnis	298	100,00%

**2.3 Einkommenshöhe der beratenen Person**

	Anzahl	Prozent
bis 500 €	41	13,76%
501 bis 1.000 €	204	68,46%
1.001 bis 1.500 €	38	12,75%
1.501 bis 2.000 €	10	3,36%
über 2.000 €	5	1,68%
Gesamtergebnis	298	100,00%

**3. Schuldensituation**

Die meisten überschuldeten Personen haben nur wenige Gläubiger und trotzdem Probleme. 70 % der Ratsuchenden haben weniger als 10 Gläubiger und nicht mehr als 20.000 € Verbindlichkeiten.

Die Lebenslage des Klientel scheint sich signifikant von anderen Schuldnerberatungsstellen zu unterscheiden.

Die durchschnittliche Gesamtverschuldung – ohne Extremwerte (> 100.000 €) lag bei 15.000,00 €. Laut Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 21.10.08 betrug die durchschnittliche Überschuldung von Ratsuchenden in Schuldnerberatungsstellen hingegen 36.000,00 €.

**3.1 Anzahl der Forderungen**

	Anzahl	Prozent
bis 5	126	42,28%
6 bis 10	84	28,19%
11 bis 20	57	19,13%
21 bis 50	31	10,40%
Gesamtergebnis	298	100,00%

**3.2 Höhe der Gesamtverschuldung**

	Anzahl	Prozent
bis 5.000 €	94	31,54%
5.001 bis 10.000 €	69	23,15%
10.001 bis 20.000 €	70	23,49%
20.001 bis 50.000 €	39	13,09%
50.001 bis 100.000 €	18	6,04%
über 100.000 €	8	2,68%
Gesamtergebnis	298	100,00%

**4. Ziele 2009**

Inhaltliche Ziele	Verbessertes Kontakt- und Infosystem zu Mitarbeitenden in den stationären Einrichtungen führt zu erhöhter Nutzung der SB für die Klienten der stationären Einrichtungen
	Verbesserte Ratenzahlungsmöglichkeiten für unsere Klientel bzgl. Rückständen bei Stadtwerken Hannover
	Einstieg in das U-25-Präventionsprojekt mit Jugendlichen
Organisatorisch-strukturelle Ziele	Verlängerung der Personalstelle im SGB-II-Bereich

### 3.6 Krankenwohnung "Die KuRVe"

#### Besonderheiten im Berichtsjahr

##### Tagung der AG Med in Bremen

Die Arbeitsgemeinschaft Medizinische Versorgung der BAGW richtet alle zwei Jahre eine kleine Fachtagung zu Themen der gesundheitlichen Versorgung von wohnungslosen Menschen aus. Im Juni feierte die AG Med ihr zehnjähriges Jubiläum und beging dies gemeinsam mit der ebenfalls seit zehn Jahren bestehenden medizinischen Versorgung für Wohnungslose der Stadt Bremen. Das diesjährige Tagungsthema lautete: „Zehn Jahre medizinische Versorgung Wohnungsloser – die Etablierung eines Ausnahmezustands?“ Als Mitglied des Sprecherrats der AG Med gehörte C. Genz zum Tagungsteam.

##### Patientenschicksale

Auch im Berichtsjahr beherbergte die Krankenwohnung zwei Patienten mit bösartigen Tumorerkrankungen. Ein Patient konnte nach vielem Auf und Ab schließlich in eine geeignete Wohnung ziehen und ist immer noch wohl auf. Der andere Patient verstarb nach aufreibenden und qualvollen Wochen auf der Palliativstation des Krankenhauses Siloah. Der Betreuungsumfang war in beiden Fällen hoch und drohte das Leistungsvolumen zu sprengen. Eine generelle Ablehnung dieser Patienten kann jedoch nicht die Lösung sein. Es gibt im Gesundheitssystem mittlerweile viele Versorgungslücken, die kaum mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gefüllt werden können.

Eine gute Vernetzung, das rechtzeitige „In die Wege leiten“ von geeigneten Schritten und nicht zuletzt ehrliche Gespräche mit den Betroffenen über Möglichkeiten und Grenzen, sind momentan das einzige probate Mittel.

##### Psychisch krank und wohnungslos - zwei Beispiele

Nach seinem Unfall kam ein psychiatrisch kranker Mann, der zu der Gruppe von Wohnungslosen gehört, die eher einsiedlerisch lebt und selten Hilfeangebote wahrnimmt, in die Krankenwohnung. Da er ein künstliches Hüftgelenk erhalten sollte, war ein längerer Aufenthalt in der Krankenwohnung vorgesehen. Während dieser langen Phase gelang es dem Betreffenden sich an die neuen Lebensumstände zu gewöhnen – bzw. sich mit diesen, dem bestellten Betreuer, dem Arzt im Sozialpsychiatrischen Dienst Königstraße und den einzunehmenden Psychopharmaka zu arrangieren. Schließlich war er sogar in der Lage, an einer ambulanten „Reha“ im Anschluss an die Hüftgelenksoperation teilzunehmen. Dieser Patient lebt heute in einem kleinen Wohnheim für psychisch Kranke in der Güntherstraße.

Im zweiten Beispiel kam ein psychisch kranker, suchtmittelabhängiger Mann mit Borderlinesyndrom nach einem Krankenhausaufenthalt in die Krankenwohnung. Man hatte ihn in völlig desolatem Zustand aus seinem im Hochwasser untergegangenen Zelt in der Döhrener Masch gerettet. Von der Güntherstraße aus begann er eine Therapie in der Tagesklinik Gartenstraße. Parallel dazu besuchte er eine Gruppe der Anonymen Alkoholiker. Dieser Klient wird zudem von einem Betreuungsverein begleitet und lebt heute in einer eigenen Wohnung.



Aufenthaltsraum für Patienten

## Ziele aus dem Berichtsjahr

### Auswertung

#### Ziel 1: Ein "FAQ" (Frequently Asked Questions) - Handbuch der wichtigen Abläufe in der Kranken- wohnung - erstellen.

Das Handbuch existiert bisher nur als unvollständige Datei. Zur Begründung: Der allgemeine Arbeitsaufwand in der Krankenwohnung ist hoch und fordert ein entsprechendes Maß an Organisation, um der gewählten Aufgabe auch gerecht zu werden. Diese ist anspruchsvoller, als zunächst gedacht – es gibt mittlerweile eine Fülle von Informationen, die sortiert werden wollen. Das Ziel wird weiter bearbeitet.

#### Ziel 2: Verbesserung der Betreuung von Klienten/innen nach Auszug

Viele Klienten sind aus der Krankenwohnung direkt in eine eigene Mietwohnung gezogen. Ein Patient ist in der Wohngemeinschaft des „Nullladen“ untergekommen, ein weiterer im benachbarten Wohnheim für psychisch Kranke (siehe Statistik). Die Rückmeldungen beim „Adventskaffee“ im Dezember waren überwiegend positiv. Der Erfolg der Auszüge war das Resultat einer sorgfältigen Planung, die sowohl die Suche nach der passenden Wohnung in einem geeigneten Umfeld zum Inhalt hatte, als auch eine Begleitung vor und nach Auszug. Drei Klienten unterhielten bereits im Vorfeld Kontakt zu einem Betreuungsverein, um den Übergang abzusichern und eine rechtzeitige Kostenanerkennung nach § 53 SGB XII zu erwirken. Ein Bewohner wurde von Resohelp im Rahmen einer Entlassungsvorbereitung in die Krankenwohnung vermittelt. Dieser Klient wird nach wie vor von dort unterstützt.

Bei zwei Klienten ist der Wohnversuch kurz nach Einzug gescheitert; beide hatten die neue Wohnung so gut wie nie genutzt. In einem Fall war die Situation nach wenigen Monaten so dramatisch, dass eine erneute Aufnahme in der Krankenwohnung und mehrere Krankenhausaufenthalte nötig wurden. Ein sehr hilfreicher Partner war in diesem Fall die Stadt Hannover, die sowohl die Mietkosten (und die Kosten für die Wohnungsreinigung) bis zur Kündigung übernommen hat als auch für den Aufenthalt in der Krankenwohnung aufgekommen ist. In enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Sachbearbeiter dort wurde nun eine neue Lösung entwickelt.

Trotz vieler positiver Verläufe bleibt das gesetzte Ziel unerreicht, denn es gibt keine ZBS-eigenen Vorschläge zur Betreuung in Wohnungen, im Sinne einer aufsuchenden Hilfe für Klienten/innen nach § 67 SGB XII.

#### Ziel 3: Planung und Durchführung der Veranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum der Kranken- wohnung

Hier wurde das Ziel in vollem Umfang erreicht. Die Veranstaltung am 4. Juli 2008 verlief zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Die Vorbereitungen gerieten kurzzeitig in Bedrängnis, denn auch hier konnte man sich leicht verschätzen.

Was letztlich den Erfolg und damit auch die Freude ausmachte, war eine gute Besetzung und Verteilung der Aufgaben wie: Moderation durch Gottfried Schöne, Einführungsrede von Hans-Martin Joost, Redebeiträge des stellvertretenden Oberbürgermeisters Bernd Strauch und des stellvertretenden Regionspräsidenten Dr. Axel Prieb, sowie Anke Reichwald als Geschäftsführerin des Ambulanten Pflegedienstes Friederikenstift und zum Abschluss Corinna Genz für die Krankenwohnung. Als weiterer geladener Gast erschien Herr Oberbürgermeister Stephan Weil. Die Veranstaltung war gut besucht. Für das selbst zubereitete Buffet gilt der besondere Dank Frau Walpert-Niemann, die als Krankenpflegerin in der „KuRve“ beschäftigt ist.

## Ziele 2009

#### Ziel 1: Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs in der Krankenwohnung in der Zeit vom 01.04. bis 30. 09. 2009

Während des halben „Sabbatjahres“ von C. Genz wird die sozialarbeiterische Leitung der Krankenwohnung von den Kollegen/innen der Beratungsstelle übernommen. Eine Aufgabe, der sie schon in der Vergangenheit diverse Male nachgegangen sind. Das Ziel ist, während dieser doch sehr langen Vertretungszeit, weiterhin zufriedenstellende Arbeitsergebnisse zu erhalten. Frau Walpert-Niemann kommt während dieser Zeit die Aufgabe zu, die Kontinuität in der gesundheitlichen Versorgung der Patienten zu gewährleisten.

## Ziel 2: Auswertung der Veränderungen im Gesundheitssystem – Auswirkungen auf unsere Klientel

Die letzte Stufe der Gesundheitsreform ist in Kraft getreten. Es gilt daher (wieder einmal) zu beobachten, wie sich diese Erweiterung auf die gesundheitlichen Versorgungsmöglichkeiten von wohnungslosen Menschen auswirken. Schon jetzt stellen die Mitarbeiterinnen der Krankenwohnung fest, dass der medizinische Beratungs- und Versorgungsaufwand in den letzten beiden Jahren stark zugenommen hat. Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch zwei sollen genannt werden, die auf der Liste ganz oben rangieren: Zum einen die frühzeitigen Entlassungen aus Kliniken, zum anderen die Schwächung der Hausarztpraxen, die durch die Budgetierung derart belastet sind, dass sie wohl bald jedes Interesse an einer „sorgfältigen Arbeit“ verlieren dürften. Der Fachausschuss Gesundheit der BAG W beschäftigt sich in diesem Jahr mit den Auswirkungen einer Entwicklung im Gesundheitssystem, das zunehmend auf Privatisierung setzt und in dem sich ganze Versorgungslandschaften ändern. Diese Erkenntnisse sollen mit den Beobachtungen aus der Krankenwohnung zusammengeführt werden.

## **Statistik**

### Auslastung 2008

Die Auslastung der Krankenwohnung ist gut, allerdings beträgt die durchschnittliche Verweildauer eines Patienten 3,6 Monate. Um eine genaue Analyse dieser teils sehr langen Aufenthalte vornehmen zu können, ist es nötig, alle Gründe zu beleuchten. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu prüfen, ob durch diese geringe Fluktuation zu geringe Chancen bestehen, kurzfristig in der Krankenwohnung unterzukommen und diese so ihrem Auftrag nicht mehr gerecht wird oder diesen neu definieren muss.

### Anfragen, die 2008 nicht berücksichtigt werden konnten

Aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe gab es zwölf Anfragen, denen aufgrund der Vollbelegung nicht entsprochen werden konnte. Bei den Krankenhäusern war dies zehnmal der Fall, wobei in fünf Fällen die Nichteignung des Patienten ausschlaggebend war.

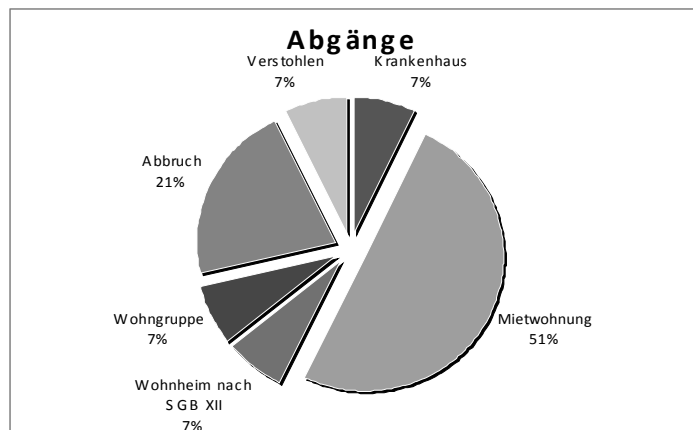
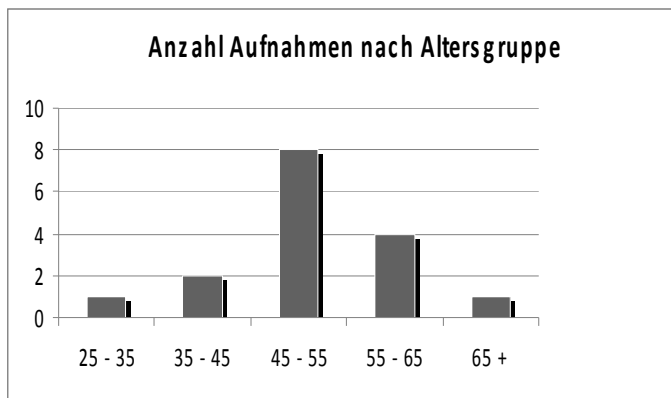
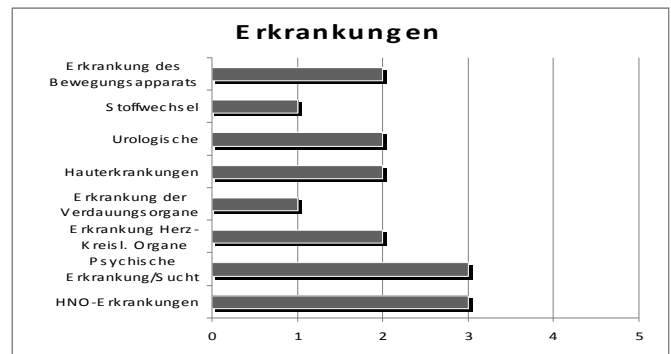
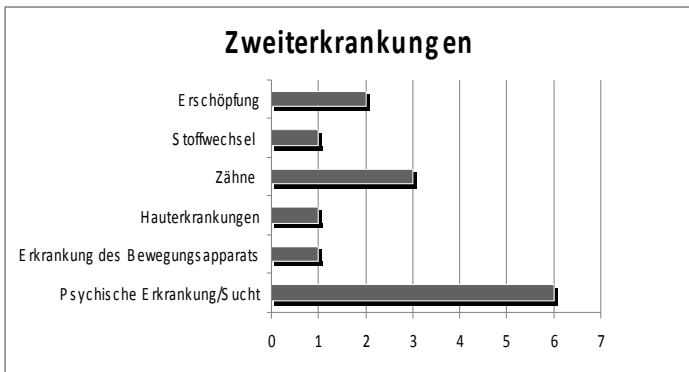
### Erkrankungen bei Aufnahme

Bei den HNO-Erkrankungen handelte es sich in zwei Fällen um Patienten mit einem nachoperativen Trachäostoma, einer Kanüle, die zum Atmen in den Hals eingeführt wird. Meistens gibt es in der Anfangszeit große Schwierigkeiten bei dieser Versorgung, die aus Leistungen des Pflegedienstes in Zusammenarbeit mit dem Zulieferer der Medizintechnik und häufigen Nachkontrollen in der Krankenhausambulanz besteht. Später ergänzen diese sich durch Maßnahmen der Logopädie und Krankengymnastik. Diese Erkrankungen sind nicht selten und zeigen bei wohnungslosen Menschen sogar eine höhere Prävalenz.

Ebenfalls sehr aufwendig sind Erkrankungen der Haut, wie zum Beispiel das Ulcus Crurios am Bein. Die Versorgung ist hierbei sehr penibel und in der Regel täglich erforderlich. Das Wundmanagement hat sich in der Vergangenheit stark weiterentwickelt und fordert vom Versorgungspersonal ebenso Weiterbildung und spezielle Schulungen. Die Behandlungsdauer kann aufgrund dieser Fortschritte oft verkürzt werden.

In drei Fällen bestand der Aufnahmegrund in einer psychischen Erkrankung, meist einhergehend mit einer starken Erschöpfungssymptomatik. In der Regel trinken die Betroffenen viel Alkohol, um so ihre Symptome in Schach zu halten. Nimmt man die Diagnosen aus den Zweiterkrankungen hinzu, fällt auf, wie groß die Rolle ist, die dieses Thema in der Arbeit spielt.

**Statistischer Anhang**



### 3.7 Ökumenische Essenausgabe

#### Vorwort

Die Ökumenische Essenausgabe hat am 1. Dezember 2008 zum zwanzigsten Mal ihre Türen geöffnet. Es hat somit ein Jubiläum (lat. annus jubilaeus: Jubeljahr) stattgefunden. Bei dem Begriff Jubiläum, assoziiert man schnell einen Moment des Feierns. Gab es denn einen Grund zum Jubeln?

Ja den gab es wohl, denn auch in diesem Jahr waren wieder viele Bürger und Bürgerinnen aus Hannover und Umgebung bereit, ehrenamtlich in der Ökumenischen Essenausgabe mitzuarbeiten. Man merkte, wie in jedem Jahr, dass die vielen Ehrenamtlichen bereits ihren eigenen Platz in der Essenausgabe gefunden hatten bzw. schnell fanden. Wie auch schon in den Vorjahren wurde sich auch in diesem Winter über die normalen Öffnungszeiten hinaus engagiert. Dafür soll an dieser Stelle ein Dank an alle Akteure ausgesprochen werden, denn diese Tatsache ist definitiv ein Grund zum Jubeln.

Weniger zum Jubeln ist vielleicht der Zustand, dass die Essenausgabe auch im zwanzigsten Jahr notwendig, notwendiger als je zuvor war, wie im Folgenden dargestellt ist. Dieser Zustand ist insofern traurig bzw. erschreckend, als dass von den Abfindungen oder allgemeinen Gehältern von Managern und großen Funktionären die Essenausgabe weitere 20 Jahre oder länger finanziert werden könnte. Weiterhin ist es tragisch, dass in einem Land, in dem wir täglich Lebensmittel vernichten, weil die angebotene Menge wesentlich größer ist als sie von Menschen mit ausreichendem Einkommen benötigt und gekauft wird, Essenausgaben anstelle eines besseren sozialen Systems bestehen.

Dementsprechend wurde kein rauschendes Fest gefeiert, es gab auch keine großen, teuren Lobveranstaltungen, sondern eine Essenausgabe wie in jedem Jahr. Es war zum zwanzigsten Mal das Angebot eines zusätzlichen warmen Platzes, einer warmen Speise und warmen Getränken und der Möglichkeit, jemanden zu treffen und mit ihm zu reden, gerichtet an die Wohnungslosen und alle anderen bedürftigen Mitmenschen in dieser Stadt in der kalten Jahreszeit.

#### Die Organisation

Die Essenausgabe wird traditionell vom 1. Dezember bis Mitte März durchgeführt. In dieser Saison war der 21. März der letzte Tag. Das Angebot wurde wieder von den seit vielen Jahren bewährten Kooperationspartnern getragen:

- Katholische Propsteigemeinde Basilika St. Clemens
- Ev.-ref. Kirchengemeinde Hannover
- Diakonisches Werk Stadtverband Hannover e. V.
- und dem Ev. Diakoniewerk Friederikenstift, wo das Essen gekocht wurde.

Ein unverzichtbarer Bestandteil der Ökumenischen Essenausgabe war darüber hinaus die Arbeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen.

Die Koordination der Ökumenischen Essenausgabe wurde von einem hauptberuflichen Mitarbeiter der Wohnungslosenhilfe des Diakonischen Werkes übernommen.

Die Finanzierung dieser Einrichtung findet nahezu ausschließlich über Spenden statt. Ein kleiner Teil wird durch Mittel der Stelle für Stiftungen unterstützt.

In der Essenausgabe wird allen Besuchern/innen ein Ort geboten, an dem es eine warme Mahlzeit gibt, einen Platz zum Verweilen und Menschen, die zum Gespräch bereit sind.

Das Angebot richtet sich an alle Personen in Hannover, deren Einkommen nicht zum täglichen Leben reicht.

Besonders ist diese Einrichtung für die obdachlosen und wohnungslosen Menschen. Deshalb ist die Essenausgabe innenstadtnah und gut erreichbar, da diese Personengruppen sich tagsüber vorwiegend in der Innenstadt aufhalten.

Die Essenausgabe ist eingebunden in das Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe des Diakonischen



Werkes Stadtverband Hannover.

Für konkrete Hilfeanfragen und zur Lösung von Konflikten während der Öffnungszeiten standen ehrenamtliche sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung.

### Die Vorbereitung

Schon im Sommer 2008 traf sich eine kleine Gruppe von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen um sich mit der Geschichte der Essenausgabe zu beschäftigen. Daraus entwickelte sich eine kleine plakative Präsentation mit Dokumenten und Texten zur Geschichte der Essenausgabe.

Diese Plakate waren dann auch eine Weile in den Räumen der reformierten Gemeinde und der Neustädter Gemeinde zu sehen.

In diesem Kreis entwickelte sich auch die Idee, den Räumen der Essenausgabe in der St. Clemens-Gemeinde einen frischen Anstrich zu geben. An einem Wochenende trafen sich eine „handvoll“ ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen und griffen zum Pinsel und zur Farbrolle. Die Materialien zur Renovierung wurden von der katholischen Gemeinde gestellt. Um das Ambiente abzurunden wurden sogar neue Vorhänge genäht und aufgehängt.



Für den Start am 1. Dezember und die Adventszeit wurden die Tische und Fensterbänke weihnachtlich geschmückt.

Natürlich gab es auch wieder die Vorbereitungstreffen für alle, damit Absprachen getroffen und Dienstpläne erstellt werden konnten. Es zeigte sich schon bei den Vorbereitungstreffen, dass wieder ausreichend viele Mitarbeiter/innen dabei waren. Dieses Jahr waren auch Schulpraktikanten/innen im Rahmen eines Sozialpraktikums der Waldorfschule Bothfeld mit für die Essenausgabe vorgesehen.

Mit der Küche des Friederikenstiftes gab es in bewährter Form wieder die Absprachen für die warmen Mahlzeiten, die Abholung und die Mengen.

Der Dienstwagen für den Essentransport und die Einkäufe wurde reserviert, das Geschirr und Besteck in ausreichender Menge bereitgestellt und alle notwendigen Ausstattungen kontrolliert.

Zum Ende der Vorbereitung gab es dann noch den Grund-einkauf für Kaffee, Tee und Lebensmittel zum Nachkochen, falls das Essen doch einmal nicht reichen sollte.

Im November wurden die Kirchengemeinden, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und die Wohnungslosen in Hannover mit Plakaten und Handzetteln auf die Wiederöffnung hingewiesen.

### Die Saison

Am 1. Dezember wurde die zwanzigste Saison eröffnet. Die Ausgabe der Mahlzeiten, das Verteilen von Obst, Joghurt und Pudding, die Gestaltung der bunten Teller mit den Weihnachtskeksspenden, der Einkauf und der Essentransport und die vielen Gespräche mit den Besuchern/innen wurde von 28 ehrenamtlichen Mitarbeitenden in Teams von fünf bis sechs Personen durchgeführt. Zusätzlich zu den ca. zweieinhalb bis drei Stunden Dienst wöchentlich nahmen die ehrenamtlich Mitarbeitenden an einer monatlichen Teambesprechung teil, an der auch die Schüler der Waldorfschule und die Pfarrer der mitarbeitenden Gemeinden dazu kamen.



Schon in den ersten Tagen war ein überraschend hoher Anlauf zu verzeichnen.

Am 6. Dezember gab es die traditionelle Pressekonferenz. Hier berichtete einer der „Gründerväter“ der Essenausgabe von den Anfängen. Des Weiteren wurde von der aktuellen Situation der Armut in Hannover berichtet und darauf hingewiesen, dass in den ersten Tagen der Anlauf deutlich höher war gegenüber dem Vorjahr. Die Öffnungszeiten verliefen sehr ruhig und ohne besondere Schwie-

rigkeiten. In der Adventszeit gibt es traditionell sehr viele Mitmenschen in Hannover, die die Hilfeeinrichtungen unterstützen. So gab es auch dieses Jahr viele Geld- und Sachspenden, die direkt in der Essenausgabe abgegeben wurden. Besonders zu erwähnen sei hier eine große Spende an Lebensmitteln, die aus 600 Konserven, ca. 20 kg Obst und 20 kg Keksen, bestand. Beim Ausladen dieser Menge an Lebensmitteln halfen viele Besucher der Essenausgabe mit.

Zwischen Weihnachten und Sylvester gab es wieder Brot in vielfältigster Form vom Mövenpick am Flughafen. Mitarbeiter brachten das Brot körbeweise in die Essenausgabe. Von einem Bäcker in Garbsen gab es wie in jedem Jahr eine kontinuierliche Brotspende an jedem Donnerstag. Zweimal besuchten auch in diesem Jahr zwei Frauen aus Schwarmstedt die Essenausgabe und brachten Kleidung, Schokolade und Zigaretten mit, die sie vor Ort an die Besucher/innen der Essenausgabe verteilten. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen sichteten diese und viele weitere Spenden und gaben sie weiter an die Besucher/innen der Essenausgabe.

Wie in den ersten Tagen setzten sich die hohen Anlaufzahlen weiter fort. Im Dezember verzeichneten wir einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von über 30 %. Auch in den weiteren Monaten blieb der starke Zulauf. So kamen an vielen Tagen, immer in der zweiten Monathälfte, 150 Personen und mehr zusammen. Damit war natürlich die Kapazitätsgrenze der Essenausgabe erreicht. In der Essenausgabe gibt es 40 Sitzplätze.

Trotz der extremen Fülle gab es keine besonderen Schwierigkeiten im Miteinander. Es gab eine hohe Solidarität unter den Besuchern/innen der Essenausgabe, so standen viele Besucher/innen freiwillig auf und tranken ihren Kaffee im Stehen, damit andere ihr Essen im Sitzen genießen konnten.

Zu den Besuchern/innen gehörten Menschen aus der Gruppe der Wohnungslosen, von Armut Betroffenen mit Wohnung, Langzeitarbeitslose, Geringverdiener, Menschen die von der Grundsicherung leben und Rentner mit geringer Rente. Diese unterschiedlichen sozialen Umstände der Besucher/innen konnten die Mitarbeiter/innen aus den vielen Gesprächen, die sie mit den Besucher/innen führten, immer wieder aufs Neue erfahren.

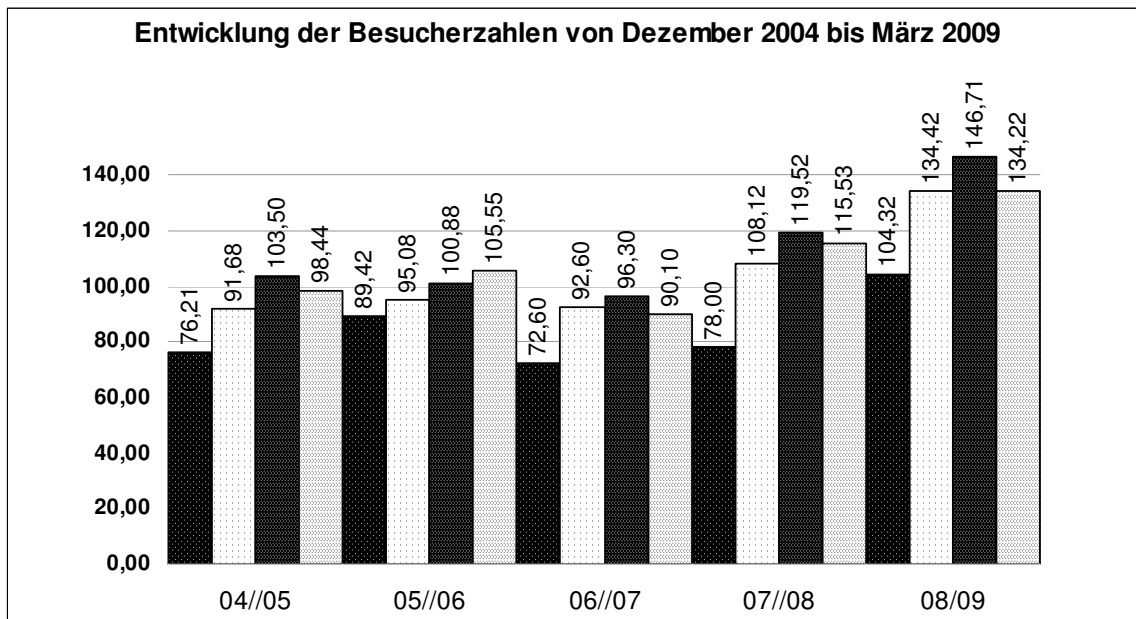
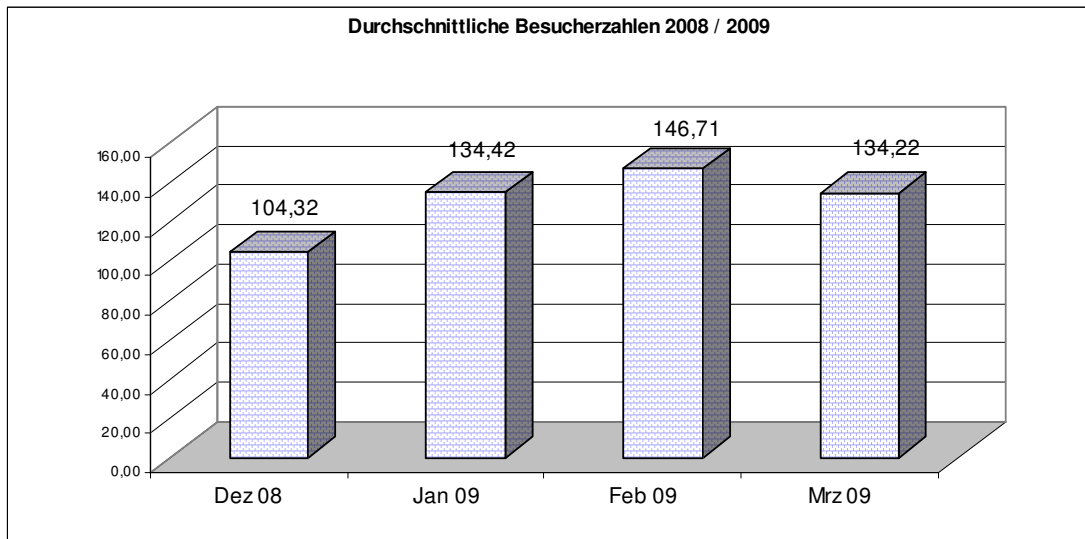
Die besonders angespannte Lebenssituation, in der sich die Besucher/innen der Essenausgabe befinden, verlangte häufig nach konkreten Hilfen. Hier wurden sie, nachdem das eigentliche Problem erkannt war, an die entsprechenden Beratungseinrichtungen weitervermittelt.

In diesem Jahr stand die Essenausgabe aufgrund der längeren niedrigen Temperaturen, der sich verschlechternden wirtschaftlichen Gesamtsituation und der Veröffentlichung des niedersächsischen Armutsberichtes in einem größeren Interesse der Medien. Immer wieder wurde auch aus der Essenausgabe berichtet. Dies war auch dringend notwendig, da die Bevölkerung dadurch aufmerksam wurde und mehr spendete, denn der starke Anstieg der Anlaufzahlen brachte auch einen starken Anstieg der Kosten mit sich.

In der gesamten Zeit der Essenausgabe wurden an 93 Öffnungstagen über 12.000 Mahlzeiten ausgegeben.



(Anzahl der Teller = Besucher/innen = Mahlzeiten)



## Ein besonderer Besuch

### Der Rotary Club Hannover Ballhof besuchte die Ökumenische Essenausgabe

Am Donnerstag den 5. März war ein besonderer Tag für die Ökumenische Essenausgabe. Herr Vogt, Präsident des Rotary Clubs Hannover Ballhof, und Herr Brandy besuchten die Ökumenische Essenausgabe. In einigen Telefongesprächen und über einen guten E-Mail-Kontakt hatte sich der Rotary Club Hannover Ballhof über die Arbeit der Ökumenischen Essenausgabe informiert. Dabei wurde der Entschluss getroffen diese Einrichtung zu unterstützen.

Bei dem Besuch überbrachten Herr Vogt und Herr Brandy die angekündigte Spende. Mit dieser Spende ist ein bedeutender Teil der diesjährigen Essenausgabe abgesichert und die nächsten zwei Jahre steht für das Vorhaben ein bedeutender Betrag zur Finanzierung der Essenausgabe zur Verfügung.

In einem ausführlichen Gespräch vor Ort konnten sich die beiden Mitglieder des Rotary Clubs Hannover Ballhof einen Überblick über das Tagesgeschehen in der Ökumenischen Essenausgabe machen.

Sie erlebten mit, wie 132 Menschen mit einem warmen Essen (Kartoffeln, Gemüse und Bouletten), einem in Eigenarbeit aus einer Spende hergestellten Fruchtquark und warmen Getränken von sechs ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen versorgt wurden.



Im Namen der Kooperationspartner der Ökumenischen Essenausgabe, der Mitarbeitenden und der Besucher/innen möchten wir uns bei den Mitgliedern des Rotary Clubs Hannover Ballhof recht herzlich für diese großzügige Unterstützung bedanken.

## 4. Zentrale Dienste

In den Zentralen Diensten waren im Jahr 2008 vier Mitarbeiterinnen auf 2,63 Personalstellen und eine Auszubildende für die Verwaltung und das Sekretariat tätig. Die Aufgaben der Hausmeisterei wurden von einem Mitarbeiter mit 50 % einer Vollzeitstelle wahrgenommen. Bis November 2008 war zusätzlich ein Mitarbeiter in einer AGH-Entgelt-Maßnahme beschäftigt. Seine Aufgaben waren zu gleichen Teilen in der Pforte und der Bekleidungsabgabe angesiedelt. Ein Mitarbeiter mit einer dreiviertel Stelle ist für die Aufgaben der Pforte angestellt. Zur Unterstützung der Arbeit gibt es zwei Zivildienststellen, die zeitweise besetzt waren und eine AGH-1-€-Stelle mit 25 Stunden pro Woche.

Die Bekleidungsabgabe wird von ehrenamtlich Mitarbeitenden und zwei AGH-1-€ Kräften gestaltet. Hier besteht für Interessenten auch die Möglichkeit, im Programm „Arbeit statt Strafe“ gemeinnützige soziale Arbeitsstunden zur Tilgung der Strafe abzuleisten und so die Arbeit in der Bekleidungsabgabe zu unterstützen.

Die Arbeit in den Zentralen Diensten wird von einem Mitarbeiter koordiniert und geleitet. Dieser Mitarbeiter hat dazu im Wesentlichen die Aufgaben des Rechnungswesens, die Wirtschaftsplanung und die Zuwendungsabrechnung, sowie die Planung und Koordination von Renovierungen und Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden und die Koordination der Verwaltung durchzuführen.

### Pforte

Neben den Empfangstätigkeiten einer Pforte werden hier Fahrkarten für die öffentlichen Verkehrsmittel auf Anweisung der Sozialarbeiter/innen ausgegeben, Lebensmittelspenden an die Klienten/innen weitergegeben, Unterlagen für Klienten/innen kopiert sowie Schlafsäcke beschafft und auf Anweisung ausgegeben.

### Postadressen

Die Einrichtung von Postadressen ist für den Personenkreis der Wohnungslosen ein Angebot der Grundversorgung. Die postalische Voraussetzung zum Erhalt von ebenso wie der Kontaktaufnahme Briefweg. Die mit der Postadresse bei Gerichtsverfahren von ein Teil der Arbeit der Beratungsstellen



Erreichbarkeit dient zur Schaffung der Leistungen, z. B. nach dem SGB II und III, zu Verwandten und Freunden auf dem verbundene „ladungsfähige Adresse“ ist unerlässlichem Wert. Dieses Angebot ist im Haus und wird durch die Mitarbeiterinnen der Verwaltung wahrgenommen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass der/die Klient/in ein großes Maß an Selbstständigkeit besitzt und selbst erkennt, wann er/sie sich an eine/n Sozialarbeiter/in wendet.

Es wurden im Berichtszeitraum rund 1500 Postadressen verwaltet. Davon wurden am Jahresende 340 Adressen von Klienten/innen der Beratungsstelle und der AG Resohelp genutzt. Es wurde ca. 4400-mal persönlich und ca. 2500-mal telefonisch angefragt, ob Post im „Briefkasten“ war.

### Geldverwaltung

Unterschieden wird zwischen den intern bei der ZBS für die Klienten/innen geführten Konten (Verwahrgeldkonten) und den Konten, die bei der Deutschen Bank 24 eingerichtet werden und per Onlin banking geführt werden. Im Jahr 2008 bestanden 63 Verwahrgeldkonten (Vorjahr 63) auf denen 1.794 Kontobewegungen gebucht wurden. Hier gab es keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum. Auf den Konten bei der Deutschen Bank 24 hatten am Jahresende 116 Klienten ein Konto (im Vorjahr 117). Im Verlauf des Jahres wurden 20 Konten neu eingerichtet, aber auch 20 Konten geschlossen. Auf diesen Konten erfolgten im Jahresverlauf 7.400 (Vorjahr 8.200) Buchungen.

Das Angebot der Geldverwaltung mit einhergehender persönlicher Unterstützung (§ 3 DVO zu § 67 SGB XII) wird von dem Klientel der Beratungsstelle, der Schuldnerberatung und der AG Resohelp in Anspruch genommen. Die Geldverwaltung dient u. a. der Sicherstellung regelmäßiger finanzieller Verpflichtungen. Dazu gehören z. B. Mietzahlungen oder Überweisungen zur Schuldenregulierung.

## Hausmeisterei

In diesem Arbeitsbereich war nach der Neubesetzung der Stelle und der Stundenreduzierung in diesem Arbeitsbereich eine Umorganisation der Aufgaben notwendig. Trotzdem konnten die notwendigen Kleinreparaturen und Botengänge, sowie die Unterstützung von Klienten/innen bei der Wohnungseinrichtung aufrechterhalten werden.

Durch den Einsatz der Mitarbeiter in diesem Bereich ist es auch mit einem hohen Anteil an Eigenleistungen gelungen, das Sitzungszimmer gemäß der Zielvereinbarung für dieses Jahr neu zu gestalten.

## Die Bekleidungs Ausgabe

Nach der Aufbauphase konnte der Betrieb in der Bekleidungs Ausgabe stabilisiert werden. Mit monatlich ca. 300 „Kunden/innen“ in der Zeit von 9 Uhr bis 13 Uhr wird dieses Angebot sehr gut angenommen. Zusätzlich werden die Einrichtungen der ZBS mit Bekleidung versorgt. Leider ist es noch nicht gelungen, die Bekleidungs Ausgabe finanziell abzusichern. Dieses wird ein Ziel für das nächste Jahr bleiben.

## Verwaltung/Rechnungswesen

In der Verwaltung absolvierte eine Mitarbeiterin ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation.

Im November/Dezember 08 und Januar 09 waren nach zwei - einhalb Jahren Ausbildung die Abschlussprüfungen, die unsere Auszubildenden mit einem guten Ergebnis bestanden hat. Leider war es nicht möglich sie zu übernehmen.

Im Rechnungswesen stand, wie in der Zielvereinbarung festgehalten, als Planungsinstrument eine Planungstabelle mit den Spalten Planung Vorjahr, Planung aktuelles Jahr, Planung Folgejahr zur Verfügung. Dieses ist ein sehr arbeitsintensiver Schritt, da leider kein entsprechender Planungstool der Rechnungswesensoftware, die im Diakonischen Werk verwandt wird, für die Wirtschaftsplanung der einzelnen Einrichtungen zur Verfügung steht.



Ein Soll-Ist-Vergleich, der für die Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen die Kosten darstellt, die von ihnen beeinflussbar sind, ist überarbeitet. Dieser soll zukünftig als Planungsinstrument zur Budgetierung der einzelnen Einrichtungen dienen.

Als neues Aufgabenfeld entwickelt sich in diesem Arbeitsgebiet die Sichtung und Prüfung von neuen Finanzierungsquellen für die Arbeit der Wohnungslosenhilfe. Dafür wurden durch den Mitarbeiter mehrere Tagesseminare und Informationsveranstaltungen über EU-Mittel und Mittel der Agentur für Arbeit besucht.

Mit Ablauf des Jahres konnte noch rechtzeitig ein Teil des zweiten Obergeschosses gekündigt werden. Damit ist schon im Berichtszeitraum die Grundlage für eine Miet- und Nebenkostenersparnis, die mit Umbaumaßnahmen in 2009 realisiert werden soll, gelegt.

Die Arbeit der Verwaltung und des Rechnungswesens sollen dahingehend weiterentwickelt werden, dass sie mehr als flankierende oder ergänzende Tätigkeiten der Sozialarbeit in der ZBS dienen und damit die Sozialarbeit entlasten.

## **5. Flächenorientierte Ambulante Hilfe**

### **5.1 Beratungsstelle Celle**

#### **Personelle Situation**

Nachdem im Jahr 2007 zwei neue Mitarbeiterinnen mit jeweils einer halben Stelle eingearbeitet werden mussten, musste im Berichtszeitraum nach drei Monaten Vakanz erneut eine Mitarbeiterin eingearbeitet werden, da eine Mitarbeiterin in eine andere Dienststelle wechselte. Für das Team war dieser Vakanzzeitraum, verbunden mit den laufenden Renovierungsarbeiten, der Auswertung der Dokumentation und der Mitarbeiter/innensuche, eine enorme Belastung. Zudem übernahm ein Kollege noch den Vorsitz in der Mitarbeitervertretung, was bedeutet, dass er auch während der Beratungszeit in der Ambulanten Hilfe MAV-Tätigkeiten wahrnehmen muss.

Des Weiteren reagierte die Agentur für Arbeit Celle nicht zeitnah auf einen Antrag einer Maßnahmenverlängerung (Arbeitsgelegenheit gemäß § 16 SGB II). Zum anderen wies sie auch keine neuen Bewerber und Bewerberinnen zu. Erst nach mehreren telefonischen Interventionen wurde der bisherige Teilnehmer erneut für drei Monate zugewiesen. Noch vor Beendigung der Arbeitsgelegenheit nahm dieser eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit auf, so dass die Ambulante Hilfe für kurze Zeit im Aufenthaltsraum ohne Helfer auskommen musste. Zum 31.7. konnte die Maßnahme wieder besetzt werden.

#### **Räumliche Situation**

Vor den oben aufgeführten Renovierungsarbeiten gab es Anfang des Jahres einen Wasserschaden, der zu kurzfristigen Elektrizitätsausfällen führte. Das Telefon und die Computer konnten einige Tage nicht benutzt werden. Der Küchenraum für den Betreutenbereich war für ca. drei Monate gesperrt.

#### **Datenverlust**

Im August stürzte das Softwareprogramm zur Dokumentation mehrfach ab, so dass Daten zwischen Juni und August komplett verloren gingen. Die Fehlerursache konnte nicht geklärt werden. Das bedeutete für die Mitarbeiter/innen der Ambulanten Hilfe folgende Mehrarbeiten: Rücksprachen mit EDV-Verantwortlichen, mehrfache Installation, Fehler und Datensuche und erneute Dateneingaben. Somit gibt es im Jahr 2008 keine vollständige Datenerfassung.

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

2008 wurden die Arbeit der Ambulanten Hilfe und von Asphalt Celle in der 9. Klasse der Realschule Heese und der 12. Klasse des Ernestinum in jeweils einer Doppelstunde vorgestellt.

Ende April hat ein Mitarbeiter die Wohnungslosenarbeit den Mitarbeitern/innen des Caritasverbandes Celle vorgestellt.

#### **Kooperationen**

Im letzten Jahr fand ein zunehmender Austausch und Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Zuständigen im Bereich der Obdachlosenarbeit der Stadt Celle statt. Des Weiteren wurde die Zusammenarbeit mit der Schuldenberatung des Landkreises Celle vertieft. Darüber hinaus besteht weiterhin eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Mitarbeiter des Diakonischen Werkes Celle.

Es erfolgte eine Terminabsprache für ein erstes Kennenlernen mit den Fallmanagern der Agentur für Arbeit für Januar 2009.

#### **Freizeitmaßnahmen**

Im Berichtszeitraum wurde gemeinsam mit den Mitarbeitern/innen und Klienten/innen das 25-jährige Jubiläum eines Kollegen begangen. Zur Weihnachtsfeier wurden die Besucher und Besucherinnen zu einem Frühstück eingeladen.

#### **Zusätzliche Einnahmen**

Die Ambulante Hilfe erhielt eine Zuweisung von 2000,- € Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige von der Celleschen Zeitung. Außerdem wurden Kollekten durch den Kirchenkreis Celle, durch die Kirchengemeinde Groß Hehlen und der Kirchengemeinde Neustadt überwiesen. Von der Staatsanwaltschaft Celle wurden 250,- € für die Ambulante Hilfe überwiesen.

Wie auch im letzten Jahr gibt es eine weitere hohe Spendenbereitschaft an Sachspenden wie Kleidung und Hausrat. Aufgrund eines Aufrufes erhielt die Ambulante Hilfe mehrere Fernsehgeräte.

Einen herzlichen Dank an alle Spender/innen und Unterstützer.

### **Ziele aus dem laufenden Jahr**

#### Renovierung des Aufenthaltsraumes sowie der Büros

Die Renovierung der Beratungsstelle gestaltete sich schwieriger und langwieriger als vorausgesehen. Statt zwei Wochen zog sich die Renovierung von Anfang März bis Mitte August hin. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Besucher/innen waren einer starken Geruchs- und Lärmbelastung ausgesetzt.

Die Belastung für das Team war in diesem Zeitraum extrem hoch, da über längere Zeiträume nur ein Büroraum nutzbar war, zeitweise gar keiner. Streckenweise war auch der Aufenthaltsraum geschlossen und die Besucher/innen warteten im Hausflur auf die Beratung. Die Beratungsstelle konnte trotzdem durchgehend geöffnet bleiben.

Fazit: Trotz organisatorischer Mängel ist das Ziel, die Räume im Jahr 2008 zu renovieren, erreicht worden.

#### Leistungsvereinbarung mit der Stadt Celle

Im Zeitraum vom 02.01. bis 14.03.2008 wurde von der Ambulanten Hilfe eine Dokumentation von hilfeschenden Menschen mit sozialen Schwierigkeiten, die in Celle oder Umgebung wohnen oder wohnten, durchgeführt. Diese wurde ausgewertet und in einem längeren Prozess ausformuliert. Nachstehend wird ein Auszug der Dokumentation angefügt.

Ein Treffen wurde mit dem zuständigen Sachbearbeiter für die Obdachlosenangelegenheiten, dem Abteilungsleiter und dem Fachdienstleiter Soziale Hilfen für Anfang 2009 vorbereitet. Ziel des Gespräches soll die Prüfung sein, ob die Stadt Celle sich finanziell an der Hilfe für Personen mit sozialen Schwierigkeiten, die in ihre Zuständigkeit fallen, beteiligt.

#### Reflexion der Arbeit

Seit Sommer findet, soweit möglich, regelmäßig eine wöchentliche Teamsitzung statt. Zuvor fanden diese Teamsitzungen bedingt durch Personalmangel, durch hohe Arbeitsbelastung und den Renovierungsarbeiten nur unregelmäßig statt. Supervision wurde im Berichtszeitraum nicht wahrgenommen, Intervision, die in Wunstorf stattfindet, konnte nur einmal durch einen sozialpädagogischen Mitarbeiter wahrgenommen werden.

#### **Auszug:**

#### **Auswertung der Dokumentation von hilfeschenden Personen in der Ambulanten Hilfe Celle**

Zeitraum: 02.01.2008 bis 14.03.2008

Die Mitarbeiter/innen der Ambulanten Hilfe Celle stellen seit einigen Jahren einen Hilfebedarf von Personen fest, für deren Beratung und Unterstützung der Fachdienst für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe der Stadt Celle zuständig wäre. Da dieser schwerpunktmäßig in der Kinder- und Jugendhilfe tätig ist, werden andere Hilfegruppen an weitere Hilfeanbieter verwiesen. Somit wird durch die qualifizierte Unterstützung der Ambulanten Hilfe einem Hilfebedarf Rechnung getragen, der von der Kommune nicht abgedeckt wird. Die Ambulante Hilfe verhindert, dass sich Notlagen von Hilfeschenden verfestigen oder verschlimmern. Es wird ermöglicht, dass Betroffene in ihren Wohnungen bleiben können.

#### Beschreibung des Personenkreises

Die Ambulante Hilfe wird durch das Land Niedersachsen finanziert und ist zuständig für Personen im Rahmen des SGB XII §§ 67 ff., die in die sachliche Zuständigkeit des Landes fallen, d. h. wohnungslos, mittellos, umherziehend sind und sich in besonderen Lebenslagen verbunden mit sozialen Schwierigkeiten befinden.

Zusätzlich zu diesen Hilfeberechtigten suchten auch andere Personen die Einrichtung auf und baten um Hilfe und Unterstützung:

- Celler Obdachlose
- Personen, bei denen in nicht geringem Umfang Hilfestellungen erforderlich sind, um Wohnungslosigkeit zu verhindern

- Personen, die ohne Hilfen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen und zur Gestaltung des Alltags vereinsamen und dadurch der Eintritt besonderer sozialer Schwierigkeiten droht
- Alleinstehende, unter 25-Jährige aus zerrütteten Verhältnissen und meist wohnungslos
- Psychisch kranke Menschen ohne Anbindung an zuständige Stellen
- Drogen- und alkoholabhängige Personen mit und ohne Anbindung an entsprechende Einrichtungen
- Haftentlassene

Häufig treffen auf die Hilfesuchenden mehrere Problemlagen gleichzeitig zu.

Hilfebedarf	Bei Personen*
Hilfe zur Beschaffung und Erhalt einer Wohnung	27
Krisenintervention	20
Existenzsicherung	41
Tagesstrukturierender Charakter im Aufenthaltsbereich	11
Allgemeine Beratung	47
Unterstützung bei Behördenformalitäten	11
Geldverwaltung/Kontoführung	17
Beratung bei Sucht und Krankheit	9
Hilfe zur Arbeit	4

#### Tätigkeiten im Einzelnen

- Hilfe zur Beschaffung oder zum Erhalt der Wohnung
- Krisenintervention
- Existenzsicherung
- Allgemeine Beratung
- Unterstützung bei Behördenformalitäten
- Geldverwaltung/Kontoführung
- Beratung und Unterstützung bei Sucht und Krankheit
- Hilfe zur Arbeit

#### Schlussfolgerung

Für die o. g. Personen ist die Hilfe und Unterstützung der Ambulanten Hilfe notwendig und wichtig um Selbstachtung zu erfahren, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln, ein eigenständiges Leben aufzubauen und wieder am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.

Die Aufgaben, die von der Ambulanten Hilfe übernommen werden und die Unterstützung und Hilfe für Personen, die nicht in die Zuständigkeit des Landes Niedersachsen fallen, sind durch keine Vereinbarung, auch nicht finanziell, geregelt. Es bedarf deshalb für die Zukunft einer Regelung, um diesen für alle Beteiligten unsicheren Zustand aufzuheben und ein adäquates Hilfeangebot in Celle abzusichern.

**Statistik**Betreute

Stand 01.01.2008                    11 Betreute

Zugänge                                10 Betreute

Abschlüsse                            1 Betreute

**Abbrüche**                            **2 Betreute**

Stand 31.12.2008                    18 Betreute

**Ziele im Jahr 2009**

1. Treffen mit den Fallmanagern der Agentur für Arbeit Celle zum Austausch und zur Verbesserung der Zusammenarbeit
2. Leistungsvereinbarung mit der Stadt (evtl. Agentur für Arbeit oder/und Landkreis)
3. Ausbau der Vernetzung vor Ort mit anderen Hilfeanbieter

## 5.2 Beratungsstelle Hameln

### Besonderheiten im Arbeitsbereich

#### Aufbau eines bedarfsgerechten Hilfeangebotes

Im Berichtszeitraum war die Fortführung der Aktivitäten zum Aufbau eines bedarfsgerechten Hilfeangebotes im Landkreis Hameln-Pyrmont neben der Einzelfallhilfe Schwerpunkt der Arbeit. In Zusammenarbeit mit dem Verein Obdachlosenhilfe Hameln e.V., dem Runden Tisch Obdachlosigkeit und dem Landkreis Hameln-Pyrmont wurde versucht, das im Jahr 2006 entwickelte Konzept zur Schaffung einer zentralen Anlaufstelle in Hameln umzusetzen.

Der Ankauf eines Gebäudes in der Kaiserstraße 15, in dem die Übernachtungsstelle des Landkreises, die Beratungsstelle und ein Tagesaufenthalt für Menschen ohne ausreichende Unterkunft untergebracht werden sollten, verzögerte sich zu Beginn des Jahres 2008, da vom Land Niedersachsen kein schriftlicher Bescheid über die bereits mündlich zugesagten Fördergelder vorlag und die Landesbeteiligung insgesamt in Frage gestellt war. Die zeitliche Verzögerung führte zur Lösung der Vorverkaufsabsprachen mit der Besitzerin des Gebäudes und schließlich zum Verkauf an den Nachbarn des Grundstücks, der mit allen Mitteln die Nachbarschaft mit einer sozialen Einrichtung für obdach- und wohnungslose Menschen verhindern wollte.

**Nachbar verhindert Haus für Obdachlose**  
Wertverlust des eigenen Grundstücks befürchtet / Verein sucht weiter nach geeignetem Objekt

Hameln (nö). In der Kaiserstraße wollte die „Obdachlosenhilfe Hameln“ ein zentrales Haus für Obdachlose einrichten. Die Finanzierung war nach mühsamen Werben um Zuschüsse und Fördergelder gesichert, der Kaufvertrag stand kurz vor dem Abschluss. Jetzt hat ein Nachbar dem Verein einen Strich durch die Rechnung gemacht und das Projekt zum Platzen gebracht. „Wir haben fast ein ganzes Jahr an dem Haus rumgekapert, es hat gedauert, die Finanzierung zusammenzubekommen“, macht Hans Jürgen Krauß keinen Hehl aus seiner Enttäuschung. Der Vorsitzende des Vereins hat nicht im Schien. Denn über einen Umstand war der Verein nicht informiert: Ein Nachbar hatte bei der Stadt Hameln Einspruch gegen die geplante Umnutzung des Wohnhauses in ein Haus für Obdachlose erhoben, „weil er eine Wertminderung seines Grundstückes durch die Nutzungsänderung befürchtete“.

Dem Einspruch, davon geht Krauß aus, wäre vermutlich nicht stattgegeben worden. Das habe der Verein den Nachbarn fernerweise auch gesagt und sich gleichzeitig um ein „gutmachbar-schaftliches Verhältnis mit ihm bemüht“.

„Offenlichlich vergeben. Hinter unserem Rücken hat er das Grundstück schließlich schon erworben“, so Krauß. Zu einem höheren Preis, als der Verein geboten hat, weshalb man dem Eigentümer den Verkauf auch nicht verbieten könne. Für den Verein heißt es, erneut auf die Suche nach einem geeigneten Objekt zu gehen.

Sollte eigentlich ein Haus für Obdachlose werden: das Gebäude in der Kaiserstraße, das jetzt stattdessen von einem Nachbarn gekauft worden ist.  
Foto: Dana

**Wünsche erfüllen!**  
...mit dem VÖHS-Fremdrecht!  
**5,75 %** p.a.  
• 10.000 € bis 30.000 €  
• schnell & unkompliziert!  
Volkbank Hameln-Stadthagen  
Info: 05151 207-0 • www.vöhs.de

entferntesten damit gerechnet, dass sich der Kauf des Hauses Kaiserstraße 15 noch in letzter Minute zerschlagen könnte. Alles schien in trockenen Tüchern.

*Bewertet 1.10.08*

Somit war die Realisierung des Projektes zum dritten Mal aufgrund der nicht auszuräumenden Vorurteile und Vorbehalte sowie des massiven Widerstandes der Anwohner gescheitert.

Die Übernachtungsstelle des Landkreises in der Bennigsenstraße 7 konnte nach der Sommerschließzeit nicht wieder öffnen, da die Versorgungsverträge über das Nachbargrundstück ausliefen. Gleichzeitig war mit den örtlichen und überörtlichen Trägern der Hilfe eine Leistungsvereinbarung zur Schaffung eines Tagesaufenthaltes ab dem 1.9.08

geschlossen worden, so dass zumindest für diese beiden Angebote ein dringender Handlungsbedarf bestand. Eine befristete Übergangslösung wurde vom Ortsverein des DRKs angeboten, der in seinem Gebäude ungenutzte Räumlichkeiten hatte, die mit geringem finanziellen Aufwand hergerichtet werden konnten. In dieser schwierigen Phase zeigte sich, dass eine gute Vernetzung der Hilfe vor Ort (Runder Tisch) zu schnellen Lösungen führen kann. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass die Wohnungslosenhilfe mit ihrem Klientel auf wenig Akzeptanz in der Bevölkerung trifft. So äußerte der Hausbesitzer (Hamelner Wohnungsbaugesellschaft) große Vorbehalte und Bewohner des Hauses drohten mit der Kündigung.

Erste Vorbehalte konnten aber ausgeräumt, ein befristeter Mietvertrag unterschrieben und die Übernachtungsstelle und der Tagesaufenthalt gemeinsam mit dem Obdachlosenfrühstück in die Übergangsräume einziehen und zum 27.10.08 ihr Angebot eröffnen. Für den Betrieb des Tagestreffs wurden zwei sozialpädagogische Fachkräfte mit je 50 % Stellenanteil eingestellt.

Nachdem der überörtliche Träger seine Beteiligung an der Finanzierung wieder fest zugesagt hatte, wurde erneut nach einer geeigneten Immobilie in zentraler Lage gesucht. Dies gestaltete sich sehr arbeitsaufwendig, da ein großer Zeitdruck bestand (Beantragung der Fördermittel für ein neues Objekt bis Jahresende) und verschiedene Angebote auf ihre Eignung geprüft werden mussten.

Ende 2008 gab es ein neues Gebäude, das den Anforderungen entsprach: Zentrale Lage, ausreichend Räumlichkeiten auf drei Etagen, Bereitschaft des Verkäufers mit der Obdachlosenhilfe zu verhandeln und wenig direkte Nachbarschaft.

Da der Erwerb des Gebäudes mit höheren Kosten verbunden war, mussten Erhöhungsanträge an die örtlichen Kostenträger (Stadt/Landkreis) und die Sozialstiftung Martin Schmidt gestellt werden. Die Bewilligungsbescheide lagen im Dezember 2008 vor, so dass im Jahr 2009 das Objekt gekauft und nach dem Umbau voraussichtlich zum September 2009 bezogen werden kann.

### Besonderheiten

Um über die Situation wohnungsloser Menschen, die Arbeit der Ambulanten Hilfe sowie das geplante Projekt „Zentrale Anlaufstelle“ zu informieren und hierdurch Vorurteilen entgegenzuwirken, beteiligte sich die Ambulante Hilfe am Abschlussgottesdienst der Diakoniewoche und am Gottesdienst der englischen Garnison in Hameln während der Adventszeit.

Eine Konfirmandengruppe der Gemeinde Heiliges Kreuz setzte sich mit der Thematik „Wohnungslosigkeit – Leben auf der Straße“ auseinander. Ein altersgerechter Vortrag, eine Ton-Dia-Show und ergänzendes Bildmaterial veranschaulichte den Jugendlichen eindrucksvoll, was es bedeutet, keine Wohnung mehr zu haben, ohne Arbeit und Einkommen zu sein und das Leben am Rande der Gemeinschaft bewältigen zu müssen.

Auf einer Sitzung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände konnte die Arbeit der Ambulanten Hilfe vorgestellt werden. Insbesondere die örtlichen Hilfeangebote, Strukturen und Vernetzung, aber auch die bedarfsgerechte Erweiterung der Hilfen für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in Hameln stand im Vordergrund.

Im Berichtszeitraum informierte die Deister-Weser-Zeitung (sechs Artikel) und der Hamelner Markt (ein Artikel) über das Obdachlosenfrühstück, den Verein „Obdachlosenhilfe Hameln“, die Schwierigkeiten beim Ankauf eines geeigneten Hauses und über die Eröffnung der Interimslösung von Tagestreff und Übernachtung.

Die Angebote der Ambulanten Hilfe zur Unterstützung bei der Freizeitgestaltung, wie Grillfest, Skatturnier und Weihnachtsfeier, wurden von den Besuchern/innen gut angenommen.



Um die Zusammenarbeit von engagierten Menschen der Stadt und sozialen Einrichtungen zu pflegen und das örtliche Netzwerk auszubauen, nahmen die Mitarbeiter/innen an vier Sitzungen des „Runden Tisches Obdachlosigkeit“, neun Vorstandssitzungen und zwei Mitgliederversammlungen des Vereins „Obdachlosenhilfe Hameln e.V.“ teil. Weiterhin wurde der Kontakt zum Straßensozialarbeiter der Drogenberatung Hameln (Drobs) hergestellt, da dieser im Rahmen eines Modellversuchs von April bis September 2008 für fünf Stunden/Woche von der Stadt Hameln für die niedrigschwellige aufsuchende Sozialarbeit für obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen beschäftigt war. Insbesondere die Verzahnung und Kooperation von Straßensozialarbeit und Tagesaufenthalt für denselben Personenkreis sollte abgestimmt werden.

### **Spenden**

Der Dezember-Ausgabe der Asphalt-Zeitschrift wurde ein Spendenaufruf beigelegt. Daraufhin erfolgten zahlreiche Sach- und Geldspenden. Einige Menschen kamen persönlich in die Beratungsstelle, erkundigten sich nach der Arbeit der Ambulanten Hilfe und brachten Lebensmittel, Süßigkeiten, Tabak, Bekleidung oder Geldbeträge mit. Andere überwiesen Gelder zur Unterstützung der Arbeit auf das Konto.

Von der Kirchengemeinde zur ‚Zur Heiligen Familie‘ in Emmerthal erhielt die Ambulante Hilfe eine Geldspende sowie von Gemeindemitgliedern der Kirchengemeinde liebevoll gepackte Geschenke für die Weihnachtsfeier.

Der Schulpastor der Elisabeth-Selbert-Schule sammelte Spenden (Lebensmittel, Bekleidung, Geld) im Kollegium und bei den Schüler/innen, die zur Weihnachtsfeier der Ambulanten Hilfe überreicht wurden.

Die Volksbank Hameln unterstützte mit einer Geldspende ebenfalls die Ausrichtung der Weihnachtsfeier.

Die Englische Gemeinde sammelte im Rahmen ihres Erntedankgottesdienstes Lebensmittel und Bekleidung für die wohnungslosen Menschen. Zudem wurde der Ambulanten Hilfe der Erlös einer Kollekte übergeben.

Allen Spender/innen sei an dieser Stelle ganz besonderer Dank ausgesprochen!

## **Ziele aus dem Berichtsjahr**

### Zusammenarbeit mit dem JobCenter Hameln-Pyrmont

Auch im vierten Jahr nach Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung konnte die Kooperation mit dem JobCenter Hameln-Pyrmont weiterentwickelt werden. Für die Belange des Klientes der Ambulanten Hilfe waren zwei Fallmanager/innen zuständig, mit denen halbjährlich Treffen durchgeführt wurden um Ziele, Inhalte, Abläufe und Ergebnisse der Hilfe abzustimmen. Ergänzt wurde die Zusammenarbeit durch regelmäßige persönliche und telefonische Kontakte im Rahmen der Einzelfallhilfe, so dass gemeinsam mit den Betroffenen Hilfepläne entwickelt bzw. fortgeschrieben werden konnten.

Insbesondere Absprachen über die Arbeitsmarktintegration, geeignete Fördermaßnahmen und den Zeitpunkt des Einstiegs haben dazu beigetragen, dass ehemals wohnungslose Frauen und Männer den Zugang zum Arbeitsmarkt fanden. Durch die gemeinsame Planung konnte der Gefahr entgegengewirkt werden, dass ein zu früher Einstieg zu Überforderung und zum Abbruch der Maßnahme und damit zu Sanktionen führte.

Sechs Klienten wurden vom JobCenter in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-€-Jobs), drei Klienten in Sofortbeschäftigungsangebote vermittelt. Bis auf die Sofortbeschäftigung, als Möglichkeit akute finanzielle Engpässe zu überbrücken, waren allen Arbeitsmarktintegrationen drei- bis sechswöchige Trainings- bzw. Profilingmaßnahmen vorgeschaltet, um so genannte Arbeitstugenden wiederzuerlangen, Kenntnisse aufzufrischen bzw. Fähigkeiten und Fertigkeiten festzustellen.

Zwei Klienten konnten mit Berufsausbildungen/Umschulungsmaßnahmen (Systemelektroniker/Zerspanungsmechaniker) beginnen.

Für einen Hilfeberechtigten konnte das Ziel der Integration, auf dem regulären Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden, erreicht werden, nachdem die Agentur für Arbeit die Kosten zum Erwerb eines LKW-Führerscheins zugesagt hatte.

Ein Klient konnte auf 400-Euro-Basis aushilfsweise als Taxifahrer tätig werden.

Bei sechs Klienten wurde in Absprache mit dem/der Fallmanager/in die Prüfung der Arbeitsfähigkeit eingeleitet, was dazu führte, dass zwei Personen in die stationäre Eingliederungshilfe vermittelt wurden, zwei Personen in die Zuständigkeit des SGB XII wechselten und zwei Personen aufgrund ihrer befristeten Arbeitsunfähigkeit vorläufig nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Neben körperlichen Einschränkungen sind häufig langjährige Suchterkrankungen und psychische Erkrankungen Ursache für das Ausscheiden aus der Arbeitsvermittlung.

Durch die konstruktive Zusammenarbeit mit dem JobCenter war es auch 2008 möglich, den Hilfeberechtigten den Zugang zum örtlichen Hilfesystem in Hameln unbürokratisch zu öffnen. So konnte nach Absprache z. B. vierzehn Wohnungslosen bis zum Bezug einer eigenen Wohnung ein Pensi-onzimmer vermittelt werden.

Auch die Anmietung von achtzehn Wohnungen (plus zwei Wohnungen für Personen in örtlicher Zuständigkeit) und deren Ausstattung mittels einmaliger Beihilfen gestaltete sich relativ unproblematisch.

**Statistik**

	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>
Beratungskontakte	2365	2556	2973
Erstauftritte	48	68	100
Wiederauftritte	78	65	62

**Ziele 2009**

- Umzug und Ausstattung der neuen Räumlichkeiten (Ostertorwall 22)
- Fortführung der Kooperation mit dem JobCenter Hameln-Pyrmont
- Sicherstellung der Unterbringung des Klientel in Pensionen

## 5.3 Tagestreffpunkt Hameln

### Besonderheiten im Arbeitsbereich

#### Eröffnung

Am 27.10.2008 eröffnete in der Bennigsenstr. 2 in Hameln der Tagesaufenthalt mit einem Aufenthaltsraum, Sanitätsraum, kleinem Büro - und der Landkreis eine Übernachtungsmöglichkeit mit vier Schlafplätzen.

Die sozialpädagogische Arbeit im Tagesaufenthalt wird von zwei Diplom-Sozialpädagoginnen mit je einer 0,5-Stelle durchgeführt. Diese nahmen Ihre Tätigkeit im Oktober und Dezember 2008 auf. Die Einrichtung ist mit einer wöchentlichen Öffnungszeit von 25 Stunden den Besucher/innen zugänglich. Diese verteilen sich wie folgt: Mo., Di., Do., 9.00 - 15.00 Uhr, Mi., Fr., 9.00 - 12.30 Uhr.



Der Besucher/innen-PC mit Internetzugang



Kleine Sitztische für Besucher/innen im gemütlichen Aufenthaltsraum



Kommunikation, Information, Konzentration

Die Schwerpunkte der inhaltlichen Sozialarbeit im Tagesaufenthalt im Berichtszeitraum lagen im Beziehungsaufbau zu den Besucher/innen, die den Tagestreff für sich bereits als Aufenthalt nutzen. Erste Einzelfallhilfen (Begleitung zu Ämtern und Behörden, Vermittlung an die Beratungsstelle der Ambulanten Hilfe und anderen Einrichtungen) wurden in Beratungsprozessen realisiert. In zwei Einzelfällen konnte Wohnungslosigkeit vermieden werden. Einer weiblichen ausländischen Besucherin mit kleinem kranken Kind konnte nach Aussperrung aus ihrer Wohnung durch den Vermieter, wegen angeblicher Mietschulden, durch Vermittlung an die zuständige Polizeidienststelle der Zugang zu ihrer Wohnung wieder ermöglicht werden.

Im Berichtszeitraum wurden ferner die Bedarfe der Besucher/innen hinsichtlich des zukünftigen Angebotes (Gruppenarbeit, Selbsthilfeangebote, Freizeitangebote, Beratungsangebote, sachlich räumliches Angebot) im Tagesaufenthalt ermittelt.

Im Rahmen der Angebotsgestaltung wurde zunächst ein wöchentlich stattfindender Mittagstisch eingeführt und die Besucher/innen motiviert, dieses Angebot für sich zu nutzen. Mit der Zielsetzung „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung für die Besucher/innen anzubieten, finden sich jede Woche Besucher/innen in einer Kleingruppe zusammen, um das Essen unter Anleitung der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen zu planen und anzufertigen. Diese Mahlzeiten werden dann gegen eine kleine finanzielle Selbstbeteiligung der Besucher/innen nach Voranmeldung gemeinsam in der Gruppe wahrgenommen.



Das Kochteam nach der Arbeit

Nach dem Einzug in die Räumlichkeiten in der Bennigsenstr. 2 in Hameln gab es aufgrund von verbalen Konflikten zwischen Besucher/innen und Mitmieter/innen im gemeinsam genutzten Treppenhaus massive Beschwerden und Vorbehalte der Mieter/innen im Haus gegen die Einrichtung und den frequentierenden Personenkreis. In diesem Zusammenhang wurden zwei vom Landkreis Hameln-Pyrmont fest ins Gemäuer installierte Einrichtungsschilder am Hause demontiert. Der Landkreis hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Eine von den Mitarbeiterinnen einberufene Mieterversammlung unter der tatsächlichen Beteiligung einer maßgeblichen für die Beschwerde verantwortlichen Mieterin führte zu einer Entschärfung des Konfliktes und der Möglichkeit eines positiven Neubeginnes der nachbarschaftlichen Beziehungen.

Zwecks Öffentlichkeitsarbeit und der Gewinnung neuer Besucher/innen wurde ein Flyer und Angebotszettel erarbeitet.

Die Mitarbeiterinnen führten erste Maßnahmen zur Vernetzung im örtlichen Hilfesystem durch Aufbau von Besuchskontakten, zum Beispiel zur Beratungsstelle der Resohelp Hameln, der Bahnhofsmission, des JobCenters sowie zum Ordnungsamt Hameln durch.

### **Obdachlosenfrühstück der Kirchengemeinden in Hameln**

Gemeinsam mit der Eröffnung des Tagesaufenthaltes und der Übernachtung begann das in der Wintersaison (November bis März) regelmäßig angebotene Obdachlosenfrühstück der Hamelner Kirchengemeinden und des Civitan Clubs. In diesem Jahr wurde es erstmals in den Räumen des neuen Tagesaufenthaltes durchgeführt.

Das Frühstück wird von engagierten ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen der Kirchengemeinden täglich von Montag bis Freitag ab 7.45 Uhr bis 9.00 Uhr arrangiert.

Das Angebot des kostenlosen Frühstücks wird mangels finanzieller Ressourcen der betroffenen Bürger in Hameln sehr gut angenommen.

Durch den täglich fließenden Übergang der beiden Angebote Frühstück und Tagesaufenthalt ist den Besucher/innen des Frühstücks nunmehr auch die Möglichkeit der sozialpädagogischen sowie die räumlich sächlichen Angebote eines Tagesaufenthaltes leicht zugänglich.

### **Spenden und bürgerschaftliches Engagement**

Die Durchführung des Obdachlosenfrühstückes ist den Hamelner Kirchengemeinden, vor allem dem Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer/innen, die jeden Morgen für einen attraktiven gedeckten Tisch und für die liebevolle Bewirtung der Besucher/innen sorgten, zu danken.

Den Mitgliedern und dem Vorstand im „Verein für Obdachlosigkeit“, der die Einrichtung „Alles unter einem Dach“ ideell und finanziell unterstützt, sei an dieser Stelle für sein konstruktives Engagement herzlich gedankt.

Die Ausstattung des Tagesaufenthaltes, die Installation der Küche und anderer Endgeräte (zum Beispiel Telekommunikation) in den Räumen sind zu einem großen Teil durch das Deutsche Rote Kreuz Hameln und seinem Geschäftsführer möglich geworden. Vielen Dank für die Unterstützung.

Ein weiteres Dankeschön geht an die Kirchengemeinden Hamelns, dem Civitan Club und einzelne Spender, die sich ebenfalls an der Ausstattung des Tagesaufenthaltes beteiligten.

### **Ziele 2008**

#### Eröffnung, Vernetzung und Kooperation der drei Hilfsangebote Tagesaufenthalt, Ambulante Hilfe und Übernachtungsstelle des Landkreises Hameln-Pyrmont „Alles unter einem Dach“.

Mangels einer passenden Immobilie für die Einrichtung „Alles unter einem Dach“ konnte die Zielsetzung (w. o.) im Berichtszeitraum nur partiell umgesetzt werden.

Während der im Mai 2007 gegründete Verein „Obdachlosenhilfe Hameln e.V.“ weiterhin ein geeignetes Kaufobjekt suchte, wurde parallel dazu die geplante Eröffnung der Einrichtung dringender, da im Sommer 2008 die bisherige Übernachtungsstelle des Landkreises Hameln-Pyrmont geschlossen wurde.

Im Rahmen des Arbeitskreises „Runder Tisch Obdachlosigkeit“ bot der DRK-Ortsverband Hameln dem Projekt übergangsweise einen Untermietvertrag für Räumlichkeiten für den Tagesaufenthalt und für eine kleine Übernachtung an.

### **Ziele im Berichtszeitraum 2009**

#### Umzug in das neue Haus im Herbst 2009

Eröffnung, Vernetzung und Kooperation der drei Hilfsangebote Tagesaufenthalt, Ambulante Hilfe und Übernachtungsstelle des Landkreises Hameln-Pyrmont „Alles unter einem Dach“.

Weiterer Aufbau einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur im Tagesaufenthalt Hameln.

Die Akquirierung neuer Besucher/innen und Vernetzung im Hilfesystem durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Installation einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Job) zur Unterstützung des hauptamtlichen Personals bzw. für neue Angebote im Bereich der hauswirtschaftlichen Unterstützung der Besucher/innen und in der Gruppenarbeit.

Gewinnung von ehrenamtlichen Tutoren/ehrenamtliches Fachpersonal für Bildungs- und Gruppenarbeit mit den Besucher/innen des Tagesaufenthaltes.

## 5.4 Beratungsstelle Region Hannover/Neustadt

### Arbeitsschwerpunkte 2008

Um die Arbeitsschwerpunkte 2008 zu verdeutlichen ist es notwendig, die Entwicklung der Hilfe insbesondere am Standort Neustadt zwischen 2006 und 2008 darzustellen.

So finden sich in diesen Jahren drei beherrschende Themen:

- Die Versorgung mit Wohnraum
- Der Zugang zur Hilfe
- Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Diakonischen Werk Hannover und dem JobCenter Hannover

Dazu soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

1. Was verstehen wir unter bedarfsgerechter Hilfe?
2. Wie bedarfsgerecht war die Hilfe 2006?
3. Wie bedarfsgerecht war die Hilfe 2008?

### Was ist bedarfsgerechte Hilfe?

Zur Erklärung bedarfsgerechter Hilfe muss zunächst einen Blick darauf geworfen werden, wie Wohnungslosigkeit entsteht.

Wohnungslosigkeit entsteht, wenn folgende Problemlagen kumulieren:

- Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen
- Mangel an sozialen Ressourcen
- Gewalterfahrungen
- Mangel an körperlichen, psychischen und mentalen Ressourcen
- Mangel an Zugang zum Wohnungsmarkt
- Mangel an Zugang zu institutionellen Hilfeanbietern

(Vgl.: Forschungsverbund „Wohnungslosigkeit und Hilfe in Wohnungslosigkeit“, März 2005, S.18-24)

Umgekehrt bedeutet Bedarfsgerechtigkeit, dass das Hilfesystem, vor Ort in den oben genannten Feldern Unterstützung anbieten muss, um eingetretene Wohnungslosigkeit zu beseitigen.

### Wie bedarfsgerecht war die Hilfe 2006?

Die Änderungen, die durch die Umstellung vom BSHG auf das SGB II eingetreten sind, führten zu einer erheblichen Verschlechterung beim Zugang zum Wohnungsmarkt, zu wirtschaftlichen Ressourcen und zum Hilfeangebot der Ambulanten Beratungsstelle.

### Wohnungsmarkt

Ein Dauerbrenner in Neustadt ist seit langem die Versorgung mit adäquatem Wohnraum. Dies ist zum einen bedingt durch den Mangel an Ein- oder Zweizimmerwohnungen für alleinstehende Personen, zum anderen durch die Bemessung der Mietobergrenzen durch die Region Hannover. Diese Bemessung wurde in 2005 gegenüber 2004 erheblich herabgesenkt, was dazu führte, dass der Zugang zum Wohnungsmarkt für die Hilfeberechtigten nahezu unmöglich wurde.

Zur Verdeutlichung der Problematik:

Angemessene Kosten der Unterkunft Neustadt a. Rbge.				
Haushaltsgröße	BSHG bis 31.12.2004	Alg II 01.01.05- 30.11.05	Alg II 01.12.05- 30.04.07	Alg II ab 01.05.2007
Alleinstehende/r (50 qm)	300,00 €	260,00 €	280,00 €	325,00 €

Diese Bemessung der Mietobergrenzen in 2005 bis 2006 wurde von der Ambulanten Hilfe und von anderen sozialen Einrichtungen immer wieder kritisiert, da die Höhe der ortsüblichen Miete über den bewilligten Mitteln lag. Seit dem 01.05.2007 wurden durch einen Gerichtsbeschluss des Sozialgerichts in Hannover die übernommenen Unterkunftskosten näher an die tatsächlichen Mietpreise angeglichen.

#### Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen

Nachdem im Jahr 2005 die Auszahlung der Tagessätze vom Sozialamt an das JobCenter übergegangen war, änderten sich die Modalitäten für deren Auszahlung. 2005 wurden Wohnungslosen die Hilfe für bis zu einer Woche ausgezahlt. 2006 verschlechterten sich die Auszahlungsmodalitäten erheblich. Nun bekamen Wohnungslose wieder täglich Tagessätze, mussten sich aber nach drei Tagen beim Möbellager melden um einen „1-€-Job“ anzunehmen.

Weigerte sich der/die Hilfesuchende, wurde eine weitere Auszahlung von Tagessätzen abgelehnt, da er/sie der Mitwirkungspflicht nicht nachkam. Weil wohnungslose Frauen und Männer aufgrund ihrer Lebenssituation nur schwerlich einer Tätigkeit nachgehen können, bedeutete diese Verfahrensweise praktisch den Ausschluss von Leistungen gem. SGB II über drei Tagessätze hinaus.

Nachteilig wirkte sich auch aus, dass morgens im JobCenter die Anträge gestellt werden mussten, mittags ein Scheck ausgestellt wurde und dieser erst ab 15.00 Uhr, nach Freischaltung durch die Zentrale in Nürnberg, im Postamt eingelöst werden konnte.

#### Zugang zur Hilfe

Der Zugang zum Hilfesystem steht in enger Verbindung mit dem „Mangel am Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen“. Bevor ein nachhaltiger Hilfeprozess eingeleitet werden kann, müssen zunächst die existentiellen Bedürfnisse des Klientel sichergestellt werden. Der erschwerte Zugang zu finanziellen Ressourcen führt dazu, dass die Hilfeberechtigten nach Alternativen suchen, d. h. in der Praxis, dort hingehen, wo der Zugang leichter ist oder den täglichen Bedarf durch Bettelei sichern.

Der erschwerte Zugang zur Existenzsicherung führte in vielen Fällen dazu, dass das Hilfeangebot der Beratungsstelle nicht in Anspruch genommen wurde.

#### Fazit 2006

Die Ambulante Hilfe in Neustadt ist Teil eines Hilfesystems. Um effiziente Hilfe leisten zu können, ist sie auf Kooperation mit anderen und die Bereitstellung notwendiger Ressourcen angewiesen.

Zu den notwendigen Ressourcen gehören u. a. verfügbarer Wohnraum, ein ungehinderter Zugang zum Hilfesystem und existenzielle Grundsicherung.

Durch die Umstellung vom BSHG auf das SGB II wurde der Zugang zum Hilfesystem erheblich erschwert. In Folge dessen erreichte das Angebot der Ambulanten Hilfe immer weniger Hilfeberechtigte, die Klientenzahlen waren rückläufig durch mangelnde Bedarfsgerechtigkeit.

#### Wie bedarfsgerecht war die Hilfe 2008?

Ende 2007 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Diakonischen Werk Hannover und der ARGE Hannover geschlossen. Erste Wirkungen waren 2008 davon zu spüren.

Durch die Erhöhung der Mietobergrenzen war die Vermittlung und Anmietung von Wohnraum wieder erleichtert.

### Zugang zum Wohnungsmarkt

Durch die Erhöhung der Unterkunftskosten ist spürbar Bewegung in den Neustädter Wohnungsmarkt gekommen. Die Chancen eine Wohnung zu bekommen haben sich erhöht. Allerdings zahlen viele SGB-II-Empfänger immer noch Teile der Miete aus ihren laufenden Bezügen.

Um einen besseren Zugang zum Wohnungsmarkt zu erreichen müsste

- ein Mietspiegel erstellt werden, der der tatsächlichen Situation auf dem Neustädter Wohnungsmarkt Rechnung trägt,
- man bei sog. „Problemgruppen“ höhere Mieten übernehmen, da Vermieter bei Beziehern von ALG II immer wieder zurückschrecken,
- dem Fakt Rechnung getragen werden, dass billiger Wohnraum oft mit erhöhten Energiekosten einhergeht.

### Kooperationsvereinbarung

Seit dem 01.12.2007 gilt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Diakonischem Werk Hannover und der ARGE Hannover. Sie gewährleistet, dass Wohnungslose einen geordneten Zugang zum Hilfesystem finden können.

In 2008 konnten erste Erfahrungen gesammelt werden.

Die Kooperationsvereinbarung räumt Klienten/innen, die die Hilfe der Beratungsstelle in Anspruch nehmen, eine bis zu acht Wochen dauernde Karenzzeit ein, um sich für einen dauerhaften Hilfeprozess entscheiden zu können. Während dieser Zeit erhält der/die Wohnungslose Grundsicherung unter der Bedingung, dass er/sie sich regelmäßig bei der Ambulanten Hilfe meldet. Sollte der/die Hilfeberechtigte sich nach oder in dieser Karenzzeit für eine langfristige Hilfe durch die Ambulante Beratungsstelle entscheiden, wird ein Hilfeplan erstellt, der Grundlage für die Eingliederungsvereinbarung ist.

Die Kooperationsvereinbarung hat zu einer engen Zusammenarbeit mit den Fallmanagern/innen des JobCenters geführt. Die Mitarbeiter der Ambulanten Hilfe bringen die Hilfepläne gemeinsam mit den Klienten/innen zum JobCenter und sprechen dort diese gemeinsam mit den Fallmanagern/innen durch. Durch den direkten Kontakt, der zwischen den Beteiligten besteht, erklären sich Lebenslagen und Probleme des/der Wohnungslosen deutlicher als jeder Bericht dies leisten könnte. Bis jetzt konnten alle anstehenden Probleme im Einvernehmen mit den Fallmanagern/innen gelöst werden.

### Fazit 2008

2008 konnte durch die Kooperationsvereinbarung für alle Beteiligten Sicherheit erzeugt werden. Dies wirkte sich positiv auf das Klima aus und kam den Hilfeberechtigten zugute. Die Kooperationsvereinbarung löst nicht alle Probleme macht aber viele Probleme lösbar. Sie hilft bei der Anpassung der Hilfe an die neuen Gegebenheiten, die durch das SGB II vorgegeben sind.

Wohltuend für die Hilfe wirkte sich auch die leichte Entspannung auf dem Wohnungsmarkt aus. Die Hoffnung besteht auf eine weitere Besserung durch den ausstehenden Mietspiegel.

### **Ziele aus dem Berichtsjahr**

In 2008 wurde die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Diakonischen Werk und dem JobCenter Region Hannover in die Praxis umgesetzt. Dazu fanden u. a. mehrere Treffen mit der Arge/JobCenter Neustadt und Wunstorf statt. Die Umsetzung ist unter dem Titel Arbeitsschwerpunkte näher beschrieben.

Außerdem wurde ein Konto eingerichtet, so dass die zeitnahe Auszahlung von Tagessätzen und weiteren Leistungen durch die Arge möglich ist.

### **Ziel 2009**

Ziel ist eine Kooperation mit dem Verein Tagewerk. Es soll ein Café für Arme und Wohnungslose in Neustadt in den Räumlichkeiten der Ambulanten Hilfe eröffnet werden.

## 5.5 Beratungsstelle Hildesheim

### Besonderheiten Im Arbeitsbereich

Mitte des Jahres 2008 wurde die Arztsprechstunde eingestellt, weil der Aufwand in keinem Verhältnis zur Nachfrage stand. Alternativ wurde die Vereinbarung getroffen, dass die Ärzte aus dem Verband Hildesheimer Mediziner im Einzelfall angesprochen werden können um eine kostenlose Behandlung zu vereinbaren. Ein notwendiger Begleitschritt ist immer, betroffene Personen wieder an das Krankenversicherungssystem anzubinden.

Auffällig war im Jahr 2008 eine erhebliche Zunahme von Beratungen der Hilfesuchenden unter 25 Jahren. Viele von den jungen Menschen sind psychisch krank und/oder suchtmittelabhängig.

Mögliche Gründe für den vermehrten Zulauf in der Beratungsstelle könnten die Nähe zum Aneos Klinikum und die Gesetzesänderung (Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, geltend ab 01.08.2006) sein, welche vorsieht, dass Kinder und Jugendliche bis zu ihrem 25. Lebensjahr bei den Eltern wohnen müssen, wenn nicht häusliche Gewalt nachweisbar ist. Auch schickt das Team U-25 beim JobCenter ihre Klientel, damit bei der Ambulanten Hilfe eine Postadresse eingerichtet werden kann, ein Konto für Überweisungen zu Verfügung steht und Hilfe bei der Antragstellung geleistet wird. Zudem kann die Zeit zwischen Bearbeitung und Auszahlung von Leistungen mit Tagessatzzahlungen überbrückt werden.

Auch 2008 konnten wir feststellen, dass es eine erhebliche Schnittmenge von Menschen mit auffälligen psychischen Problemen und Wohnungslosigkeit gibt. Dadurch war es, wie schon im Vorjahr, notwendig, umfangreich mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und einzelnen Berufsbetreuern zusammenzuarbeiten.

Wie in jedem Jahr hat auch 2008 ein Fachhochschüler ein Praktikum in der Ambulanten Hilfe absolviert.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde verschiedene Male die Arbeit z. B. bei Schulprojekten und Fachhochschulseminaren vorgestellt, ein Radiointerview gegeben, Zeitungsartikel platziert, mit einem Informationsstand auf die Arbeit aufmerksam gemacht. Durch den Spendenaufruf, der seit Jahren über die Asphaltzeitung verteilt wird, hat sich mittlerweile ein kleiner Spenderkreis gefunden, der die Angebote zu Weihnachten mit Geld- und Sachleistungen unterstützt.

<b>Klienten gem. § 4 DVO</b>	
Stand am 01.01.08	18
Zugänge im Jahr	11
Abschluss/Abbruch	11
Stand am 31.12.08	18

### Ziele aus dem Berichtsjahr 2008

#### Organisatorisch strukturelle Ziele

Die Stadt Hildesheim plant in der Innenstadt ein Einkaufszentrum „Galerie“ zu bauen. Aus diesem Grund ist es nötig, auch das Haus, in dem sich die Räumlichkeiten der Ambulanten Hilfe befinden, abzureißen. Daher war ein Arbeitsschwerpunkt in 2008 die Suche und Anmietung neuer Räume. Bei der Suche wurde sich an der Lage der Objekte orientiert. Es wurden viele verschiedene Angebote besichtigt, von denen aufgrund der räumlichen Aufteilung aber die wenigsten geeignet waren. Wichtig war es auch ein Augenmerk auf das direkte Umfeld zu werfen, um auf eine gewisse Akzeptanz der Nachbarschaft zu treffen.

Letztendlich wurde sich für eine Büroetage entschieden, die in unmittelbarer Nähe des Sozialamtes liegt. Die Räume sind ebenerdig zu erreichen. Der Vermieter hat keine Vorbehalte gegenüber der Klientel und zeigt eine gewisse Investitionsbereitschaft. Bei diesem Objekt konnten die Räumlichkeiten mit verhältnismäßig wenig Aufwand dem Bedarf entsprechend umgebaut werden. Zudem ist die Nähe zu den Behörden und dem Bahnhof gegeben.

### **Ziele 2009**

Umzug der Beratungsstelle und des Tagestreffs in das Haus Hannoversche Str. 2. Bekanntmachung der neuen Räumlichkeiten durch eine Einweihungsfeier im August 2009.

Durch Kontaktaufnahme zu den neuen Nachbarn und eine Einladung in die neuen Räumlichkeiten wird Akzeptanz im Umfeld der Beratungsstelle geschaffen.

## 5.6 Beratungsstelle Holzminden

### Besonderheiten im Arbeitsbereich

Regelmäßig zeigt sich in der Praxis, dass der Wegfall der BSHG-§-19-Maßnahmen im Rahmen des § 72 eine große Lücke hinterlässt. Die fehlende Tagesstruktur der Hilfeberechtigten kann durch einen 1,50-€-Job nur bedingt aufgefangen werden, da hier die Leistungshürden zum Großteil sehr hoch gehängt sind. So konnte aber in intensiven Gesprächen mit Vertretern der Beschäftigungsgesellschaft ein Projekt erörtert werden, in dem Hilfeberechtigte der AH zu adäquaten Bedingungen arbeiten können. Zurzeit arbeitet ein 1,50-€-Jobber erfolgreich in der Ambulanten Hilfe.

Die Zahl der Fälle von Personen mit gebündelten Problemen, wie z. B. Sucht, psychisch erkrankt mit starker Verwahrlosungstendenz, hat sich erhöht. In einigen Fällen bleibt nur die Vermittlung in stationäre Facheinrichtungen, nachdem die intensive Begleitung in der Wohnung nicht ausreichte.

Die Teilnahme an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft garantiert weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit örtlichen sozialen Institutionen. Mit dem Erarbeiten eines neuen Konzeptes soll auch die gegenseitige Unterstützung beim Verändern von Missständen durch Öffentlichkeitsarbeit und Stellungnahmen in der Presse festgeschrieben werden. Vierteljährliche Treffen fördern die Kooperation und den informativen Austausch untereinander. Es ist vorgesehen zu wichtigen Themen Fachreferenten einzuladen.

Wohnkosten: Trotz Anhebens der Mietobergrenzen, ist die Vermittlung in Wohnraum in der Stadt Holzminden schwierig. Die häufig alte Bausubstanz und mangelhafte Isolierung führten zu teilweise hohen Heizkostennachforderungen. Hier wird versucht über die Agentur zur Arbeit (AzA) die tatsächliche Übernahme zu erreichen und somit eine rechtskonforme Praxis anzustreben.

### Ziele aus dem Berichtsjahr

Im Wesentlichen konnten die Ziele im Jahr 2008 erreicht werden. Die notwendige Zusammenarbeit mit der AzA ist im Konfliktfall gut über die Fallmanager zu klären. Nach wie vor wurde an dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung gearbeitet, dieser kann Anfang 2009 erreicht werden. Hierzu haben im Berichtszeitraum Gespräche mit der Leitung der AzA und der Fachgruppenleitung stattgefunden.

Im Folgenden wird auf die Umsetzung der einzelnen Zielvereinbarungen eingegangen:

- Der Kontakt zur Tafel ist hergestellt, Überschüsse wurden an mehreren Tagen der Ambulanten Hilfe zur Verfügung gestellt.
- Zwei Acht-Wochen-Praktikantinnen der Fachhochschule für Sozialwesen leisteten mit Engagement ihr Praktikum. Sie belebten durch kleinere Projekte, wie z. B. ein ausgiebiges Frühstück oder gegrillte Spezialitäten die Angebotsvielfalt. In diesem Zusammenhang ist auch noch der ehrenamtliche Einsatz einer Studentin zu erwähnen, die als Friseurmeisterin ihr Können zur Verfügung stellt und den Hilfeberechtigten kostenfrei die Haare frisiert. Haare schneiden in der AH ist ein „echter Renner“.
- Für zwei ehemalige Hilfeberechtigte mit aktuell hohem Unterstützungsbedarf ist mit dem Landkreis eine Einzelfallvereinbarung in Vorbereitung. Es soll dann Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII geleistet werden. Die Unterstützung soll zeitlich befristet wöchentlich drei Stunden umfassen. Die Dauer der gesamten Maßnahme ist zunächst auf ein halbes Jahr befristet.
- Durch die ansteigende Nachfrage nach Ein-Personen-Wohnraum u. a. durch Studenten, ist die Vermittlung in Wohnungen nicht einfacher geworden. Viele Vermieter suchen sich diese Mieter ausschließlich als Zielgruppe aus. Im Verlauf des Jahres konnten trotzdem neue Vermieter hinzugewonnen werden. Auch konnte der Kontakt zu zwei neuen Wohnungsbaugesellschaften geknüpft werden.
- Die Sicherung der Wohnung bei Haft ist in jedem neuen Fall zu klären. Prinzipiell ist der Landkreis für die Sicherung bis zu einem halben Jahr zuständig analog der alten Regelung im Bundessozialhilfegesetz.
- Mehrere Fachgespräche zur Klärung der Hilfestellung konnten auch in diesem Jahr wieder mit der AzA stattfinden. Trotz einiger Absprachen sind jedoch die Entscheidungen und Vorgehensweisen der Mitarbeiter/innen unterschiedlich, so dass oft ohne Intervention und Begleitung der

AH eine schnelle unbürokratische Hilfe nicht gewährleistet ist. Bürokratie und Antragswesen verhindern oft schnelle Hilfe und führen ohne Unterstützung zur Verschärfung der Armutslebenslage und in den Weg der Wohnungslosigkeit. Vermehrt entsteht Unterstützungsbedarf bei Menschen mit kurzzeitiger Wohnungslosigkeit, die in der Region gewohnt haben. Hier kann schnelle Hilfe eine Verfestigung der Armutslebenslage und ein Umherziehen verhindern helfen. Eine Integration kann entsprechend zeitnaher gelingen.

- Der Personenkreis der unter 25-Jährigen gehörte in 2008 in einigen Fällen zu den Hilfesuchenden. Die Tagessatzauszahlung läuft mittlerweile problemlos, die Anmeldung bei der Krankenkasse ist geregelt. Auch die Auszahlung von ALG II durch die AzA in kürzeren Zeiträumen als monatlich konnte im Einzelfall vereinbart werden und wird in der Praxis kundennah durchgeführt.
- Die Notunterkunft verfügt wieder über Heizungen in beiden Räumen. Die Übernachtung mit Hund wurde vom Leiter des Ordnungsamtes bei Minustemperaturen im Einzelfall genehmigt

Der Kontakt zum Kirchenkreis wurde über den Superintendenten wieder aufgenommen. Es findet ein reger Austausch mit der Kirchenkreissozialarbeiterin statt. Für 2009 ist die gemeinsame Teilnahme an einer Kirchenkreiskonferenz geplant.

### **Statistik**

Im Berichtszeitraum wurde durch die hohe Nachfrage weiterhin ein kontinuierlicher Betreutenstand von ca. neunzehn Personen erreicht. Der Schwerpunkt in der Altersgruppierung liegt nach wie vor zwischen vierzig bis fünfundvierzig Jahren.

Die Dauer der Wohnungslosigkeit erstreckt sich im Wesentlichen von zwei Monaten bis zu drei Jahren bevor notwendige Hilfen greifen. Dieser Zeitraum scheint kürzer geworden zu sein. Die Notlage ist jedoch häufig dann schon so verfestigt, dass nur noch in Kooperation verschiedener psychosozialer Dienste, eine nachhaltige Verbesserung der Lebenslage erreicht werden kann.

### **Ziele 2009**

- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der AzA. Klärung der Vorgehensweise bei Vermittlung in Wohnraum.
- Die personelle Besetzung der Dienststelle im Krankheitsfall wird 2009 zu klären sein, da ein erhöhter Vertretungsbedarf problemlos abgesichert werden sollte.

## 5.7 Beratungsstelle Nienburg

### Ziele

#### Angebotsgestaltung

Nach Schwierigkeiten in Einzelfällen über Dauer und Notwendigkeit konnte unter Einbeziehung des örtlichen Trägers nach zähen und langwierigen Vorbereitungen am 16.12.2008 eine grundsätzliche neue Regelung zur übergangsweisen Unterbringung Hilfeberechtigter bis zur Anmietung der eigenen Wohnung getroffen werden.

Zukünftig ist die Dauer des Aufenthalts im „Natur-Freunde-Haus“ im Grundsatz für den begonnenen und den Folgemonat „bewilligt“. Wenn notwendig, kann die Dauer verlängert werden. Bei Belegung oder anderweitig fehlendem Platzangebot im „Natur-Freunde-Haus“ kann kurzfristig auf Pensionsanmietung ausgewichen werden.

Mit dieser Regelung wird dem Bedarf der Hilfesuchenden nach einer Phase des Einlebens und den wechselnden, teilweise geringen Angeboten des Wohnungsmarktes Rechnung getragen.

Die Arbeit wird hierdurch auch erleichtert, da nicht mehr, wie bisher, nach kurzen Fristen leidige Diskussionen über die Nachvollziehbarkeit der Dauer geführt werden müssen, sondern es kann sich auf das „Hauptgeschäft“ konzentriert werden.

Die „Wochenend-Regelung“ Vorkasse aus Spendenmitteln (siehe Jahresbericht 2007) wurde 2008 nicht genutzt und ausgesetzt.

#### Organisatorisch strukturelle Ziele

2008 suchten ungewöhnlich viele junge Erwachsene unter 25 Jahren die Beratungsstelle auf, die Anfragen stiegen im vergangenen Jahr überproportional.

Durch den Kontakt zur Ambulanten Hilfe konnte ihnen eine Postadresse eingerichtet werden,

- sie kamen nach teilweise langen Zeiträumen endlich in den Bezug von Leistungen nach SGB II,
- in Kooperation mit dem Jugendamt konnten in mehreren Fällen nach diesem Schritt die zerrütteten und unzumutbaren Familienverhältnisse nachvollziehbar gemacht und eigene Wohnungen angemietet werden,
- wobei die Klienten/innen unterstützend bis zur erfolgreichen Vermittlungen begleitet wurden.

Zu den regelmäßigen Besprechungen mit dem Fallmanagement kam die Fallmanagerin für U 25 hinzu. Die für uns deutlichen Steigerungszahlen erscheinen jedoch in deren Bereich eher Marginalien zu sein.

#### Ständige Verbesserung

Intervision, Supervision und die jährliche Klausurtagung sind weiterhin hilfreiche Möglichkeiten einer professionellen Reflexion und zur Entwicklung des sozialpädagogischen Handelns vor Ort.

#### Besonderheiten im Berichtszeitraum

Seit langer Zeit führte eine Studentin des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Fulda in der Ambulanten Hilfe ein vierwöchiges Praktikum im September/Oktober durch.

### Öffentlichkeitsarbeit/Sponsoren

In mehreren Artikeln berichtete die örtliche Presse über die Arbeit und die Tätigkeit der „ASPHALT“-Verkäufer. Im Nachklang zum Winter 2007/2008 ist hier noch ein Radiointerview während des Tannenzweige-Verkaufs mit Unterstützung der Klienten auf „Radio FFN“ nachzutragen.

Hauptsponsoren waren auch 2008 das Forstamt Weberkuhle, das unentgeltlich Tannengrün beschaffen ließ, die Firma Deterding stellte einen Monat lang kostenlos einen Anhänger zur Verfügung und der Fahrradhändler Habraken versorgte die Ambulante Hilfe zum wiederholten Mal mit gebrauchten, gut erhaltenen Fahrrädern.

Über die Aktion „Münzen für mehr Menschlichkeit“ erhalten nun schon im zweiten Jahr auf einen formlosen Antrag hin Klienten/innen und Ehemalige höherwertige Sachmittel wie Fahrräder oder Einrichtungsgegenstände.

## Vernetzung

Mit dem JobCenter wurde nach der Erläuterung der dokumentierten Bedarfe eine weitere Zusammenarbeit vereinbart und bei Notwendigkeit sind weitere gemeinsame Termine geplant. Die Kooperation im Einzelfall wurde unkomplizierter.

Die Unterstützung sonstiger Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten stößt bei der bewilligten Pauschale von drei Personen an die Kapazitätsgrenzen. Eine Erhöhung der Pauschale konnte während der jährlichen Besprechung mit dem örtlichen Träger noch nicht erreicht werden. Die Notwendigkeit wurde jedoch vom örtlichen Träger anerkannt und weitere Verhandlungen hierzu für das Frühjahr 2009 empfohlen.

Weiterhin fanden regelmäßige Kontakte und Gespräche statt:

- mit Sozialamt Fachbereich Besondere Soziale Schwierigkeiten
- zusätzlich auch mit dem Fallmanagement für U 25
- zur Leistungsvereinbarung
- im Rahmen der Hilfeentwicklung und Neuorientierung bestanden weiterhin insbesondere fachliche Kontakte zur Schuldnerberatungsstelle der ZBS
- Suchtberatungsstelle
- sozialpsychiatrischer Dienst des Landkreises
- Bewährungshilfe
- Ärzte und Fachkliniken
- JobCenter, ARGE
- Rechtsanwälte (Einzelfall bezogen)
- SOVD Sozialverband Deutschland
- Nachgehende Hilfe der Herberge zur Heimat

## Veränderungen

Die Häufigkeit und der Grad der Abhängigkeitserkrankungen der Klienten/innen hat gravierende Ausmaße angenommen und spielt eine im Vergleich zu den Vorjahren deutlichere Rolle bei Abbrüchen teils langwieriger Begleitungen/Betreuungen.

Die Rolle der Ambulanten Hilfe gilt es zu überdenken. Gespräche und Austausch hierzu mit der Suchtberatung und Mitarbeitern/innen des JobCenters für 2009 sind vorbereitet.

<b>2008</b>	
Beratungskontakte	1251
Erstkontakte	56
Wohnungsvermittlungen	17

## Ausblick

- Andere Kooperationsformen Ambulante Hilfe/Suchtberatung/Fallmanagement werden erarbeitet.
- Austausch und mögliche Kooperation der verschiedenen Beteiligten wie Jugendamt, Jugendwerkstatt, JobCenter U 25
- Dokumentation der Bedarfe und Verhandlungen mit dem örtlichen Träger über die Erhöhung der Pauschale
- Fortbildung zum Thema Alkoholabhängigkeit erwünscht, wie im Vorjahr und im Vorvorjahr noch nicht umgesetzt
- Regelmäßiges Deeskalationstraining ist weiterhin notwendig

## 5.8 Beratungsstelle Schaumburg

### Besonderheiten im Arbeitsbereich

Die schwierige personelle Situation des Jahres 2007 hat sich ab März wieder entspannt, da die erkrankte Kollegin mit einer 24-Std.-Woche wieder zu arbeiten anfang. Hierbei macht sich für viele Klientinnen positiv bemerkbar, dass wieder eine weibliche Fachkraft kontinuierlich in der Beratungsstelle tätig ist.

Dagegen verschlechterte sich die Personalsituation im Café. Zwei der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wurden gestrichen und für die nicht verlängerte AB-Maßnahme gab es keinen Ersatz. Da das Café an fünf Tagen in der Woche von 08.00 Uhr bis 13.00 Uhr geöffnet ist und sich die Zahl der Besucher/innen kontinuierlich erhöht, ist die Durchführung des Angebotes mit nur zwei Kräften auf Dauer nicht zu leisten.

Insgesamt hat sich die Kooperation bzw. Zusammenarbeit mit dem JobCenter zum Besseren gewandt. Die Erreichbarkeit der Sachbearbeiter ist gut, und die Hilfsbereitschaft, sich mit den Problemen unseres Personenkreises auseinanderzusetzen, ist gestiegen.

### Ziele im Berichtsjahr

In November fand ein Gespräch zwischen der Fachgruppenleitung, Mitarbeitern/innen der Ambulanten Hilfe und der Leitung und Teamleitungen des JobCenters statt. Ziel war der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung. Das JobCenter erhielt dazu von der ZBS eine Vorlage, die in der Region Hannover erarbeitet und umgesetzt wurde. Die Geschäftsleitung prüft die Unterlagen und will sich Anfang 2009 wieder melden.

Es fand ein Infoaustausch zwischen Anbietern stationärer Hilfen nach § 53 SGB XII sowie der Koordinationsstelle für die Eingliederungshilfe des Landkreises statt. Ausgangspunkt zur Kontaktaufnahme war die vermehrte Anlaufzahl von Personen, die nicht originär zum Personenkreis § 67 SGB XII zuzuordnen sind.

Das Stadtmarketingbüro hat der Ambulanten Hilfe einen Stand auf dem Weihnachtsmarkt für zwei Tage zu Verfügung gestellt. Angeboten wurden: selbst gebastelte Weihnachtsdekorationen, diverse gespendete Artikel, eine selbstgemachte Suppe und heiße Getränke. Infomaterial über die Ambulante Hilfe lag aus, und eine Asphalt-Verkäuferin aus Hannover ist an beiden Tagen zum Verkauf hergefahren. Die Resonanz der Marktbesucher/innen war ausgesprochen dürftig, und die Aktion entwickelte sich zum „plus-minus-null-Geschäft“ und stand, auch was Werbewirksamkeit anbelangt, in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand.

Die Weihnachtsfeier war sehr gut besucht und die Besucher/innen freuten sich sehr über die „Wichteltüten“.

Zwischen Weihnachten und Neujahr wurden die Räumlichkeiten im Erdgeschoss fast komplett renoviert. 2009 muss noch der Fußbodenbelag erneuert werden.

**Statistik**

	2008
Hilfesuchende Personen insgesamt	149
Beratungskontakte	3890
Erstauftritt	105
Wiederauftritt	44
Wohnungsvermittlungen durch Beratungsstelle	23
<b>Klienten gem. § 4 DVO</b>	
Stand am 01.01.08	9
Zugänge im Jahr	1
Abschluss/Abbruch	3

**Ziele im laufenden Jahr**

Vertiefen und stabilisieren der Kontakte zu Kirchengemeinden (Pastoren), zum JobCenter bzgl. Kooperationsvereinbarung, anderen sozialen Diensten vor Ort und zum Landkreis Sozialamt.

## 5.9 Tagestreffpunkt Wunstorf

### Besonderheiten im Arbeitsbereich

Aufgrund der schlechten räumlichen Bedingungen, einhergehend mit stetig steigenden Anlaufzahlen wurde bereits im Herbst 2007 entschieden, neue Räumlichkeiten für den Tagestreff zum Herbst 2008 zu beziehen.

Auf der Suche nach einem geeigneten Quartier gab es sehr bald Kooperationsbemühungen der „Wunstorfer Tafel“, deren Verantwortliche ebenfalls nach einer neuen Wirkungsstätte Ausschau hielten. Ein mögliches Objekt wurde in Augenschein genommen. Jedoch führten zeitlich nicht zu berechnende Verzögerungen in der Abwicklung der eingeleiteten Zwangsversteigerung des Gebäudes, sowie dessen enorm hoher Instandsetzungsbedarf dazu, die Kooperation zu beenden. Parallel gab es Gespräche mit Verantwortlichen im Kirchenkreis, was zum Angebot der Nutzung zweier ehemaliger Pastorenwohnungen im Gemeindezentrum St. Johannis führte. Diese Möglichkeit wurde schnell favorisiert und die neuen Räumlichkeiten versprachen für die weitergehende konzeptionelle Arbeit viel Positives.

Es war noch genügend Zeit, um fristgerecht die Renovierung und den Umzug zu realisieren. Mit zunehmender Öffentlichwerdung des Umzuges wurden auch Stimmen von Bedenkenträgern (zum Teil Geschäftsleute in der Nachbarschaft des neuen Tagestreffs) laut, die in der Wunstorfer Presse oft auch mit Äußerungen „unter der Gürtellinie“ Raum fanden.

Die einsetzende, breiter werdende Diskussion führte letztlich zu Pausen in der weiteren Vorgehensweise bezüglich des Umzuges. Der geplante Termin konnte nicht gehalten werden, sondern verzögerte sich um mehr als zwei Monate. Die aufkommende Negativstimmung belastete die Arbeit sehr. Das hatte auch Einfluss auf die Zahlen der Besucher/innen. Das Gefühl, nicht willkommen zu sein, führte bei einigen wohnungslosen Besucher/innen und Besuchern zum Verlassen Wunstorfs.

Am 1. Dezember war der Auszug aus dem Tagestreff Am Alten Markt vollzogen, aber die Arbeit im neuen Gebäude litt stark unter den Widrigkeiten der vergangenen Monate. Die anstehende arbeitsintensive Weihnachtsphase, die noch nicht beseitigten Widerstände in der Nachbarschaft und der noch fehlende Abschluss der Renovierungsmaßnahmen erschwerten die erhoffte zeitnahe Herstellung eines „normalen“ Arbeitsumfeldes.

Wenige Tage später wurde nach einem erfolgreichen Ausbildungsjahr die Berufspraktikantin verabschiedet, was die Perspektive für das Jahr 2009 nach der geschilderten Situationsbeschreibung sicher zusätzlich beeinflussen wird.

Die zu Jahresbeginn geplante große, öffentlichkeitswirksame Feier anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Tagestreffs fand, wenn auch in reduzierter Form, im Sommer im Garten des alten Tagestreffs statt. Viele anwesende Ehrenamtliche und Besucher/innen und Besucher des Tagestreffs ließen diesen Tag zu einem der angenehmsten im Jahr 2008 werden.



### Ziele aus dem Berichtsjahr

Das übergeordnete Ziel für das Jahr war der Umzug des Tagestreffpunktes in neue, verbesserte Räumlichkeiten zum Ende des 3. Quartals. Daran sollte sich eine öffentlichkeitswirksame Feier aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Tagestreffpunktes in Verbindung mit der Präsentation der neuen Räume im Herbst anschließen.

Eine Berufspraktikantin absolvierte während des ganzen Kalenderjahres ihre Ausbildung im Tagestreff, was bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen einen verstärkenden und unterstützenden Aspekt beinhalten sollte.

Ein weiterer, seit Jahren gleicher Bestandteil in der Zielsetzung der Arbeit war und ist die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen im Förderkreis. Der regelmäßige Austausch in Form monatlicher Treffen und die Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung der „Winteröffnung“ stellen dabei die Kernpunkte der Aktivitäten dar.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass zwar der Umzug letztlich erfolgreich durchgeführt worden ist, aber die damit einhergehenden Ziele nicht realisiert werden konnten. Was die Ursachen im Einzelnen waren, wird an anderer Stelle dieses Berichtes ausgeführt werden.

Ziel erreicht, aber auf Umwegen und mit vielen Behinderungen und Rückschlägen – das wird das Fazit des Jahres 2008 sein.

### Statistik

Nach vielen Jahren der Steigerung der Anlaufzahlen gab es 2008 einen leichten Rückgang zu verzeichnen. Insgesamt gab es 8790 Anläufe (Vorjahr: 9131) von etwas mehr als 250 Personen. Das bedeutet, dass pro Öffnungstag durchschnittlich 35 Frauen und Männer die Angebote im Tagestreff genutzt haben. Der Anteil der Anläufe durch Frauen betrug ca. 19 %, was einer Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Etwas mehr als die Hälfte der Besucher/innen und Besucher ist dem Personenkreis der wohnungslosen Menschen zuzuordnen. Den anderen Teil bilden Frauen und Männer, die vor Ort in Notunterkünften oder in eigenen Wohnungen leben.

Anhand der monatlichen Zahlen lässt sich erkennen, dass die umzugsbedingte Situation (Unruhe, eingeschränkte Angebotskapazitäten, Verlust bekannter struktureller Bedingungen) im letzten Quartal 2008 Auswirkungen auf die Besucherstatistik hatte.

### Ziele im laufenden Jahr

Oberste Priorität ist die Stabilisierung der Arbeit im Tagestreff und die Integration im neuen Umfeld. Trotz eingeschränkter personeller Möglichkeiten wird Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit für die Interessen wohnungsloser Menschen einen hohen Stellenwert haben müssen. Ein „Tag der offenen Tür“, die im vergangenen Jahr ausgefallene große Feier sowie regelmäßige Treffen am „Runden Tisch“ mit Nachbarn des Tagestreffs werden sicher die herausragenden Aktivitäten sein. Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen aus dem Förderkreis ist hier verstärkte Unterstützung möglich.

Im Bereich der Kooperation mit dem örtlichen JobCenter wird es engere Verzahnungen geben, da bereits ab Januar Leistungen nach ALG II an Wohnungslose nicht nur (weiterhin) im Tagestreff ausgezahlt werden, sondern auch in personeller Verantwortung des Trägers des Tagestreffs liegen werden. Das wird zum einen den Beratungsbedarf der Leistungsberechtigten erhöhen, was zum anderen die Arbeit des sozialpädagogischen Teams stärker beeinflussen wird. Hier wäre das forcierte Bemühen um eine Aufstockung der Ressourcen dringend geboten.

Positiver könnte dieses im Bereich der medizinischen Vor- und Fürsorge werden. Die bereits im vergangenen Jahr begonnene Arbeit einer Krankenschwester im offenen Bereich des Tagestreffs wird auch im Jahr 2009 mindestens auf gleichem Niveau fortgesetzt werden. Reaktionen aus der Öffentlichkeit lassen die Hoffnung zu, dass diese Arbeit nicht nur weiter gewünscht ist, sondern sogar ausgebaut werden könnte, was aufgrund zielorientierter Spenden deutlich wird.






Eingang zum neuen Tagestreff

**Adressenverzeichnis**

(Stand: Juli 2009)




**Leitung: Herr Schöne**  0511/9 90 40-32  
Leitung E-Mail: leitung@zbs-hannover.de




<b>Sekretariat</b> E-Mail: leitung@zbs-hannover.de	Hagenstraße 36		0511/9 90 40-0
	30161 Hannover		0511/9 90 40-36
	Frau Albert		0511/9 90 40-31






**Wirtschaftliche Leitung: Herr Schroeder-Busch**




Zentrale Dienste und Verwaltung

 0511/9 90 40-39  
E-Mail: michael.schroeder-busch@evlka.de

<b>Pforte</b> E-Mail: c.sordon@zbs-hannover.de	Hagenstraße 36	Mo. - Do. 9 -16 Uhr		0511/9 90 40-0
	30161 Hannover	Fr. 9 -13 Uhr		0511/9 90 40-55
	Herr Sordon (ZDL)			0511/9 90 40-40

<b>Hausmeister</b>	Hagenstraße 36			0511/9 90 40-0
	30161 Hannover			0511/9 90 40-55
	Herr Czech			0511/9 90 40-40







<b>Verwaltung</b> E-Mail: verwaltung@zbs-hannover.de	Hagenstr. 36			0511/9 90 40-0
	30161 Hannover			0511/9 90 40-55
	Frau Sänger			0511/9 90 40-42
	Frau Feldmann			0511/9 90 40-45
	Frau Retzki			0511/9 90 40-47



<b>Bekleidungsabgabe</b>	Hagenstr. 36	Mo. – Fr. 9 – 13 Uhr		0511/9 90 40-0
	30161 Hannover			0511/9 90 40-55
				0511/9 90 40-59






**Sozialpädagogische Leitung: Frau Gencer**






Ambulante Hilfe in Hannover und  
Flächenorientierte Amb. Hilfe i. d. Landkreisen



.:  0511/9 90 40-35  
E-Mail: doris.gencer@zbs-hannover.de

<b>Beratungsstelle Hagenstraße</b> E-Mail: Beratungsteam@zbs-hannover.de	Hagenstraße 36	Mo. - Do. 9 – 12 Uhr		0511/9 90 40-0
	30161 Hannover	Fr. 9 -11 Uhr und n.Vereinb..		0511/9 90 40-36
	Frau Sell			0511/9 90 40-10
	Herr Lipus			0511/9 90 40-11
	Herr Henß			0511/9 90 40-12
	Frau Busch			0511/9 90 40-18




<b>Krankenwohnung "Die KuRve"</b> E-Mail: die.kurve@zbs-hannover.de	Guntherstr. 7			0511/8 38 73 20
	30519 Hannover			0511/8 38 73 24
	Frau Genz Frau Walpert-Niemann			



<b>Soziale</b>	Hagenstr. 36			0511/9 90 40-0
<b>Schuldnerberatung</b>	30160 Hannover			0511/9 90 40-55
E-Mail:		Herr Helke		0511/9 90 40-48
schuldnerberatung@zbs-hannover.de		Frau Sievers		0511/9 90 40-46
		Frau Fröhling		0511/9 90 40-49



<b>Ambulante Hilfe Mieterbetreuung</b>	Schaumburgstr. 3 30419 Hannover			0511/2 78 03-0
				0511/2 78 03-19
E Mail: schempp@swh-hannover.de		Herr Schempp		0511/2 78 03-10
E-Mail: g.fricke@swh-hannover.de		Frau Fricke		0511/2 78 03-25
E-Mail: joachim@swh-hannover		Frau Joachim		0511/2 78 03-22


















<b>Tagestreffpunkt „DüK“</b>	Lavesstraße 72 30159 Hannover	Mo., Di., Do., Fr. 10-15 <sup>30</sup> Uhr		0511/3 63 25 38
		Mi. 10 - 13 <sup>00</sup> Uhr		0511/3 21 73 7
E-Mail: duek-72@zbs-hannover.de		Frau Caronia		
		Frau Sordon		
		Frau Wietschorke		

<b>Kontaktladen „Mecki“</b>	Raschplatz 8C 30161 Hannover	Mo. - Do. 8 bis 11 Uhr		0511/3 48 02 64
		Fr. 8 – 12 Uhr, Sa. 8 – 10 Uhr		0511/3 88 84 54
E-Mail: klmecki@zbs-hannover.de		Frau Horn		
		Frau Schiller		0511/9 90 40 17
		Herr Teuber		(außerhalb der
		Frau Walter		Öffnungszeiten)








<b>Ökumenische Essenausgabe</b>	Goethestraße 33 30169 Hannover	Dezember bis März Mo. - Sa. 11 - 13 Uhr		0511/1 64 05 35
E-Mail: Essenausgabe@zbs-hannover.de		Herr Schroeder-Busch		0511/9 90 40-39
				0511/9 90 40-36

<b>Suchtberatung und Pro Ob</b>	Hagenstr.36 30161 Hannover	Frau Neubacher		0511/9 90 40-14
E-Mail: u.neubacher@zbs-hannover.de				0511/9 90 40-36





<b>LK Celle</b>	Schuhstraße 4 29221 Celle	Mo.,Di. u. Do. 9.30-13 Uhr		05141/25 66-0
		Mi. u. Fr. 10-12 Uhr		05141/21 46-07
E-Mail:wohnungslosenhilfe.celle@ezbs-hannover.de		Frau Hollmann		
		Frau Standke		
		Frau Koch		
		Herr Rennpferdt		

<b>LK Hameln</b>	Emmernstraße 17 31785 Hameln	Mo., Di., Do., Fr. 9 -12.30 Uhr Mi. 10-12 Uhr Frau Beel-Zimmer Herr Fischer	 	05151/3921 05151/959664
E-Mail: <a href="mailto:wohnungslosenhilfe.hameln@zbs-hannover.de">wohnungslosenhilfe.hameln@zbs-hannover.de</a>				
<b>LK Hannover</b> (in Neustadt)	Wallgraben 13 31535 Neustadt	Mo., Di., Do., Fr. 9.30 -12.30 Uhr Mi. 10 -12.00 Uhr Herr Dunker Herr Draffehn	  	05032/2459 05032/3436 05032/894331
E-Mail: <a href="mailto:wohnungslosenhilfe.region.h@zbs-hannover.de">wohnungslosenhilfe.region.h@zbs-hannover.de</a>				
<b>LK Hildesheim</b>	Hannoversche Str. 2 31134 Hildesheim	Mo.-Fr. 9 -12 Uhr u. 14-16 Uhr Frau Lohbreier Herr Göhl	 	05121/133725 05121/14686
(u. Tagestreff) E-Mail: <a href="mailto:wohnungslosenhilfe.hildesheim@zbs-hannover.de">wohnungslosenhilfe.hildesheim@zbs-hannover.de</a>				
<b>LK Holzminden</b>	Halbmondstraße 7 37603 Holzminden	Mo., Di., Do., Fr. 9.30 -13 Uhr Mi. 10 -12 Uhr Herr Gleißner Frau Knoop	  	05531/13134 05531/140490 05531/120641
E-Mail: <a href="mailto:wohnungslosenhilfe.holzminden@zbs-hannover.de">wohnungslosenhilfe.holzminden@zbs-hannover.de</a>				
<b>LK Nienburg</b>	Fr.-Ludwig-Jahn- Str. 29 31582 Nienburg/Weser	Mo., Di., Do., Fr. 9 -13 Uhr, Mi. 9 - 11 Uhr Frau Harmening Herr Wedegärtner	 	05021/66776 05021/3143
E-Mail: <a href="mailto:wohnungslosenhilfe.nienburg@zbs-hannover.de">wohnungslosenhilfe.nienburg@zbs-hannover.de</a>				
<b>LK Schaumburg</b>	Krumme Str. 40 31655 Stadthagen	Mo., Di., Do., Fr. 9.30 -13 Uhr, Mi. 10 -12 Uhr Herr Schütte Frau v. Arnim	 	05721/91845 05721/82592
E-Mail: <a href="mailto:wohnungslosenhilfe.schaumburg@zbs-hannover.de">wohnungslosenhilfe.schaumburg@zbs-hannover.de</a>				
<b>Tagestreffpunkt Wunstorf</b>	Albrecht-Dürer- Str. 1 31515 Wunstorf	Mo., Di., Do. 9 - 15.00 Uhr Mi. 10-12 Uhr Fr. 9 -13 Uhr Frau Kolle Herr Ratzmann	 	05031/16891 05031/8951
E-Mail: <a href="mailto:tagestreffpunkt.wunstorf@zbs-hannover.de">tagestreffpunkt.wunstorf@zbs-hannover.de</a>				
<b>Tagestreffpunkt Hameln</b>	Bennigsenstr.2 31785 Hameln	Mo., Di., Do. 9 -15 Uhr Mi., Fr. 9 -12.30 Uhr Frau Burgdorf Frau Schädlich		05151/940586
E-Mail: <a href="mailto:tagestreffpunkt.hameln@zbs-hannover.de">tagestreffpunkt.hameln@zbs-hannover.de</a>				

## Kooperierenden Einrichtungen

<b>AG Resohelp</b> E-Mail: beratungsstelle@resohelp.de	Hagenstr. 36		0511/9 90 40-0	
	30161 Hannover		0511/9 90 40-24	
		Frau Adelsberger		0511/9 90 40-22
		Herr Bergmann		0511/9 90 40-22
		Frau Horn		0511/9 90 40-20
		Frau Postel		0511/9 90 40-21
		Herr Seyberlich		0511/9 90 40-21

In Trägerschaft des Stadtkirchenverbandes

<b>Sozialplanung</b> E-Mail: sozialplanung@zbs-hannover.de	Hagenstr. 36		0511/9 90 40-0	
	30161 Hannover		0511/9 90 40-36	
		Frau Herrmann-		0511/9 90 40-34
		Glöde		0511/9 90 40-37
		Frau Strodtrmann		